III

TAGEBUCH STEINS WÄHREND DES WIENER KONGRESSES

318. Tagebuch Steins [Wien, Ende September 1814 bis Anfang Mai 1815]

Stein-A. C I/22 e: Eigenhändig[1]; PrGStA, jetzt DZA II Merseburg, Rep. 92 Pertz H 33½: Abschrift (Kanzleihand).
Druck: Lehmann, HZ 60, 1888, S. 385 ff.; Alte Ausgabe V S. 173 ff., beide nach der Abschrift, hier nach dem Original[2].

Bis zum 2. Oktober[3].

1) Organisation des Geschäftsgangs bei dem Kongreß[4]. Aufsatz für Nesselrode wegen Entfernung der Franzosen von der Teilnahme an den deut-

---

[1] *Das Tagebuch ist mit Tinte auf losen Briefbogen geschrieben, die auf ein Format von etwa 205×245 mm einfach gefaltet wurden und von denen in der Regel zwei ineinander gelegt sind, so daß immer nach 8 Seiten eine neue Lage beginnt. Die Lagen sind von Stein mit arabischen Ziffern von 1 bis 16 durchnumeriert. In Lage 5 sind zwei Seiten unbeschrieben, Lage 8 umfaßt nur 6 Seiten, und in Lage 16 sind die letzten drei Seiten frei geblieben. Die zur Erleichterung des Überblicks gesperrt gedruckten Daten sind im Original nicht hervorgehoben.*

[2] *Dieses Tagebuch war bisher nur nach der Abschrift von Pertz bekannt, die ursprüngliche Niederschrift galt als verloren, da es weder Max Lehmann noch Erich Botzenhart gelungen war, das Original im Stein-Archiv oder an anderer Stelle aufzufinden (vgl. Alte Ausgabe V S. 173, Anm. 1). Bei der Neuordnung des Nassauer Archivs nach Rückführung der vorher im Staatsarchiv Wiesbaden aufbewahrten Urkunden und Akten wurde es dann im Jahre 1938 von Oberstaatsarchivrat Dr. Stüver entdeckt. Die Abweichungen der Pertzschen Abschrift sind geringer, als es nach der Aussage von Lehmann (HZ 60, 1888, S. 454 f.) scheinen könnte. Da Pertz das Tagebuch jedoch offenbar nicht zu Publikationszwecken abschreiben ließ, sondern es nur als Unterlage für seine Darstellung der Wirksamkeit Steins auf dem Wiener Kongreß benutzen wollte (wobei er freilich oft umfangreiche Partien ohne Kennzeichnung wörtlich in seinen Text übernahm), ist die Abschrift nur mit geringer Sorgfalt vorgenommen worden, so daß sich Lesefehler, Flüchtigkeitsversehen und Nachlässigkeiten in großer Zahl finden; auch einige Auslassungen sind zu bemerken. Daß das Tagebuch hier erstmals nach dem Original wiedergegeben werden kann, darf somit trotz der nur verhältnismäßig geringen inhaltlichen Ergänzungen als besonders erfreuliche Bereicherung der Neuen Ausgabe gelten. Die Kommentierung wurde stellenweise erweitert, sie beruht ebenso wie in der Alten Ausgabe großenteils auf der Vorarbeit von Max Lehmann.*

[3] *Aus dem Tagebuch Hardenbergs (PrGStA, jetzt DZA II Merseburg, Rep. 92 Hardenberg L 37) sollen im folgenden diejenigen Notizen in den Anmerkungen angeführt wer-*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

schen Angelegenheiten[5]. Annahme dieser Meinung von den alliierten Ministern. Deklaration durch Gentz entworfen[6] nach dem Konferenzprotokoll[7] der Minister und dem unverständl[ichen] Nachtrag von Humboldt[8]. Erscheinung von Talleyrand und Dalberg[9]. Mündliche Äußerungen der Franzosen wegen Nichtanerkennung von Murat, wegen Gleichheit der Teilnahme an den Geschäften des Kongresses gleich den übrigen Verbündeten, welches letztere besonders L[ord] Castlereagh begünstigt[10], und wegen Sachsen. Verachtung des Publikums gegen Dalberg. Nach den Berichten Pozzos[11] sind die Gesinnungen des Königs von F[ran]kreich friedlich. Sein Privatschreiben[12].

Deutsche Angelegenh[eiten]. — Mediatisierte.

Die Österreicher nehmen mehr Interesse an den deutschen Angelegenheiten, weil den K[aiser] Franz die erhaltenen Beweise von Anhänglichkeit der Deutschen bei seiner Durchreise durch das südl[iche] Deutschl[and] rühren, weil bei ihnen Besorgnisse von Unruhen in Deutschl[and] und ihres nachteiligen Einflusses auf sie entstehen, die Beschwerden über Sultanism immer lebhafter werden und sich durch den verminderten Druck der Preßfreiheit freier verbreiten. Die Fürsten selbst werden geschmei-

---

den, die sich direkt auf Stein beziehen und somit die Äußerungen seines Tagebuches ergänzen oder berichtigen können. Zum September vgl. dort die Bemerkung vom 18. Sept. (Hardenberg war am 17. Sept. angekommen): „Bei Stein und Frau v. Nesselrode [...]. Bei Humboldt gegessen mit dem H[erzog] von Weimar, Gentz, Stein, Solms, Knesebeck [...]."

[4] *Vgl. hierzu Josef Karl Mayr, Aufbau und Arbeitsweise des Wiener Kongresses, in: Archiv. Zeitschrift 45 (1939) S. 64 ff.*

[5] *Die Denkschrift Steins vom 17. September 1814 (oben Nr. 161).*

[6] *Druck: Angeberg I S. 252 f. (dat.: 30. Sept. 1814). Vgl. Gentz, Tagebücher I (1873) S. 310 ff.*

[7] *Das Protokoll vom 22. September ist gedruckt bei Angeberg I S. 249 f.*

[8] *Vgl. dazu Griewank, Wiener Kongreß S. 148 f.*

[9] *Emmerich Joseph Herzog von Dalberg (1773–1833), französischer Staatsminister, zweiter Vertreter Frankreichs auf dem Wiener Kongreß, ein Neffe des Fürstprimas. Er war von 1803–10 mit kurzer Unterbrechung Gesandter Badens in Paris gewesen und mußte dieses Amt aufgeben, als ein kaiserliches Dekret vom Jahre 1810 alle im damaligen Empire Geborene als französische Staatsbürger reklamierte und ihnen verbot, auswärtige Dienste zu nehmen (s. Bd. IV Nr. 59, Anm. 1). Dalberg wurde von Napoleon in den Staatsrat berufen, gehörte aber innerlich nicht zu den Anhängern des Kaisers, da er wie Talleyrand den Sturz des napoleonischen Systems voraussah. Durch seine Hand gingen viele der Fäden, durch welche Talleyrand und die Royalisten im Frühjahr 1814 den Sturz Napoleons in direkter Verbindung mit seinen schärfsten Gegnern im Hauptquartier der Verbündeten vorbereiteten.*

[10] *Vgl. Griewank, Wiener Kongreß S. 148 ff. und Webster, Foreign Policy of Castlereagh 1812–15 S. 336 ff.*

[11] *Pozzo di Borgo war damals russischer Gesandter in Paris, s. Bd. III Nr. 490, Anm. 3.*

[12] *Das Schreiben Pozzo di Borgos an Stein vom 8. September 1814 (Stein-A. C I/21) ist in deutscher Übersetzung gedruckt bei Pertz, Stein IV S. 93 f.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

diger. Der Großherzog von Baden entschuldigt sich gegen mich über seine schlechte Regierung (13. Juli)[13]. Nassau macht eine Konstitution[14].
Vorgänge mit Württemberg, den 1., 2., 3. Dem K[ron]prinzen von Württemberg hatte ich den Entwurf der d[eutschen] Verfassung d.d. Frankfurt[...][15] und den der Territorialverfassung d. d.[...][16] mitgeteilt. Er hatte sich von deren Zweckmäßigkeit überzeugt und ließ den Minister v. Linden[17] zu sich kommen, eröffnete ihm bestimmt seinen Entschluß, diese Grundsätze anzunehmen, und beauftragte ihn, dieses seinem Herrn Vater zu erklären, mit dem Zusatz, wie er entschieden sei, sie mit Nachdruck durchzusetzen. Der König wurde durch diese ernsthafte Äußerung bewogen, mit dem Fürst Metternich sich über die Absichten der verbündeten Mächte zu unterreden und ihn zu fragen, ob die zukünftige Territorialverfassung die Garantie des Bundes haben und den Landständen einen Rekurs an den Bundestag haben werde. Dieser bejahte es. In demselben Sinn war seine Unterredung mit dem Staatskanzler Hardenberg, und nun entschloß er sich, seinem Ministerium den Auftrag zu geben, eine Konstitution zu entwerfen und sie ihm zuzuschicken[18].
Die fortdauernden Bewegungen in Sachsen veranlaßten mich, bei dem Kaiser Alex[ander] dringend auf Übertragung der Verwaltung (29.[19] September) von Sachsen an Preußen anzutragen. Er genehmigte es, und es erfolgte in einer zwischen dem Grafen Nesselrode, dem St[aats]kanzler, Herrn v. Humboldt und mir gehaltenen Konferenz die Erklärung namens des Kaisers. Man vereinigte sich aber, nicht eher die Verwaltung anzutreten, bis man erst sich deshalb gegen Österreich erklärt.

28., 29. September sq. Die verbündeten Mächte vereinigten sich zu

---

[13] *Während des Aufenthaltes des Zaren und Steins in Bruchsal, vgl. oben Nr. 70 ff. und Nr. 88.*

[14] *S. dazu vor allem oben die Nummern 102, 112 und 113.*

[15] *Lücke in der Vorlage, gemeint ist der in den Beratungen zwischen Stein, Solms-Laubach und Hardenberg ausgearbeitete (2.) Verfassungsplan in 41 Artikeln. Vgl. oben Nr. 80 und Nr. 156 sowie die Anlage Nr. 758.*

[16] *Lücke in der Vorlage. Gemeint ist wohl der von Stein am 24. September Hardenberg und Münster übersandte Entwurf Marschalls, s. oben Nr. 165.*

[17] *S. oben Nr. 209, Anm. 1.*

[18] *Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte I S. 331 ff., ebd. S. 315 Nachweis von Spezialliteratur.*

[19] *Genauer am 28. September, s. F. v. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie VII S. 158. Vgl. Schmidt, Freiheitskriege S. 89 und Griewank, Wiener Kongreß S. 212.*
Hardenbergs Tagebuch notiert unter dem 28. September: „Stein bringt mir Nachricht, daß der Kaiser Alexander in die augenblickliche Überlassung des provisorischen Besitzes von Sachsen willige [...]. Abends Stein, Knesebeck, Nesselrode wegen der Überlassung von Sachsen."
Vgl. auch den Bericht an Hager bei Weil, Congrès de Vienne I Nr. 196: „Hardenberg a travaillé toute la journée du 28 avec Stein et a expédié le soir un gros courrier. Il a eu de six à neuf heures un entretien avec Stein, Humboldt et Knesebeck [...]."

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

einer Deklaration[20], wonach die Diskussion der größeren europäischen Angelegenheiten vor die Versammlung der an dem Pariser Frieden teilnehmenden Mächte gebracht werden solle: Rußland, Österreich, England, F[ran]kreich, Spanien, Preußen, Portugal, Schweden, die deutschen Angelegenheiten aber vor eine besondere Abteilung der deutschen Mächte, nämlich Österreich, Preußen, Bayern, Hannover, Württemberg. Dieser Entschluß sollte den sämtlichen bei dem Kongreß Erschienenen durch eine Deklaration bekannt gemacht werden. Man teilte das Projekt dieser Deklaration am 2.[21] Oktober Talleyrand mit, der sie verwarf und antrug, daß sämtliche Teilnehmer des Kongresses versammelt und den Beschluß fassen sollten, welcher die Bildung der verschiedenen Geschäftsabteilungen betreffe[22]. In einer Unterredung mit dem Kaiser A[lexander] äußerte ich [mich] zugleich über die Bestimmung von Sachsen. Der Kaiser lehnte die Unterredung[23] über diesen Gegenstand ab und äußerte, nach dem Pariser Frieden hätten die verbündeten Mächte sich die Disposition über die eroberten Länder vorbehalten. Talleyrand antwortete, er glaube, „qu'il n'y avait plus de puissances alliées". „Oui, toutes les fois", sagte der Kaiser, „qu'il s'agira de soutenir le traité de Paris".

Der St[aats]kanzler, Metternich, Nesselrode und Castler[eagh] sahen die Notwendigkeit ein, sich eng und fest zu verbinden gegen Tal[leyrands] Einwirkungen (2. Oktober), Hard[enberg] drang von neuem auf Zustimmung von Österreich zur Überlassung von Sachsen. Mett[ernich] versprach sie, setzte aber noch immer die Abneigung des Kaisers Franz entgegen, die dieser wiederholt gegen mehrere äußerte[24].

Nach dem Bericht des Herrn v. Alopaeus[25] in Berlin soll der König von Sachsen eine bedeutende Summe Geldes an Talleyrand haben auszahlen lassen. Seine Käuflichkeit ist bekannt.

Der Kaiser äußerte, es bleibe nichts anderes übrig, wenn der König von Sachsen nicht seinen Rechten freiwillig entsage, als ihn ferner nach dem Eroberungsrecht zu behandeln und ihn nach Riga zu senden.

In der Konferenz zwischen den Ministern der verbündeten Mächte be-

---

[20] *Druck: Angeberg I S. 252 f.*

[21] *Nach Pallain-Bailleu, Briefwechsel Talleyrands S. 8 wäre die am 28./29. September beschlossene Deklaration (vgl. Gentz, Tagebücher I, 1873, S. 311 f.) schon am 30. September Talleyrand übergeben worden; so auch die Datierung bei Angeberg I S. 252. Talleyrands Antwort vom 1. Oktober ist gedruckt bei Angeberg II S. 1962 ff. Vielleicht unterscheidet Stein hier aber nicht genau genug zwischen jenem ersten Entwurf zu einer Erklärung und dem zweiten, von Castlereagh am 3. Oktober vorgelegten „Projet de déclaration" (Angeberg I S. 254 f.), das Talleyrand am 5. Oktober noch vor der Zusammenkunft dieses Tages beantwortete (s. Angeberg I S. 270 ff.).*

[22] *Vgl. Anm. 21.*

[23] *Mit Talleyrand.*

[24] *Vgl. auch oben Nr. 179, Anm. 1.*

[25] *S. Bd. IV Nr. 70, Anm. 6.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

schloß man, in einer mit Talleyrand heute[26] abzuhaltenden Konferenz ihm seine Note zurückzugeben und auf die Annahme der von den verbündeten Mächten ihm vorgelegten zu bestehen.
Die Kaiserin Elisabeth[27] teilte mir in einer Unterredung ihre Zufriedenheit mit über meine gegen den G[roß]herzog von Baden in Bruchsal (Juli) geäußerte Meinung und ihren Wunsch, ihn über sein ferneres Betragen zu beraten. Ich wiederholte meine Mißbilligung seiner Willkür und seiner Nachlässigkeit, riet zur Annahme eines ersten Ministers, zur Bildung einer ständischen Verfassung, stellte ihr den Zustand von Auflösung vor, in dem D[eutschland] sich befände und der mit dem gesetzlichen, ordentlichen, den sie sich aus ihrer früheren Jugend erinnern müßte, den grellsten Abstand mache. Die Erscheinung des K[önigs] und der K[önigin] von Bayern unterbrach diese Unterredung.
Die Einigkeit der Minister in der Konferenz mit Talleyrand und den alliierten Ministern den 5. Oktober machte ihn geneigt, seinen Antrag zurückzunehmen[28], jedoch nicht die von ihm übergebene Note, wie es die Minister verlangten. Man beschloß, ihm eine Note, welche seine Anträge widerlegte, zuzustellen. Der Fürst Metternich sprach mit vieler Festigkeit, und der K[aiser] Alexander äußerte den Abend bei dem Kammerball gegen ihn seine Zufriedenheit in der Gegenwart des K[aisers] Franz und versicherte diesem, er werde bei dem Bündnis festhalten und sei täglich bereit, an der Spitze seiner Armee sich jeden Anmaßungen entgegenzusetzen.
Der undeutsche Montgelas äußerte sich gegen den preuß[ischen] Minister in München, wie es genug zu sein scheine, in Deutschland die Fürsten einzeln, unverbunden, so wie in Italien nebeneinander bestehen zu lassen, und, wenn ja eine Verfassung, sei sie nur als Bund gegen die Fremden, nicht in das Innere der Länder eingreifend zu bilden. Zu gleicher Zeit unterstützte er die Bemühungen der Sachsen um Wiedererlangung ihres Königs.
Es scheint, das Betragen Talleyrands sei mehr eine Wirkung seines Hangs zur Intrige, zum Verwirren, seiner Anmaßung, seiner Menschenverachtung, als des Willens Ludwigs XVIII., der nach den wiederholten Berichten Pozzos Frieden und Einigkeit zu erhalten wünscht[29]. Talleyrands Äußerungen sind sehr anmaßend und schneidend, bisher hat er aber nichts bewirkt, als das höchste Mißtrauen zu erregen und bei den Alliierten den Entschluß, fest zusammenzuhalten, zu verstärken.
Der Kaiser A[lexander] suchte, die polnischen Angelegenheiten zu endi-

---

[26] *D. h. am 5. Oktober, vgl. den übernächsten Absatz.*
[27] *S. Bd. III Nr. 498, Anm. 6, vgl. auch oben Nr. 220.*
[28] *S. Pallain-Bailleu, Briefwechsel Talleyrands S. 24 und Griewank, Wiener Kongreß S. 151 f.*
[29] *Vgl. oben S. 317, Anm. 11 und 12.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

gen. Er äußerte sich gegen General Knesebeck hierüber auf eine sehr merkwürdige Art: „Rußlands Macht ist für Europa beunruhigend, dennoch erfordert die Ehre der Nation eine Vergrößerung als Belohnung ihrer Opfer, ihrer Anstrengung, ihrer Siege. Sie kann aber nicht unschädlich gemacht werden, als indem man das russische Polen vereinigt, ihm eine Staatsverfassung, ein eigenes Militär gibt, das russische zurückzieht und es in eine hierdurch gemäßigte Abhängigkeit von Rußland setzt." (Meine Bemerkung hierüber[30].) Er sprach dieses mit einer Rührung, die seinem Herzen und seinen edlen Gesinnungen Ehre machte.
Talleyrands Betragen beschleunigt eine Vereinigung der Mächte über Polen und Deutschland und scheint im Widerspruche zu sein mit den Absichten des Königs; er scheint dazu bestimmt zu werden durch seine Herrschsucht, seine Neigung zum Verwirren[31].

7. Oktober. Er übergab ein Projekt zu einer Zirkularnote, worin er das von Castlereagh Entworfene mit dem Zusatz annahm, daß bei dem Kongreß alle diejenigen angenommen werden sollten, so im Besitz der Souveränität gewesen und ihr noch nicht entsagt hätten.
Hierdurch wird die Frage von Admission Sachsens entschieden, und man wird daher in der Konferenz (den 8.) die Sache debattieren und ablehnen[32].

Den 9. Oktober[33]. Nach der Äußerung des Kronprinzen von W[ürttemberg] ist der feste Entschluß des K[önigs] von Württemb[erg], gemeinschaftlich mit Bayern sich jeder Verbindung in Deutschland zu widersetzen und nur in ein Bündnis für den Fall des Krieges einzulassen. Wrede ist derselben Meinung. Der K[önig] von W[ürttemberg] ist abgeschreckt worden, sich an Frankreich zu wenden durch die Erklärung des Kaisers Alex[ander], daß er es nicht zulassen werde, daß Frankreich sich gegen den Pariser Frieden in die deutschen Angelegenheiten mischen werde, und durch den Schutz, den der H[erzog] von Dalberg den Mediatisierten zu erteilen scheint. Der K[ron]prinz glaubte, daß Einigkeit und Festigkeit der verbündeten Mächte diese Hindernisse heben werden, und riet ich ihm, mit dem K[aiser] von Rußland selbst über die Notwendigkeit zu sprechen, Deutschland fest zusammenzuknüpfen, damit das südliche Deutschland sich nicht vom übrigen trenne und sich ganz in die Arme von Frankreich werfe.

12. Oktober. Die Minister der verbündeten Mächte raten Graf Mün-

[30] *Die Denkschriften über die polnische Frage (oben Nr. 172 und Nr. 173)?*
[31] *Vgl. zum 6. Oktober noch das Tagebuch Hardenbergs:* „Stein, Schulenburg, Wessenberg et mes messieurs [...] à dîner".
[32] *Vgl. hierzu den Bericht Talleyrands vom 9. Oktober bei Pallain-Bailleu, Briefwechsel Talleyrands S. 25 ff.*
[33] *Über Steins Tageslauf am 8. und 9. Oktober s. auch den Vortrag Hagers vom 10. Okt. bei Fournier, Geheimpolizei S. 165 f.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

ster, Hannover als König[reich] zu erklären, um zu verhindern, daß nicht neue Ansprüche entstehen auf Teilnahme an dem vorbereitenden deutschen Komitee. Er entschließt sich hierzu und erläßt ein Zirkular an die verbündeten Mächte[34]. Ein großer Titel auf ein kleines und armes Land.

Die erste Zusammenkunft des deutschen Ausschusses versammelt sich den 14. m. c.[35].

Pozzo kam den 13. von Paris an, er bestätigte alles, was er vorher behauptet hatte: zunehmende Festigkeit der Regierung, friedliche Gesinnungen des Königs, allgemeiner Wunsch der Nation, Ruhe zu genießen, Turbulenz der Armee, Bemühungen der Faktionisten, um Gärungen zu erhalten. Sie hoffen auf ein Zerschlagen des Kongresses, auf neue Kriege.

Der König befiehlt Vandamme[36], sich aus den Tuilerien zu entfernen, und da er sich auf einen Stuhl im Vorzimmer setzt, so bedeutet ihm ein Huissier, er werde ihn durch zwei Unteroffiziere abführen lassen; er entfernt sich.

Davout ward auf das Land gewiesen[37]; die Marschälle fordern sein rechtliches Urteil; der König antwortet ihnen, er werde nach den Gesetzen handeln, kenne aber kein Korps der Marschälle.

Die Finanzen sind in gutem Stand, der rückständige Sold der Armee ist berichtigt. Der Finanzminister zahlte im Monat Juni bis September inklus[ive] monatl[ich] an den Kriegsminister 45 Millionen, von da $17^1/_2$ Mill[ionen] monatl[ich]. Die Zahl der Offiziere ist 35 000, der entlassenen Offizianten 14 000 S[eelen].

13. [Oktober.] Lord Castlereagh hat gestern ein Memoire über die polnischen Angelegenheiten dem K[aiser] übergeben[38] und eine lebhafte Unterredung gehabt; er[39] ist bei seiner Meinung beharrt. Der Artikel des Traktats vom 27. Juni 1813[40] scheint ihn frappiert zu haben; er

[34] *S. oben Nr. 180, Anm. 3.*

[35] *Protokoll der Sitzung bei Angeberg I S. 289 f.*

[36] *Vandamme (s. Bd. I Nr. 348, Anm. 1) war im September 1814 aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, in die er durch seine Niederlage bei Kulm und Nollendorf geraten war (s. Bd. IV Nr. 355, Anm. 3), wurde jedoch von den Bourbonen sehr schlecht aufgenommen und gleich aufs Land verbannt.*

[37] *Davout hatte Hamburg gehalten, bis ihn ein ausdrücklicher Befehl Ludwigs XVIII. zur Übergabe ermächtigte. Er wurde bei seiner Rückkehr nach Frankreich von den Bourbonen so schlecht empfangen wie Vandamme und ebenfalls aufs Land verwiesen. Napoleon machte ihn nach der Rückkehr von Elba zum Kriegsminister, und Davout hat dem Kaiser während der 100 Tage treu und aufrecht gedient. Nach der Wiederherstellung der Bourbonen wurde er wieder aufs Land verbannt und seiner Würden für verlustig erklärt, erhielt sie jedoch 1817 zurück. 1819 wurde er sogar Mitglied der Pairskammer. Gest. 1823.*

[38] *Gedruckt bei Angeberg I S. 280 ff.*

[39] *Der Kaiser.*

[40] *Vgl. unten S. 331, Anm. 83.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

schwieg einige Zeit und sagte: „Je remplirai exactement ce traité. Je donnerai à l'Autriche les salines de Wiel[iczka]". Er blieb bei seinem Konstitutionsplan. Der K[aiser] gab dieses Memoire nicht an Nesselrode.
Lord Castlereagh übergab ein zweites Memoire[41], worin er vorschlug, einen Mittelweg einzuschlagen, den Polen gewisse Vorteile der inneren Verfassung einzuräumen.

Den 16. Oktober[42]. Manche glauben, der Kaiser wolle nur den Schein haben, die Polen in ihren Entwürfen zu unterstützen, weil er ihnen Versprechungen gegeben, Hoffnungen gemacht; er erwarte aber heftige und beharrliche Widersprüche seiner Bundesgenossen und werde sich hiermit gegen die Polen rechtfertigen, wenn er seine Zusagen nicht erfülle, deren Bedenklichkeit er einsehe. Diese Meinung äußerte der Herzog von Serra Capriola[43] bei seiner Ankunft von Petersburg, auch Fürst Peter Volkonskij[44]. Der Kaiser hat das erste Memoire[45] Castl[ereaghs] dem Fürsten Czartoryski zur Beantwortung übergeben und nicht an Nesselrode, ihm auch vom Inhalt meines Briefes[46] gesprochen. Czartoryski konnte seinen Unmut gegen mich nicht verbergen, als er mich [!] im Konzert begegnete, und sagte an Anstett: „On attaque l'empereur de toute part, il faut le fortifier et nous défendre."

Den 15. Oktober. Metternich willigte endlich in die Besitznahme S[achsens] ein[47]. Meinen Vorschlag, den P[rinz] Wilhelm gleich nach D[resden] zu schicken, lehnte Hardenberg ab, und er nahm den an, den Minister Recke[48] unterdessen hinzusenden[49]. Noch hat der Kaiser das Protokoll d.d. 28. September[50] nicht genehmigt.

18. Oktober[51]. Diese Genehmigung erfolgte heute, kurz vor der

[41] *Am 14. Oktober, gedruckt bei Angeberg I S. 291 ff. Vgl. dazu Steins Denkschrift vom 26. Oktober 1814 (oben Nr. 188).*
[42] *Datum möglicherweise verschrieben statt 14. Oktober.*
[43] *Vgl. Bd. III Nr. 548, Anm. 1.*
[44] *S. Bd. IV Nr. 17, Anm. 1.*
[45] *S. oben S. 322 Anm. 38.*
[46] *Gemeint ist wohl die Denkschrift vom 6. Oktober (s. oben Nr. 172).*
[47] *S. oben Nr. 179.*
[48] *S. oben Nr. 191, Anm. 2.*
[49] *Hardenbergs Tagebuch notiert unter dem 16. Oktober:* „Conf[érence] avec Stein sur l'occup[ation] de la Saxe". *Vgl. Weil, Congrès de Vienne I Nr. 436 (Vortrag Hagers, 19. Okt. 1814):* „[...] Hardenberg (17 octobre): ses conférences avec Stein et le colonel von Miltitz. Il travaille avec Staegemann, Zerboni di Sposetti et Jordan jusqu'à 3 heures et reçoit dans l'intervalle deux lettres de Stein [...]".
[50] *S. oben S. 318 Anm. 19.*
[51] *Vgl. Weil, Congrès de Vienne I Nr. 436 (Vortrag Hagers, 19. Okt. 1814):* „[...] Stein (18 octobre): ses occupations, ses entretiens avec le colonel von Miltitz, ses conférences avec Nesselrode et Volkonski."

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

militärischen fête[52]; sie war sehr glänzend, die Truppen schön, die Anordnung des Ganzen vortrefflich, der Eindruck, welchen das Ganze von dem Balkon des Lusthauses ab gesehen machte, groß und schön. Der K[ronprinz] von W[ürttemberg], der den Kaiser beobachtete, glaubte, er sei von diesem allen auf eine unangenehme Art bewegt worden; er habe in der Haltung der Truppen, in der lebendigen Teilnahme der Zuschauer, in dem Überfluß, der sich im Ganzen gezeigt, etwas, was seine Meinung von der Schwäche Österreichs widerlegt, gefunden und was ihn in seinen hohen Ideen von Unwiderstehlichkeit gestört. Ich fand ihn den 19. Oktober berechnet [!] und verschlossen, so wie er überhaupt seit der Eroberung von Paris weniger Freundlichkeit, Offenheit, Mitteilung in seinem Betragen äußert. Ich frug ihn, was er befehle, dem Fürst Repnin zu eröffnen, der nun Sachsen bald verlassen werde; ob er allenfalls herkommen solle[53]. Er bejahte es und sprach mit Zufriedenheit von Repnins Geschäftsführung. Auf meine Bemerkung, daß er verdiene, in Tätigkeit gesetzt zu werden, und daß sich hierzu jetzt vielleicht eine Gelegenheit finde in Estland, da der Prinz August von Oldenburg[54] abzugehen die Absicht habe, so antwortete er, seine Absicht sei, den F[ürst] Repnin im Inneren von Rußland zu gebrauchen, da er mit Geschäftsformen und Einrichtungen sich bekannt gemacht, die man zum Teil dort anwenden könne. Ich bat ihn, dem König vorzuschlagen, den P[rinzen] Wilhelm gleich als Statthalter nach Sachsen zu schicken, welches er mir versprach. Nach einer kurzen Pause sagte er: „Vous m'avez écrit sur la Pologne[55]; pourquoi vous, qui montrez des idées si libérales dans toutes les occasions, en avez-vous proposé de si différentes dans celle-ci?"

„Il m'a paru, Sire, qu'il faut modifier les principes dans l'application selon la nature de l'objet, auquel on les applique; et je crains que cette Pologne ne sera pour vous [qu]'une source de désagrément et de contrariétés; un tiers état lui manque, qui est dans tous les pays civilisés le dépositaire des lumières, des mœurs, des richesses d'une nation; le leur ne se compose que d'une petite noblesse ignorante et turbulente et de juifs, et c'est ce manque d'un tiers état qui vous arrête dans vos plans d'organisation en Russie[56]".

---

[52] *Aus Anlaß des ersten Jahrestages der Schlacht von Leipzig wurde am 18. Oktober im Prater ein großes militärisches Fest der Wiener Garnison abgehalten. S. darüber J. de Bourgoing, Vom Wiener Kongreß (1943) S. 113 f.*

[53] *Vgl. das Schreiben Steins an Repnin oben Nr. 183.*

[54] *S. Bd. III Nr. 461, Anm. 9.*

[55] *S. oben die Denkschrift vom 6. Oktober (Nr. 172).*

[56] *Vgl. hierzu auch Fournier, Geheimpolizei S. 253 (Erwähnung von Gesprächen Steins mit La Harpe über Polen und die Bemühungen Alexanders, dort den Bürger- und Bauernstand zu heben oder vielmehr erst zu erschaffen) und Steins früheren Bericht über die inneren Zustände im Königreich Polen vom 9. November 1781 (Bd. I Nr. 92).*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

„C'est vrai, mais dans l'ancien duché de Varsovie les affaires allaient assez bien".
„Très imparfaitement, et Napoléon les comprimait et les forçait de marcher sur un ligne".
„Je saurai les soumettre à une discipline, et, d'ailleurs, je ne me suis point encore expliqué sur le mode dont je me propose d'exécuter le plan de rendre des institutions à ce peuple, qui a tant fait pour conserver sa nationalité". Er fuhr darauf fort und sagte, alles vereinige sich hierin gegen ihn; auch Talleyrand intrigiere, der aber seinen Zweck verfehlt habe, indem er alle Bundesgenossen aufgereizt, die Preußen wegen Sachsen, ihn wegen Polen, die Österreicher wegen Italien; dieses habe aber gegen ihn nur allgemeines Mißtrauen erregt. Ich versicherte ihn, daß gewiß keiner der alliierten Minister mit Talleyrand intrigiert habe, welchem er beitrat, nur wegen Metternich zweifelhaft war, über den er sich mit Bitterkeit äußerte, seinen Vorsatz, Einigkeit und Frieden zu erhalten, wiederholte und mich ganz freundlich entließ.
Der K[ron]p[rinz] von W[ürttemberg] unterredete sich mit mir über die deutschen Angelegenheiten; er äußerte, sein Vater habe eine Konferenz über die deutschen Angelegenheiten in seiner Gegenwart abgehalten und sei über die Anträge von Österreich und Preußen nicht zufrieden; er äußere sich, es sei eine unförmliche Kompilation ohne Zusammenhang, und sie werde niemanden zufriedenstellen. Er empfahl festeres Bestehen und Beharren auf den Grundsätzen. Nur sei er wegen Metternich besorgt, wegen seiner Frivolität, seiner falschen Ansicht, Bayern durch Nachgiebigkeit zu gewinnen und vermittelst Bayern das südliche Deutschland zu beherrschen. Er erzählte zugleich, daß die Polen[57] ihm hätten Anträge machen lassen, sich an ihre Spitze zu setzen; er habe ihnen geantwortet: „qu'il n'était point un aventurier illustre, que sa position était très agréable, qu'il aimait l'indépendance et ne voulait point la perdre pour dépendre d'une femme, de ses voisins et d'une nation turbulente."
Der Kaiser sprach vor einiger Zeit über seine polnischen Absichten mit dem Graf Kapodistrias und erzählte ihm, daß er dem Lande eine Konstitution geben, die russische Armee zurückziehen, hierdurch vermeiden wolle, die Eifersucht seiner Nachbarn zu reizen. Er frug K[apo]di[strias] um seine Meinung, weil dieser als Begleiter des Admirals Čičagov[58] Gelegenheit gehabt hatte, Polen kennenzulernen. Schon damals hatte der K[aiser] dem Admiral befohlen (September, Oktober, November 1812), den Polen ihre Freiheit zu versprechen und sie aufzufordern, die Franzosen zu verlassen, der aber Bedenken trug, Proklamatio-

[57] *Hier ist von Stein noch nachträglich ein „so glaubte" eingefügt worden, der geplante Einschub wurde dann aber nicht ausgeführt.*
[58] *S. Bd. III Nr. 528, Anm. 14.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

nen zu erlassen, weil er den Unwillen seiner Landsleute, der Russen, besorgte. K[apo]di[strias] antwortete ihm, er halte die Polen, denen der Mittelstand fehle, für unfähig zu einer Freiheit, und der Kaiser werde, indem er diese in Polen proklamiere, bei allen seinen Nachbarn Besorgnisse für innere Unruhen erregen.

20. Oktober. In der Konferenz[59] überreichten B[ayern] und W[ürttemberg] seine[!] Erklärung über den Plan[60]. Sie wollen keine Fürstenbank, keine Stände, keine Garantie des Innern durch den Bund, Ausdehnung der Rechte des Kreisobristen.

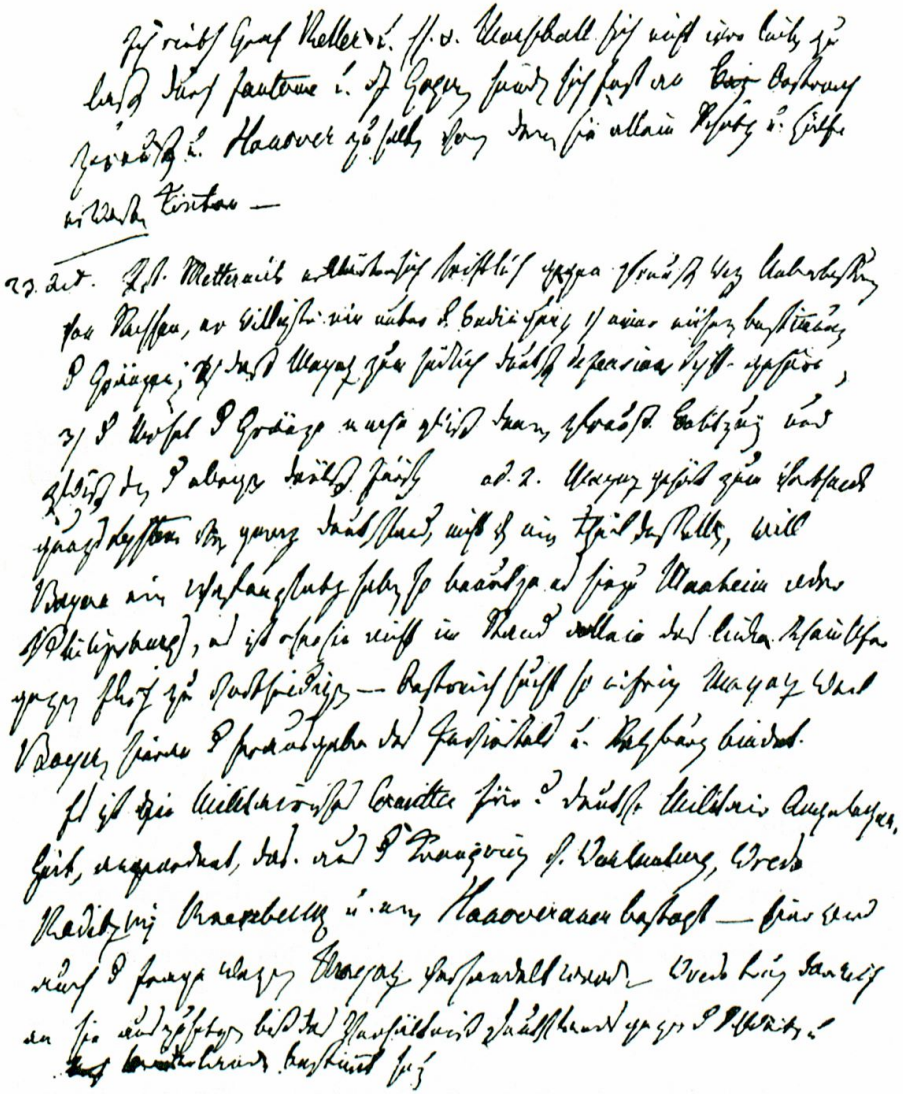
Den 21. Oktober. Graf Münster übergab ein Votum[61] gegen die Behauptungen von Bayern und Württemberg in dem Sinne meines Schreibens d.d. 20. Oktober[62]. Ich riet Graf Keller[63] und Herrn v. Marschall[64], sich nicht irreleiten zu lassen durch Phantome und durch Gagern[65], sondern sich fest an Österreich, Preußen und Hannover zu halten, von denen sie allein Schutz und Hilfe erwarten könnten.

23. Oktober. Fürst Metternich erklärte sich schriftlich gegen Preußen wegen Überlassung von Sachsen[66]; er willigte ein unter der Bedingung 1. einer näheren Bestimmung der Grenzen, 2. daß Mainz zum südlichdeutschen Defensionssystem gehöre, 3. die Mosel die Grenze mache zwischen den preuß[ischen] Besitzungen und zwischen denen der übrigen deutschen Fürsten. — ad 2: Mainz gehört zum Verteidigungssystem von ganz Deutschland, nicht von einem Teil desselben; will Bayern einen Waffenplatz haben, so benutze es hierzu Mannheim oder Philippsburg. Es ist ohnehin nicht imstande, allein das linke Rheinufer gegen F[ran]kreich zu verteidigen. Österreich sucht so eifrig Mainz, weil Bayern hieran die Herausgabe des Innviertels und Salzburg bindet.
Es ist ein militärisches Komitee für die deutschen Militärangelegenheiten angeordnet, das aus dem Kronprinz von Württemberg, Wrede, Radetzky,

---

[59] *Des deutschen Ausschusses, s. das Protokoll (mit Anlagen) bei Angeberg I S. 303 ff.*
[60] *Gemeint sind die „12 Artikel", die von Österreich, Preußen und Hannover am 16. Oktober vorgelegt worden waren. Über die vorhergehenden Verhandlungen s. Schmidt, Verfassungsfrage S. 199 ff., vgl. jetzt auch Huber, Verfassungsgeschichte I S. 545 ff. und Griewank, Wiener Kongreß S. 177 f. Die „12 Artikel" sind gedruckt bei Klüber I/1 S. 57 ff., Schmidt, Verfassungsfrage S. 209 ff. und Angeberg I S. 300 ff.*
[61] *Druck: Pertz, Stein IV S. 139 ff. und Angeberg I S. 327 ff.*
[62] *S. oben Nr. 182.*
[63] *Steins ehemaliger Kommilitone aus seiner Göttinger Studienzeit Dorotheus Ludwig (seit 1789 Graf) v. Keller (1757–1827), Vertreter Kurhessens auf dem Wiener Kongreß. S. über ihn Bd. I Nr. 494, Anm. 1.*
[64] *Gemeint ist sicher der nassauische Staatsminister Ludwig v. Marschall.*
[65] *S. oben Nr. 199, Anm. 5.*
[66] *In der Note vom 22. Oktober 1814. Druck: Angeberg I S. 316 ff. Vgl. oben S. 323 sowie Nr. 179, Anm. 1.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org



Tagebuch Steins vom Wiener Kongreß, 21.—23. Oktober 1814
(Nr. 318, Druck S. 326 f.)

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Knesebeck und einem Hannoveraner besteht. Hier wird auch die Frage wegen Mainz verhandelt werden. Wrede trug darauf an, sie auszusetzen, bis das Verhältnis Deutschlands gegen die Schweiz und Niederlande bestimmt sei[67].
Der Kaiser ließ Anstett den 20. kommen und gab ihm eine von Czartoryski verfaßte Widerlegung des Memoires des Lord Castlereagh[68] mit, der viele eigenhändige, zum Teil sehr heftige Marginalien beigefügt waren, und befahl ihm, daraus ein Ganzes zu machen. Er äußerte seinen Unwillen über Nesselrodes Abneigung, die polnischen Ideen in seinem Sinn zu behandeln und zu unterstützen. Er erklärte ihm, er werde sich nicht in die deutschen Angelegenheiten mischen, ward sehr heftig, indem er erwähnte, wie er die Vergrößerung anderer zugelassen, seinen billigen Forderungen aber jeder sich entgegensetze.
Rußland hat 168 Mill[ionen] Rubel neues Papiergeld gemacht ao. 1812, 13 und 14 zur Bestreitung der Kriegskosten.

25. Oktober. Vorbereitende Unterredung mit Castlereagh wegen der Schweiz[69]. Kapodistrias teilt ihm sein Memoire[70] mit.

Den 24. Oktober[71]. Unterredung des K[ron]p[rinzen] von Würt-[temberg] mit dem St[aats]k[anzler] und mir; er äußerte, es sei ihm gelungen, den König zu überzeugen, sein Interesse sei es, sich an Deutschland zu schließen und sich von Bayern, das ihn früh oder spät unterdrücken werde, zu entfernen. Der König hat sich dazu geneigt erklärt, und den 25. Oktober sagte er an seinen Leibmedikus: „Lieber Hardegg, man wird sich alles gefallen lassen müssen, man wird sich bald schämen, ein Württemberger zu sein, aber Gott wird mir beistehen". Wrede äußerte gegen Herrn v. Linden, man müsse sich vereinigen und gemeinschaftlich handeln; der beiderseitige natürliche Alliierte sei dennoch Frankreich; dieses werde sich schon wieder heben.
Der Kaiser Alexander hatte mit F[ürst] Metternich eine sehr heftige Unterredung über Polen[72]; er warf ihm vor, daß er allein ihm in seinen Absichten zuwider sei; er werde vom hiesigen Publikum getadelt. Mett[ernich] antwortete ihm, er wisse nicht, was er ihm antworten solle, da er die beiden Eigenschaften des Souveräns und des Ministers in sich vereinige. Der Kaiser Alex[ander] äußerte ohne alle Rücksicht gegen

---

[67] *Vgl. das Protokoll der Sitzung des deutschen Ausschusses vom 22. Oktober bei Angeberg I S. 320 ff., besonders die Anlage A (S. 324 ff.).*
[68] *S. oben Nr. 192 und unten S. 330, Anm. 82.*
[69] *S. oben Nr. 210, Anm. 1.*
[70] *Nicht ermittelt.*
[71] *Vgl. zu diesem Tag auch Hardenbergs Tagebuch:* „Mittags Stein zum Essen".
[72] *Vgl. Metternich, Nachgel. Papiere I (1880) S. 326 ff., ebd. II (1880) S. 483 und Griewank, Wiener Kongreß S. 223 f.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

viele Weiber der hiesigen Gesellschaft seine Abneigung gegen Mett[ernich], seinen Vorsatz, [Polen] wiederherzustellen. Der alten Fürstin Metternich[73] sagte er: „Je méprise tout homme, qui ne porte point l'uniforme". Einer andern Dame sagte er[74]: „Il ne faut point que vous soyez liée avec un scribe." Die Herzogin von Sagan[75] bewog er, mit Fürst Metternich ihre Verbindung gänzlich zu brechen.

Gentz zeigte dem Kronprinzen eine Denkschrift, worin er ausführte, daß Österreich sich mit dem südlichen Deutschland und Frankreich zur Erhaltung des Gleichgewichts gegen Rußland verbinden müsse, da dieses immer Preußen und das nördliche Deutschland in sein Interesse verwickeln werde. Hieraus folgert er, daß Mainz in bayrische Hände kommen müsse. Der K[ron]prinz widersprach ihm, ich machte diesem das Verderbliche eines Systems bekannt, welches die Einigkeit in Deutschland, nach welcher wir strebten, vernichte, das südliche Deutschland dem Einfluß Frankreichs, das nördliche dem Einfluß Rußlands preisgebe und einen unseligen Zwiespalt zwischen Österreich und Preußen erhalte. Frankreich wird hierdurch neue Mittel erhalten, um seine Absichten auf Belgien und das linke Rheinufer auszuführen.

Der König von Württemberg ist in seiner Besorgnis gegen Bayern bestätigt. Er wird nicht gemeine Sache mit ihm machen und wünscht daher, daß Mainz ihm anvertraut werde. Bayern steht nun isoliert, wenn Österreich fest an Deutschland hält, und man kann [es], wenn es sich nicht zu guten Bedingungen verstehen will, ganz außer dem Bund lassen[76].

Die Grafen Hochberg wollen ihr Sukzessionsrecht geltend machen, das auf dem Ehekontrakt ihrer Mutter und Hausverträgen beruht, welche sämtliche Agnaten vollzogen[77].

Die Besitznahme von Sachsen durch Preußen macht in Wien einen großen Eindruck; man tadelte sie laut und erwägt nicht, daß sie die Wirkung ist einer Anwendung des Eroberungsrechtes nach Maßgabe der gegenwärtigen Lage der europäischen Angelegenheiten. Sachsen ward erobert durch einen gerechten Krieg; es konnte aber nach dem vernünftigen Urteil der Eroberer darüber bestimmt werden. Bei dieser Bestimmung ward man geleitet durch die mit Preußen im Kalischer Frieden genommene Verpflichtung, es in den Zustand des Jahres 1806 wiederherzustellen. Sie konnte

---

[73] *Maria Beatrix Aloisia Fürstin v. Metternich (1755–1828), geb. von Kagenegg, die Mutter des Staatskanzlers. S. über sie H. R. v. Srbik, Metternich I (1925) S. 58 ff.*

[74] *Davor der offenbar abgebrochene und bei der Fortsetzung der Niederschrift neu begonnene Satz:* „Einer andern Dame sagte er". *Die Unterbrechung an dieser Stelle ist auch am Wechsel von Tinte und Feder deutlich erkennbar.*

[75] *Vgl. Bd. IV Nr. 939, Anm. 1. Über ihre Rolle auf dem Wiener Kongreß s. auch Fournier, Geheimpolizei SS. 21 f., 35 ff., 46, 86, 164 sowie J. de Bourgoing, Vom Wiener Kongreß (1943) passim (nach Register).*

[76] *Vgl. dazu auch unten S. 384 (24. April 1815).*

[77] *S. oben Nr. 257, Anm. 1.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

nicht anders erfüllt werden als durch Überlassung von Sachsen, da Rußland den größten Teil der preußisch-polnischen Provinzen behalten wollte, den deutschen Fürsten durch die einzelnen Verträge ihre Besitzungen versichert waren, also die Markgrafentümer Bayern blieben, die der übrigen ihnen nicht zum Vorteil Preußens entzogen werden konnten und diesem selbst ein Teil seiner Länder durch England zum Vorteil von Hannover abgedrungen wurde.

29. Oktober. Über den Punkt des Kriegs und Friedens, die Mehrzahl der Stimmen von Österreich und Preußen und die Mediatisierten kann man sich nicht mit Bayern vereinigen[78].
Der Kaiser hatte dem Herzog von Oldenburg[79] in Petersburg 1812 Holland oder Hannover versprochen; dieses ging nicht wegen des Widerspruchs von England, jenes schlug durch die Revolution in Holland fehl (1813 Nov.), und er war daher dem Haus Oranien sehr abgeneigt. Die Herzogin von Oldenburg näherte ihn damit wieder, und er war mit der Familie und dem Betragen des Prinzen, den er während seines Aufenthaltes in Holland kennenlernte, sehr zufrieden. Er suchte ihn von England zu trennen, mit seiner Schwester Anna den Erbprinzen von O[ranien] zu vermählen, für den sein Vater aber eine Erzherzogin bestimmte[80].

29. Oktober — 7. November (polnische Sache). Während des Aufenthalts der Monarchen in Ofen[81] suchte der Kaiser von R[ußland] den von Ö[sterreich] für seinen Plan zu gewinnen; er sprach ihm über die Schwierigkeiten, die ihm Metternich in der polnischen Angelegenheit mache, seinen Wunsch, unmittelbar mit ihm sich zu vereinigen, um alle Möglichkeit eines Kriegs zu entfernen. Franz versicherte ihn, die Äußerungen seines Ministers seien seinen Entschlüssen vollkommen gemäß; im Fall es Krieg werden solle, so wolle er ihn lieber jetzt gleich haben als im Fall zu sein, d'être réveillé dans son premier sommeil. Auf der Rückreise fuhren der Kaiser und der König in demselben Wagen. Der erstere suchte den letzteren zu überreden, seiner Meinung in der polnischen Angelegenheit beizutreten, der ihn lange anhörte, zuletzt aber nichts antwortete als, er hoffe, der Kaiser werde seine Meinung ändern. Castlereagh hatte ein Memoire mit einem Schreiben begleitet[82], worin er dem

[78] *S. das Protokoll der Sitzung des deutschen Ausschusses vom 29. Oktober 1814 bei Angeberg I S. 344 ff.*
[79] *S. Bd. III Nr. 461, Anm. 9.*
[80] *Die Ehe zwischen der Großfürstin Anna Pavlovna (1795–1865) und dem Erbprinzen, späteren König Wilhelm II. der Niederlande (1792–1849, Kg. seit 1840) ist 1816 doch zustande gekommen.*
[81] *S. oben Nr. 187, Anm. 3.*
[82] *Eigentlich waren es zwei Schreiben, eines vom 12. Oktober und eines vom 14. Oktober, welche die Denkschrift Castlereaghs vom 12. Oktober 1814 begleiteten. S. Angeberg I*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Kaiser das Traktatenwidrige (27. Juni, 5. September[83]) seiner Forderungen darstellte. Diese waren Wiederherstellung des Königreichs, abgegrenzt durch eine Linie, die Thorn, Kalisch, Czenstochau, Krakau in sich faßt, bestehend aus dem Herzogtum Warschau und den altrussisch-polnischen Provinzen. Der Kaiser ließ beides durch Czartoryski und Anstett beantworten, stellte aber seine Antwort erst nach seiner Zurückkunft nach Wien Castlereagh zu[84]. Unterdessen hatten sich Mett[ernich] und Hardenberg vereinigt, die Mediation in dieser Angelegenheit an L[ord] Castlereagh zu übertragen und ihm eine Anweisung zu geben, wie er sich zu verhalten habe bei den Unterhandlungen. Man wollte ihm[85] entweder die Wiederherstellung Polens, wie es anno 1791 war, anbieten oder auf eine neue billige Teilung dringen, wo Rußland Thorn und Krakau bis an die Nidda einräumte.

Nach der Zurückkunft der Monarchen von Ofen forderte Metternich, den die zunehmende Unzufriedenheit des einländischen Publikums über seine Geschäftsführung beunruhigte, daß die polnische Angelegenheit in einem Rat verhandelt werde. Der Kaiser[86] bestellte ihn aus Metternich, Schwarzenberg und Stadion, und nach seinem Beschluß ward Preußen gefragt, ob es mit Österreich gemeinschaftliche Sache machen wolle[87], und zugleich aufgefordert, eine Erklärung abzugeben, welche die Einwilligung in die Konstitution anno 1772 oder anno 1791 enthielt und die Weichsel zur Grenze begehrte. Österreich hatte die Absicht, Preußen mit dem linken Weichselufer zu entschädigen und Sachsen zu retten. Der Kaiser[88] suchte durch die Herzogin von Sagan wieder in ein gutes Verhältnis mit Metternich zu treten und ward über das Zusammenhalten von Österreich, Preußen und England beunruhigt. Er suchte mit einzelnen zu unterhandeln, er fing mit Preußen an, veranlaßte eine Zusammenkunft mit dem König und dem Staatskanzler (6. November[89]), beschwerte sich über die Schwierigkeiten, die man seinen billigen Forderungen entgegensetze, über die Bemühungen Metternichs, Rußland und Preußen zu tren-

---

S. 280 ff. und S. 291 ff. Die russische Antwort vom 30. Oktober bezieht sich vorwiegend auf das zweite.

[83] *Gemeint sind die Verträge von Reichenbach (27. Juni 1813) und Teplitz (9., nicht 5. September 1813). Im ersteren (Druck: F. v. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie III S. 107) war die Aufteilung des Herzogtums Warschau zwischen Preußen, Österreich und Rußland zugestanden worden, im zweiten (Martens a.a.O. VII S. 110) wurde noch einmal eine freundschaftliche Übereinkunft zwischen den drei Höfen über das künftige Schicksal des Herzogtums Warschau vorgesehen.*

[84] *Dat. 30. Oktober 1814. Druck: Angeberg I S. 350 ff., vgl. oben Nr. 192.*

[85] *Dem Zaren.*

[86] *Von Österreich. Vgl. über die hier erwähnten Vorgänge Griewank, Wiener Kongreß S. 218 f.*

[87] *Am 2. November. S. Angeberg I S. 379 f.*

[88] *Alexander.*

[89] *Vgl. Hardenbergs Tagebuch, 6. November:* „Stein chez moi, Knesebeck."

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

nen; er habe ihm insgeheim anbieten lassen, in der polnischen Sache nachzugeben, wenn der Kaiser die Wiederherstellung von Sachsen zulassen wolle; die von ihm geforderte Grenze sei nicht aggressiv usw. Der König stimmte ihm meistens bei, vergeblich widersprach ihm der Kanzler, und er verbot ihm, ferner die Sache gemeinschaftlich mit Österreich und England zu behandeln[90]. Der Kanzler war über dieses schwache unverständige Betragen des Königs sehr gekränkt, er teilte den Vorgang Lord Cast[lereagh] mit und suchte ihn zu bewegen, seine Replik[91], die in einer trockenen Widerlegung bestand, zurückzubehalten, der sie aber dennoch (den 6. November) übergeben ließ. Das Betragen des Königs erregte ein großes Mißvergnügen. England scheint nun in der sächsischen Angelegenheit Preußen verlassen zu wollen; man wirft diesem vor, es gebe die Sache der europäischen Unabhängigkeit auf, um Sachsen zu erhalten; es müßten sich Österreich, Frankreich, England als ein Gegengewicht gegen die Übermacht von Rußland um so enger vereinigen, als gegenwärtig Preußen sich ihm ganz hingebe. Der Kanzler suchte Metternich und Castl[ereagh] zu gemäßigten Gesinnungen zu bringen. Er legte mir die Frage vor, ob es ratsam sei, jetzt zu einem Krieg zu raten. Ich antwortete verneinend[92], weil Rußland mit einem schlagfertigen Heer von 250 000 R[ussen] und 38 000 Polen zwischen Weichsel und Warthe stehe, während die preuß[ischen] und öster[reichischen] Heere in Deutschland, Italien usw. zerstreut wären. Die in Holstein stehende russische Armee bedrohte das nördliche Deutschland, alle Staaten seien erschöpft, überall herrsche Mißvergnügen, Erbitterung in Deutschland und Italien. In Frankreich würden die Mißvergnügten ihr Haupt erheben, in Italien würden sie Unterstützung finden an Murat, man bedürfe Ruhe, um alles zu beruhigen, zu befestigen. Rußland werde unterdessen mit seinen polnischen Angelegenheiten zu tun bekommen, seine Armee demobilisieren und Mühe haben, sie nach einigen Jahren wiederaufzustellen, weil ihm die Mittel, womit es gegenwärtig Krieg führe, nicht mehr zu Gebot stehen würden, nämlich Vermehrung des Papiergeldes, englische Kreditpapiere, Requisitionen; sein Land sei sehr angegriffen, indem es seit 1805 1 763 000 Rekruten ausgehoben.

Der Kaiser sprach mich (5. November[93]). Ich übergab ihm ein Schreiben d.d. 4. November[94] wegen der deutschen Angelegenheiten, dem

---

[90] *Vgl. oben Nr. 208, Anm. 3.*

[91] *S. das Memorandum Castlereaghs vom 4. November (mit Schreiben vom gleichen Tag) bei Angeberg I S. 393 ff.*

[92] *S. Steins Denkschrift vom Anfang November oben Nr. 196.*

[93] *Vgl. den Bericht an Hager vom 6. November bei Weil, Congrès de Vienne I Nr. 686:* „[...] Stein est allé à deux heures chez l'empereur de Russie après avoir envoyé à Hardenberg un paquet qu'on a pu d'abord transmettre à la manipulation [...]."

[94] *S. oben Nr. 197.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Fortgang der Konferenzen nebst dem Entwurf einer konfidentiellen Note an die preuß[ischen] und öster[reichischen] Minister. Er las es mit Aufmerksamkeit und äußerte, die Note durch Nesselrode übergeben zu lassen; er fand sie mit Recht zu weitläufig und zu bitter und sagte (6. November) Graf Nesselrode, er solle sie mildern, abkürzen und übergeben. Ich änderte sie also ab (7. November[95]). Nesselrode hatte Metternich und Gentz konsultiert. Ersterer versicherte ihn, es gehe alles sehr gut in den deutschen Angelegenheiten, und er wollte daher die Note zurückhalten. Ich drang aber sehr nachdrücklich in ihn, und er versprach, sie abzugeben (9. November), welches auch geschah[96].

Bei dieser Unterredung (5. November) begann er aus eigener Bewegung über die polnische Angelegenheit zu sprechen. Er wußte, daß ich gegen die Herzogin von Oldenburg (den 3. November) mißbilligend über sein Benehmen gesprochen, und sagte: „Vous vous êtes aussi rangé du côté de mes ennemis, à quoi je ne m'attendais pas". Ich antwortete, seine Nachbarn hätten Ursache, beunruhigt zu sein über den königl[ichen] Titel, über seine Konstitution und über die Grenze. Er antwortete hierauf mit der Erzählung, was er für Europa getan, einen gefährlichen Krieg fortgeführt, sein Leben ausgesetzt, die Vergrößerung Öst[erreichs] in Italien zugelassen, Sachsen an Preußen überlassen; auf ein solches uneigennütziges, vertrauensvolles Verfahren habe er die Festigkeit der Allianz gebaut; nunmehr sehe er sich aber ein Gegenstand des Mißtrauens, der Eifersucht, und bestreite man ihm die billigsten Forderungen. Er bedürfe Krakaus und Thorns, um seine polnischen Besitzungen auf dem linken Weichselufer zu decken. Alles vereinige sich gegen ihn; England trete auf, das die Sache gar nichts angehe; ich solle meinen Einfluß anwenden, um Hardenberg zu bewegen, die Sache allein mit Rußland zu behandeln und nicht mit Österreich gegen ihn gemeinschaftliche Sache zu machen. Ohnehin habe ihm Österreich anbieten lassen, es wolle in allen polnischen Angelegenheiten nachgeben, wenn er Sachsen Preußen entziehe. Man wolle überhaupt eine Koalition gegen ihn bilden, er habe dieses schon in Paris bemerkt, und er müsse seine Maßregeln zu [. . .][97]

Durch diese polnische Angelegenheit ist der Geschäftsgang auf dem Kongreß zerrüttet und gelähmt und der Same der Eifersucht zwischen den Mächten ausgestreut worden, der seine verderblichen Folgen auf alle Verhältnisse verbreitet, besonders zwischen Österreich, Preußen und Rußland eine Kälte verursacht, die ein nachdrückliches Eingreifen in die deutschen Angelegenheiten verhindert und Bayern und Württemberg gestat-

---

[95] *S. oben Nr. 202.*

[96] *S. oben Nr. 202, Anm. 1.*

[97] *Bricht so ab.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

tet, seine[98] selbstsüchtigen Absichten zu befördern. Der Kaiser erscheint in dem Licht, das Vertrauen, welches ihm seine Bundesgenossen geschenkt, mißbraucht zu haben, um die Entscheidung der polnischen Angelegenheiten bis zu einer Zeit auszusetzen, wo er alles zu seinem Vorteil vorbereitet und eine drohende und entscheidende Stellung angenommen habe. Er erregt Mißtrauen in Europa, zieht den König von Preußen von dem allgemeinen europäischen Interesse ab und beschimpft ihn, er kränkt endlich sein eigenes Volk, indem er Polen Vorrechte einräumt und die Einheit der Verwaltung zerrüttet.

10. November. Der Kaiser bleibt unerschütterlich bei seiner Meinung, er will selbst seine Schwester Katharina[99] nicht anhören, er antwortet ihr nur, que son honneur y était engagé. Er läßt den Großfürsten Konstantin[100] (9. November) abreisen nach Warschau mit dem Auftrag, die polnische Armee auf 70 000 M[ann] zu bringen.

Die Heirat des K[ron]prinzen von W[ürttemberg] mit der Großfürstin Katharina ist entschieden, die Einwilligung der Kaiserin-Mutter ist durch die Vermittlung des Kaisers erhalten worden. Sie[101] hat dem Kronprinzen, der ihre Zuneigung bei dem Aufenthalt in London sich erwarb, die Verbindung mit dem Erzherzog Karl und ihr Etablissement in Rußland aufgeopfert[102]. Der Kaiser hatte vieles Vertrauen und Liebe zu ihr; es war durch einen Vorgang in Rußland (1812) vermindert worden. Als nämlich die Franzosen vordrangen, so entstand gegen den Kaiser eine leidenschaftliche Erbitterung; das Volk schrieb ihm das Unglück des Landes zu, und der Adel im Gouvernement Jaroslavl', Tver' etc. forderte die Großfürstin, die in Jaroslavl' ihre Wochen hielt, auf, sich an ihre Spitze zu setzen und die Regierung zu ergreifen.

Das Abspringen des Königs von der verabredeten Linie[103] befestigte den Kaiser in seinem Entschluß, erbitterte England und Österreich und veranlaßte neues Schwanken in der sächsischen Angelegenheit. Der St[aats]-k[anzler] Hardenberg suchte Castler[eagh] in einem Memoire[104] zu überzeugen, daß es gegenwärtig nicht ratsam sei, Krieg zu beginnen. Castlereagh äußerte die Meinung, daß Preußen die Mediation übernehmen solle mit Rußland, da der Kaiser gegen ihn zu erbittert sei. Hiermit stimmte auch Münster insgeheim überein. Stewart und Pozzo sprechen aber von

---

[98] *So im Text. Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der Sprache Steins, sich im Nachsatz oft nur auf das letzte Glied vorhergehender Aufzählungen zu beziehen; fraglos sind hier Bayern und Württemberg gemeint.*

[99] *S. Bd. III Nr. 498, Anm. 5.*

[100] *S. Bd. III Nr. 528, Anm. 49.*

[101] *Die Großfürstin Katharina.*

[102] *Vgl. oben Nr. 103, Anm. 3.*

[103] *In der sächsischen Frage, s. oben S. 331 f.*

[104] *Vom 7. November; im Auszug gedruckt bei Angeberg I S. 406 ff.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

einer Trennung von Europa, auf einer Seite Rußland und Preußen, auf der anderen Seite das übrige Europa[105]. Eine ähnliche Sprache[106] führte Metternich gegen den Kronprinzen von W[ürttemberg] (11. November), sagte ihm, Österreich werde freilich vieles aufs Spiel setzen, der ihm antwortete: ein Staatsmann müsse nicht spielen.
Schwarzenberg ist gegen den Krieg und gegen die Überlassung von Mainz an die Bayern.
Fürst Metter[nich] und Hard[enberg] hatten (11. November) eine Unterredung mit [...][107] über die gegenwärtige Lage. Dieser frug jenen[108] über seine Absichten mit Sachsen und Mainz. Mett[ernich] äußerte, er könne unmöglich, ohne sich der Ahndung des Publikums auszusetzen, die sächsische und polnische Sache aufgeben. Er habe Mainz den Bayern versprochen und wünsche, daß es wenigstens mit österreich[ischen] und bayrischen Truppen besetzt werde, daß ferner von Sachsen dem Könige wenigstens 500 000 S[eelen] nebst Dresden abgetreten würden. Der Staatskanzler lehnte dieses beides ab und übernahm die ihm angetragene Mediation mit Rußland.

14. [November.] Der Fürst Metternich forderte durch ein offizielles Schreiben[109] den St[aats]k[anzler] Hardenberg auf, von Rußland eine bestimmte Erklärung zu erhalten über die Grenzen, auf denen es bestehe, und über[110] die Bürgschaft, die es gebe für die Erhaltung der Ruhe in den österreichisch-polnischen Provinzen und für das übrige Europa, wenn es in seinem Teil eine Konstitution errichte. Das Schreiben enthält zugleich einen Tadel, daß Preußen nicht gemeine Sprache führen wolle. Der St[aats]k[anzler] will nunmehr eine Unterredung mit dem Kaiser halten über diesen Gegenstand.
Der Fürst Wrede suchte den St[aats]kanzler zu bewegen, sich mit einem Teil von Sachsen zu begnügen, der aber die Diskussion ganz ablehnte.
Auch Graf Münster empfahl und unterstützte diese Idee, aber als ein Auskunftsmittel, nicht um Preußen in seiner Konsolidation zu hindern.

17. November. Ein Artikel im Merkur d.d. 31. Oktober über die Lage des Kongresses machte einen lebhaften Eindruck. Der Fürst Wrede und der württemb[ergische] Gesandte beschwerten sich laut darüber[111].

---

[105] *Vgl. oben Nr. 208.*
[106] *Bezieht sich möglicherweise auf den Inhalt des vorletzten Satzes, der unmittelbar vorhergehende ist nachträglich eingefügt worden.*
[107] *Lücke in Steins Niederschrift, Pertz ergänzt hier* „Castlereagh".
[108] *Metternich.*
[109] *Vom 12. November; im Auszug gedruckt bei Angeberg I S. 418 f., vgl. Griewank, Wiener Kongreß S. 227.*
[110] *So vom Bearbeiter verbessert statt* „auf", *wie bei Stein.*
[111] *S. das Protokoll der Sitzung des deutschen Ausschusses vom 14. November bei Angeberg I S. 427 ff. und oben Nr. 209, Anm. 3.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Der Kronprinz hatte (16. November) eine Unterredung mit dem Kaiser, der ihm über die in den Angelegenheiten Deutschlands übergebene Note sprach[112], ihm versprach, fernerhin in diesem Sinn zu handeln, auch in die Übergabe [von] Mainz an die Bayern nicht zu willigen. Der K[ron]prinz lenkte die Unterredung auf die Lage der allgemeinen Angelegenheiten, er drückte seine Besorgnisse [aus] über die Spannung, die zwischen den Verbündeten bestehe, über die Einmischung Frankreichs, über die Gefahr, so daraus für Deutschland entstehe, über die Verwicklungen, in die Rußland sich setze, wenn es sich mit allen europäischen [Mächten] brouilliere; besonders gefährlich werde ihm England sein. Der Kaiser rechtfertigte sein Verfahren mit seinen Ansprüchen, so er auf die Dankbarkeit Europas habe, mit der Bereitwilligkeit, womit er den Vorteil seiner Verbündeten befördert, der Notwendigkeit, in der er sei, für die Sicherheit seines Reichs durch eine feste Grenze zu sorgen, die Unmöglichkeit, seine in Petersburg gegebene Zusage an seine Untertanen zurückzunehmen. Er wisse, Metternich suche alles gegen ihn aufzuhetzen und ihn von Preußen zu trennen; er habe Mittel, sich mit England zu vertragen, indem er ihm Handelsvorteile anbiete usw. Der K[ron]pr[inz] empfahl ihm die Anwendung dieser Mittel, da sowohl England gewonnen als die Wünsche seines eigenen Volks erfüllt werden würden. Er verließ aber den Kaiser mit der Überzeugung von seinem festen Beharren auf dem gefaßten Entschluß.

Der Kaiser war hauptsächlich besorgt, sich Preußens zu versichern; er fuhr fort, sich zu bemühen, das Mißtrauen zwischen Pr[eußen] und Österreich zu erhalten, und äußerte gegen den König von Preußen, Talleyrand habe ihm in seiner mit ihm gehabten Unterredung (15. November) namens des Fürsten Metternich gesagt, Österreich werde in Ansehung Polens nachgeben, wenn Rußland sich von Preußen trenne. Er autorisierte sogar den König, dieses laut zu äußern. Fürst Mett[ernich] leugnete es, und es gab Gelegenheit zu besonderen Erklärungen[113]. Talleyrands Unterredung war merkwürdig.

18.[114] — 23. [November.] Der Kaiser entzog sein Vertrauen gänzlich Nesselrode wegen dessen Verbindung mit Metternich und Gentz. Er übertrug die ganze Geschäftsleitung der polnischen Angelegenheit an Czartoryski, der, da Anstett seinen Abschied genommen hatte, sich an Kapodistrias wandte und diesen zuzog. Kapodi[strias] ist ein Mann, der Scharfsinn, Feinheit und Mäßigung, Ruhe besitzt, sein Geist ist gebildet, sein Charakter sittlich, sein Äußeres angenehm. In seinen Unterredungen, so er mit dem Kaiser hatte, machte er ihm bemerklich, daß Polen alle

[112] *Die von Stein entworfene Note Rußlands an Österreich und Preußen, s. oben Nr. 203.*
[113] *Vgl. dazu auch oben S. 333 und unten S. 344, Anm. 150.*
[114] *Vgl. zu diesem Tag Hardenbergs Tagebuch (18. November):* „M. et Mme de Nesselrode, Stein, Capodistrias, Pozzo à dîner."

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Elemente zu einer Konstitution mangelten, daß er gegen seine Verbündeten eine zu schwankende Sprache führe, daß er diejenigen, so ihm treu gedient, von sich entfernt halte und daher betrübe, auch erbittere. Der Kaiser trug ihm die Antwort an Castlereagh auf[115], die in einem gemäßigten Ton gefaßt war. Czartoryski hatte nunmehr mehrere Unterredungen mit dem St[aats]k[anzler] Hardenberg, auch späterhin mit mir (16.). Er forderte mich auf, dem Kaiser mich zu nähern, diesem sei mein Betragen empfindlich und meine Entfernung von ihm. Ich antwortete, der K[aiser] sei teils beschäftigt, teils zerstreut, und ohne bestimmte Geschäfte könne ich ihm seine Zeit nicht rauben. Ich meldete mich daher (den 20.[116]) bei ihm, und er ließ mich des Abends zu sich kommen. Er war unpäßlich seit dem 16. an einem Rotlauf am Fuß, hatte einige Fieberanfälle gehabt, und ich fand ihn auf dem Sofa liegend, etwas leidend und ermattet. Er empfing mich sehr freundlich und fing an, über die Lage der allgemeinen Angelegenheiten zu sprechen. Er sagte, Metternich wolle alles verwirren, auch schiene dieses die Absicht der Engländer zu sein; der Kaiser Franz bezeuge ihm Vertrauen und freundschaftliche Gesinnungen. Ich bemerkte dagegen, ich glaube nicht, daß die Engländer den Krieg wünschten, da die Lasten des Volks groß seien und Verminderung erforderten; die Punkte, worauf es jetzt noch ankomme, schienen mir mehr ein Gegenstand der Eigenliebe als wichtig für Rußland oder Österreich; Krakau sei diesem zwar wichtig, aber doch nicht in dem Grad, daß es einen Krieg unter den gegenwärtigen Umständen rechtfertige; für Rußland schiene es mir sehr entbehrlich; Preußen werde sich wohl wegen Thorn arrangieren. Er antwortete, Krakau zu räumen, sei für ihn unrühmlich, er habe es einmal besetzt. Da es aber nur ein Opfer sei, um den Völkern Frieden zu verschaffen, den sie so sehr bedürften, erwiderte ich, da er an der Spitze von 400 000 M[ann] stehe, so könne man diese Räumung nur als einen Beweis seines Edelmuts ansehen, nicht als eine Wirkung der Schwäche; der gegenwärtige gespannte Zustand der Bewaffnung und Unterhandlung könne nicht dauern. Er widersprach und sagte, der gewöhnliche Zustand der russ[ischen] Armee sei, konzentriert zu stehen; wegen der Größe des Reichs könne man sie nicht in die Regimentskantone verteilt auseinander legen, er habe daher, um die fremden Mächte zu beruhigen, vorgeschlagen, Polen zu konstituieren, die russische Armee nach Rußland selbst zurückzuziehen; dieses sei aber Hebräisch für die Österreicher, sie könnten es nicht begreifen; er wünsche Frieden und hoffe, dazu zu gelangen, und er hoffe, alsdann allein für Verbreitung und Unterstützung liberaler Ideen leben zu können, welches dem Leben allein einigen Wert gebe. Er äußerte seine Zufriedenheit mit den Gesinnungen, die ihm der K[aiser] Franz zeige. Ich empfahl ihm Deutschland, er ver-

[115] *Vom 21. November, Druck: Angeberg I S. 450 ff.*

[116] *Vgl. Hardenbergs Tagebuch (20. November):* „Nesselrode et Stein chez moi."

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

sprach, alles zu tun, um hier einen gesetzlichen Zustand hervorzubringen. Da ich ihn auf die Trägheit und Willkür seines Schwagers, des Großherzogs von Baden, aufmerksam machte, so befahl er mir, meine Vorschläge abzugeben über die Art, ihn zurechtzubringen[117]. Er sprach noch, daß er wünsche, Hardenberg möge bald sich seines Auftrags entledigen, um die Dinge zu endigen, und billigte, als ich ihm sagte, es sei nötig, alle drei streitigen Punkte, Polen, Sachsen, Mainz zur Entscheidung auf einmal und in einer Verhandlung zu bringen, um alles abzukürzen und nicht Gelegenheit zu neuen Verwicklungen [zu] geben[118]. Er sprach bei dieser Gelegenheit über Sachsen, hielt die Trennung für das Land, für Preußen und selbst für ganz unnütz für Österreich, da ein kleiner Fürst dessen[119] Grenze nicht schützen werde. Er schloß die Unterredung [versichernd], daß er die Aufrechthaltung der liberalen Grundsätze zur Hauptangelegenheit seines Lebens machen werde.

Kapodistrias und Czartoryski besuchten mich den folgenden Tag (21. November), jeder besonders, und die Unterredung betraf Polen, Sachsen, Mainz. Ich sprach in ihnen meine Meinung deutlich und ausführlich aus, und sie traten ihr bei, so wie wir auch über die Notwendigkeit übereinkamen, sämtliche streitigen Punkte in einer Verhandlung zusammenzufassen und zu verhindern, daß nicht über jeden einzelnen Gegenstand eine eigene Unterhandlung angefangen werde. Kapodistrias bemerkte, daß man Frankreich befriedigen werde, wenn man in Murats Entsetzung einwillige, welches überhaupt nötig sein werde, um in Italien ein Gleichgewicht gegen Österreich zu erhalten. Die Engländer schienen große Neigung zu haben, den überwiegenden Einfluß in Sizilien und den Besitz von den Sieben Inseln zu behalten[120]; beidem müsse man entgegen sein[121].

Der Staatskanzler hatte endlich (23. November) des Abends um 7 Uhr eine Zusammenkunft mit dem Kaiser[122]. Er las ihm einen Aufsatz vor, worin er ihm die Anträge Österreichs vorlegte und die Folgen des Krieges für Europa lebhaft und vertrauensvoll auf den Edelmut des Kaisers darstellte; erstere betrafen die Konstitution von Polen, in die sie[123] einwilligten, die Überlassung von Krakau, die sie forderten.

---

[117] *Vgl. oben Nr. 216.*
[118] *Vgl. oben Nr. 217, Anm. 2.*
[119] *Österreichs.*
[120] *Vgl. dazu Griewank, Wiener Kongreß S. 185 ff., S. 290 ff. und S. 295 f.*
[121] *Vgl. zum 21. November Hardenbergs Tagebuch von diesem Tage:* „Czartoryski und Stein abends bei mir. Ein Anschein nachgebender Gesinnungen beim K[aiser] Alexander".
[122] *Vgl. Griewank, Wiener Kongreß S. 227 f.*
[123] *Die Österreicher.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Den 24.[124] November war eine Zusammenkunft des Fürsten Czartoryski, Hardenberg und mir. Hier begehrte der Fürst Cz[artoryski] die letzte Erklärung der Österreicher. Fürst Hard[enberg] äußerte aber, man müsse nach der gegenwärtigen Lage der Sache jetzt vielmehr eine Äußerung des Kaisers erwarten, und man vereinigte sich endlich dahin, daß man ihm die Fragen vorlegen soll, so in ein kurzes Protokoll aufgefaßt wären: soll Krakau ein Gegenstand der Unterhandlung sein? Soll es als Fürstentum, als Munizipalstadt konstituiert werden? Will man nicht alle streitigen Fragen wegen Sachsen, Mainz und Polen[125] in eine Verhandlung fassen?
Czartoryski übergab das Protokoll dem Kaiser; sein Inhalt machte einen unangenehmen Eindruck auf ihn, unterdessen verwarf er ihn nicht.

Der Kaiser berief mich den 25. November zu sich. Er war milde und ruhig, äußerte seine Bereitwilligkeit zur Verträglichkeit, seine Besorgnis, daß Österreich fortfahren werde, neue Forderungen und Prätentionen aufzustellen. Ich sprach sehr nachdrücklich für den Frieden; er sei Bedürfnis nicht nur zur Wiederherstellung des allgemeinen Wohlstandes, sondern auch zur Wiederherstellung der allgemeinen Sittlichkeit, die durch den bisherigen langwierigen Druck und Kriegszustand auf eine fürchterliche Art gelitten habe. Er antwortete mir, wie er bereit sei, alles zur allgemeinen Ruhe beizutragen, und überhaupt fest entschlossen sei, jede kräftige und wohltätige Idee zu unterstützen und zu befördern. Ich übergab ihm einen Aufsatz wegen des Großh[erzogs] von Baden[126] und bat ihn, den Inhalt zu erwägen. Er versprach es und sagte, er werde seinen Entschluß den folgenden Tag durch Fürst Czart[oryski] den St[aats]kanzler wissen lassen.

Der 26. November blieb wegen der Unpäßlichkeit des St[aats]kanzlers ohne Geschäft, unerachtet der Kaiser seine Erklärung abgegeben hatte.

Den 27. [November] war eine Zusammenkunft[127], in der dem Fürsten H[ardenberg] die Erklärung des Kaisers (vide Anlage[128]) abgegeben wurde. Er war mißvergnügt, daß den Österreichern nicht Krakau war eingeräumt worden, klagte über Unbilligkeit und behielt sich

---

[124] *So eindeutig in der Vorlage. Vgl. jedoch Hardenbergs Tagebuch unter dem 25. November:* „Conf[érence] avec Czartoryski et Stein."

[125] *So wie bei Lehmann und in der Alten Ausgabe vom Bearbeiter geändert statt* „Neapel", *wie es im Text bei Stein steht.*

[126] *S. oben Nr. 216.*

[127] *Vgl. auch Hardenbergs Tagebuch (27. November):* „Conf[érence] avec Czartoryski et Stein."

[128] *Liegt nicht bei. Gemeint ist vielleicht die von Stein entworfene Erklärung vom 27. November 1814, s. oben Nr. 217.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

vor, alles Metternich mitzuteilen, welches erst [den 2.[129]] geschah in einer mündlichen Note, die in dem Sinne des protokoll[ierten] Entwurfs[130] abgefaßt war, worin er auf der Unteilbarkeit von Sachsen bestand und Österreich eine Zession in Oberschlesien von 132 000 Seelen bei Leobschütz [und] Ratibor anbot. In einer zufälligen Unterredung, welche Czart[oryski], Graf Münster und ich bei mir hatten, war dieser sehr beharrlich in seiner Meinung, daß ein Teil von Sachsen müßte zurückgegeben werden. Die Unpäßlichkeit des Fürsten Metternich und die Rücksprache mit dem Kaiser Franz verzögerten die Antwort[131]. Unterdessen äußerte Stewart, man werde sich nur bei der polnischen Sache beruhigen, aber desto nachdrücklicher auf der sächsischen Frage bestehen. Man suchte nunmehr in England selbst zu negoziieren[132]. Es wurden Instruktionen nach dem Inhalt meines Memoires (d.d. 3. Dezember[133]) nach England gesandt, über das ich den 7. Dezember an den Graf Kapodistrias zu schreiben Veranlassung fand[134].
Der Kaiser Alexander suchte den K[aiser] Franz zu überzeugen, daß die Teilung Sachsens dem Interesse des Landes nachteilig sei.

Den 4. Dezember äußerte Metternich gegen Fürst Czartoryski, wie er glaube, daß die polnische Sache nunmehr auf eine billige Art entschieden sei, er müsse dagegen desto fester auf der sächsischen bestehen, es sei eine Meinungssache, Österreich werde alle seine Alliierten verlieren, Bayern, England, Frankreich, beide letztere Mächte würden sich verbinden, in Deutschland mache die Sache den übelsten Eindruck, Österreich könne nicht alle Fragen aufgeben — es scheine, Preußen und Rußland hätten feste Verabredungen untereinander eingegangen, dieses löse aber die Allianz mit Österreich auf.
Unterdessen waren mancherlei Dinge vorgegangen in deutschen Angelegenheiten, besonders in der Mainzer Sache und den innerbadenschen. Ich hatte dem Kaiser (29. November) einen Aufsatz vorgelegt[135] über den Zustand des Badenschen, über die Nachlässigkeit, Unentschlossenheit, Willkür und das Mißtrauen des Großherzogs. Zugleich hatte ich ihm Vorschläge mitgeteilt wegen Bildung der Landstände und Ernennung eines Kabinettsministers mit sehr ausgedehnten Vollmachten.
Er versprach zu helfen. Die Kaiserin berief mich (d. 31. November[136]) zu sich und sprach mir in der Gegenwart ihres Herrn Bruders

---

[129] *S. die Note vom 2. Dezember bei Angeberg II S. 1941 ff.*
[130] *Vgl. dazu das Tagebuch vom 24. November oben S. 339.*
[131] *Vgl. oben Nr. 223, Anm. 2.*
[132] *Vgl. oben Nr. 224, Anm. 1.*
[133] *S. oben Nr. 222.*
[134] *S. oben Nr. 226.*
[135] *Eigentlich der Kaiserin. S. die Denkschrift vom 29. November oben Nr. 220.*
[136] *Dies dürfte schon die zweite Unterredung Steins mit der Zarin über die Zustände in*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

über die Lage des Landes. Ich sprach meine Ansicht ganz freimütig und unbefangen über seine Regierungsart aus und bestand auf der Notwendigkeit [der] Stände[137]. Er entschloß sich endlich, das Schreiben d. d. [...][138] an den Fürst Metternich und Hardenberg zu erlassen. Die Kaiserin gab ihm die Vorschläge wegen Errichtung eines Kabinettsministeriums, empfahl ihm ihre Annahme, beauftragte den Herzog von Coburg[139], mit ihm sich darüber zu besprechen. Unerachtet nun das Schreiben erlassen war, so konnte er sich doch nicht entscheiden, eine Instruktion für die Kommission abgehen zu lassen, welche einen Entwurf über die ständische Verfassung ausarbeiten sollte[140]. Sie war selbst den 24. Dezember noch nicht abgegangen, sondern der träge, mißtrauische, unentschlossene Mann konnte es nicht über sich bringen, einen Kurier abzufertigen. Mit Recht sagte Napoleon von ihm: „Ce prince est indécrottable".

Unterdessen beobachteten die Österreicher ein tiefes Stillschweigen, sie fingen aber unter der Hand an zu unterhandeln[141].

Der Kaiser Franz sprach mit der Großfürstin Katharina (6. Dezember[142]) über seinen Wunsch, Frieden zu erhalten, aber sein Gewissen fordere, daß er den K[önig] von Sachsen mit einem Teil des Landes abfinde; ganz Europa habe die Augen darauf gerichtet; er wünsche, mit Preußen in gutem Vernehmen zu leben, aber es werde ihm gefährlich. Er sei übrigens bereit, Mainz zur Bundesfestung zu erklären. Fürst Hardenberg selbst sei geneigt zu einer Abfindung des Königs in Sachsen, und Fürst Repnin habe ihm gesagt, die Sachsen wünschten alle ihren König zurück. Beides war falsch; Fürst Repnin hatte ihm geäußert: nach der Schlacht von L[eipzig] sei alles gegen den König gewesen, den man als den Urheber des allgemeinen Unglücks angesehen, nachher haben sich die Gesinnungen gemildert; die Anhänger des H[erzogs] von Weimar hätten sich mit den königlich Gesinnten verbunden, nachdem sie ihre Erwar-

---

Baden gewesen sein, da er auch in der Denkschrift vom 29. November (oben Nr. 220) ein voraufgegangenes Gespräch über den gleichen Gegenstand erwähnt.

[137] *Über das Auftreten Steins gegenüber dem Großherzog von Baden s. Ritter, Stein S. 497.*

[138] *Lücke im Text. Gemeint ist das Schreiben vom 1. Dezember, vgl. oben Nr. 221, Anm. 2.*

[139] *S. oben Nr. 256, Anm. 6.*

[140] *Vgl. oben Nr. 244, Anm. 4.*

[141] *Hier folgt ein Absatz, den Stein nachträglich gestrichen hat, der jedoch von Pertz mit abgeschrieben wurde und darum in den bisherigen Drucken als zum Text gehörig erscheint:*

„Metternich äußerte an Czart[oryski] in einer Unterredung, wie man im ganzen zufrieden sei mit der Erklärung Rußl[ands] über Polen. Man müsse aber darauf bestehen, daß der König von Sachsen mit einem Teil seines Landes abgefunden werde. Dieses werde die Widersprüche von Frankreich beseitigen, die öffentliche Meinung in Wien befriedigen, die sich sehr laut ausgesprochen habe gegen die Entsetzung des Königs von Sachsen, auch über die Nähe von Preußen auf diesem Punkt sehr beunruhigt sei."

[142] *Vgl. vorher noch Hardenbergs Tagebuch (5. Dezember):* „Le soir Stein chez moi."

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

tungen unerfüllt gesehen[143]. Die Ungewißheit nach dem Frieden von Paris habe die Gärung begünstigt, und die königlich Gesinnten seien tätiger geworden. Nunmehr seien die Meinungen geteilt; Kaufleute und der Gewerbestand seien für Preußen, der Landadel und Landmann im ganzen ruhig, die Dresdner Beamten für den König entschieden.

Die Absichten des Kaisers Franz bei der Abfindung des Königs von S[achsen] mit seinem alten Lande ergeben sich am deutlichsten aus einer Unterredung mit dem Herzog von Weimar. Dieser äußerte, er halte die Teilung von Sachsen für nachteilig in administrativer Hinsicht, und weil die Gärung in den Gemütern erhalten werde. „Das ist schon recht", antwortete er, „dann kommen die beiden Teile um so eher wieder zusammen". (Er will also im Land seines Bundesgenossen einen Samen der Zwietracht und Gärung unterhalten, um ihm das blutig Errungene wieder zu entreißen).

Auch der Neid Hannovers gegen Preußen zeigte sich in dieser sächsischen Angelegenheit. Graf Münster haßte und beneidete Preußen von jeher[144], teils aus persönlichen Ursachen, teils wegen des feindseligen Benehmens Preußens gegen Hannover anno 1806. Er schlug daher anno 1812 im Winter dem britischen und russischen Kabinett in einer ausführlichen Denkschrift vor, Rußland bis an die Weichsel zu vergrößern, ihm also Ostpreußen zu geben, Preußen zwischen Weichsel und Elbe zu legen, das Land zwischen Elbe und Schelde unter dem Namen eines Königreichs Austrasien, also den Erbteil von Preußen, Sachsen, Hessen, Oranien, Braunschweig, Nassau, an das Haus Hannover zu geben und auf diese Fürstentümer das Eroberungsrecht anzuwenden. Dieses Projekt sollte durch eine schwedisch-englisch-hannoverische Armee ausgeführt werden unter dem Kronprinz von Schweden, und einer der englischen Prinzen sollte auf den Thron kommen. Diese Seifenblase zerplatzte von selbst durch die Ereignisse des Dezember 1812, die Konvention von Yorck, den Beitritt von Preußen usw.

Während des Krieges fühlte G[raf] Münster die Unentbehrlichkeit von Preußen und äußerte ihm gute Gesinnungen, erwarb sich das Vertrauen vom Staatskanzler. In dieser sächsischen Angelegenheit zeigt er aber die größte Tätigkeit. Er befestigte die Engländer und Öster[reicher] in dem Begehren einer Teilung von Sachsen; er äußerte an Oberst Miltitz[145], da ihm dieser die üblen Folgen der Teilung für das Land darstellte, dieses sei gleichgültig, man werde, wenn Preußen nicht nachgebe, gegen die Besitznahme protestieren, eine Gelegenheit abwarten und einen Krieg anfangen, der mit dem Untergang von Preußen endigen werde.

---

[143] *Vgl. dazu Bd. IV Nr. 502 sowie in diesem Band Nr. 12.*
[144] *Vgl. Bd. III Nr. 563 und Bd. IV Nr. 2.*
[145] *S. oben Nr. 49, Anm. 1.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

8. Dezember. Miltitz besuchte Graf Schulenburg-Klosterrode[146] und sprach ihm über die Nachteile einer Teilung von Sachsen und das Unwürdige, wenn der König sich mit einem kleinen Teil abfinden lasse. Er äußerte hierauf, es könne nur die Rede sein, an Preußen einen kleinen Teil zu zedieren, allenfalls die Niederlausitz, das Amt Zörbig; er werde nie dem König zu etwas anderem raten, da es eine unwürdige Handlung sei. Die Kräfte, die Preußen zwingen, einen kleinen Teil herauszugeben, würden es auch zwingen, sich mit einem kleinen Teil zu begnügen, man werde sonst nach einiger Zeit mit ihm einen Krieg beginnen, der es vernichten werde; Hannover werde unterdessen einen Einfluß und ein Ansehen erhalten durch seine Rechtlichkeit, seine administrative Weisheit, wodurch es der Anlehnungspunkt des nördlichen Deutschlands würde. — Graf Schulenburg will also einen Staat, der bereits existiert, einen militärischen und politischen Namen errungen hat, eine Masse von Kenntnissen, von Staatseinrichtungen besitzt, umwerfen und an dessen Stelle einen andern setzen, der nur durch Rechtlichkeit und Beschränktheit bekannt ist und uns eine Generation unbedeutender Prinzen zu Regenten verspricht. Welche Verblendung!

Aus dieser und aus einer ähnlichen früheren Äußerung des Grafen Schulenburg gegen mich ergab sich, daß der König eine geringe Abfindung abweisen werde.

Endlich erschien die österreichische Erklärung d.d. 10. Dezember[147] und ward den 11. an den Staatskanzler übergeben. Sie wollte Preußen abfinden im west[lichen] Deutschland und ihm von Sachsen nur 400 000 S[eelen] auf der Niederlausitz und Thüringen anweisen; wegen Polen forderte es Krakau. Metternich nahm also eine Negotiationsbasis an, die der vom 22. Oktober ganz entgegengesetzt war. Er verhüllte sie in eine Menge Phrasen von Dankbarkeit für P[reußens] Anstrengung, der Notwendigkeit einer Einigkeit zwischen P[reußen] und Öst[erreich] usw., so daß der vollkommenste Kontrast zwischen den Freundschaftsversicherungen und dem verderblichen Antrag der Sache den Schein der Mystifikation gab. Fürst Hardenberg legte die Korrespondenz

---

[146] *Friedrich Albrecht Graf von der Schulenburg-Klosterrode (1772–1853), sächsischer Diplomat, 1810–1830 Gesandter in Wien. Eine besondere Bedeutung hatte diese Stelle natürlich in der Zeit, in der das Schicksal Sachsens noch unentschieden war und Schulenburg in Wien als „Privatmann" die Interessen seines Königs vertrat. Von 1828 bis 1830 sächsischer Konferenzminister, hatte er einen starken Einfluß auf die reaktionäre Politik seines Schwagers Einsiedel (s. Bd. IV Nr. 183, Anm. 9) und ging mit diesem in den politischen Wirren des Jahres 1830 ab. Den Rest seines Lebens widmete er familiengeschichtlichen Arbeiten. Vgl. über ihn Walter Kohlschmidt, Die sächsische Frage auf dem Wiener Kongreß und die sächsische Diplomatie dieser Zeit (Phil. Diss. Leipzig 1929) S. 108 ff.*

[147] *Druck: Angeberg I S. 505 ff.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

seit dem Oktober dem Fürst Czart[oryski] und mir vor[148] und übergab sie dem Kaiser Alexander[149]. In dieser Korrespondenz war besonders merkwürdig ein Metter[nichsches] Billett d.d. 7. November[150], worin die bestimmte Versicherung enthalten war der Einwilligung des Kaisers Franz in die Übergabe von Sachsen. Der Kaiser Alexander ließ dem Staatsk[anzler] durch Czart[oryski] schreiben[151], er möge sich nur über das Interesse Preußens bestimmen, und er werde ihn mit aller Kraft und allen seinen Truppen unterstützen.

Dasselbe trug er mir den 12. Dezember abends auf. Er sagte, er habe dem K[aiser] Franz die Papiere vorgelegt, der habe dem Fürst Metternich darüber die bittersten Vorwürfe gemacht, aus dieser Korrespondenz gehe die Absicht M[etternichs] hervor, R[ußland] und Pr[eußen] zu trennen; es sei nötig, die Sache zu beschleunigen und nun ein Ultimatum zu geben; er werde es mit aller Kraft unterstützen; man müsse diese Sache unter den drei Mächten endigen ohne Beimischung Frankr[eichs] und Englands, dann die deutschen, dann die englischen Angelegenheiten. Ich antwortete ihm mit Betrachtungen über das Verderbliche und Verwerfliche der österreich[ischen] Vorschläge, über die Notwendigkeit, den Entschluß und die Bereitschaft zu zeigen, ernsthafte Maßregeln zu ergreifen und hierzu Vorbereitungen zu machen durch Reiseanstalten, Truppenbewegungen, [über] die Notwendigkeit, diese ganze Angelegenheit aus den Händen Nesselrodes zu bringen, der Metternich blindlings ergeben sei, und sie Czart[oryski] oder Razum[ovskij] anzuvertrauen und ihnen Kapodistrias beizuordnen, dem das Verhältnis gleichgültig sei. Er frug mich nach Gentz; ich sagte ihm, es sei ein Mensch von vertrocknetem Gehirn und verfaultem Herzen; ferner nach Starhemberg[152], den

---

[148] *Vgl. dazu Hardenbergs Tagebuch vom 11. Dezember:* „Conférence avec Stein, Czartoryski, Knesebeck et Humboldt sur la réponse de Metternich" *und vom 12. Dezember:* „Stein et Czartoryski chez moi".

[149] *Vgl. dazu Griewank, Wiener Kongreß S. 230.*

[150] *Druck: H. Delbrück, König Friedrich Wilhelm III. und Hardenberg auf dem Wiener Kongreß, in: HZ 63, 1889, S. 259 f. In diesem Schreiben stellt Metternich entschieden in Abrede, daß er dem Zaren Zugeständnisse in der polnischen Frage angeboten habe, wenn dieser der Wiederherstellung Sachsens zustimme (s. oben S. 336), und bekennt sich noch einmal ausdrücklich zum Inhalt seiner Note vom 22. Oktober (s. oben Anm. 66), die aber eben doch nur eine bedingte Zustimmung Österreichs zum Erwerb Sachsens durch Preußen enthielt.*

[151] *Ein solches Schreiben vom Anfang Dezember wurde nicht ermittelt, vielleicht denkt Stein hier aber noch an die Vorgänge vom November, in deren Zusammenhang auch das vorher erwähnte Billett Metternichs gehört, und dann könnte das Schreiben Czartoryskis an Hardenberg vom 11. November 1814 gemeint sein (Druck: Delbrück, in: HZ 63, 1889, S. 264).*

[152] *Ludwig Fürst von Starhemberg (1762–1833), österreichischer Diplomat, der wie Metternich die Anfänge diplomatischer Bildung und Schulung schon im Elternhause (sein Vater war der kaiserlich-österreichische Gesandte in Paris und spätere bevollmächtigte Minister in Brüssel, Georg Adam Fürst von Starhemberg) erhalten hatte. Nachdem er*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

ich nur höchst oberflächlich kannte. Ich endigte mit dem Antrag auf eine Konferenz mit Hard[enberg] auf heute (13.).
Fürst Metternich ward nun über den Gang der Dinge sehr verlegen. Er schickte noch denselben Abend Herrn v. Wessenberg an den Staatskanzler, um sich mit Herrn St[aats]r[at] Hoffmann[153] wegen der statistischen Tabelle[154] , so eine Anlage zu seinem Schreiben d.d. 10. Dezember war, zu besprechen, der ihm einen Irrtum von 1 200 000 Seelen, die er Preußen zu wenig angerechnet hatte, nachwies. Zugleich kam er selbst den 13. früh zum St[aats]k[anzler], um ihm zu beweisen, daß das Schreiben nicht offiziell, sondern konfidentiell gewesen, daß man ja noch mehr von Sachsen oder Polen habe fordern können.
In dieser Konferenz[155] waren Czart[oryski], Kapodistrias, Humboldt, Knesebeck und ich gegenwärtig[156]. Der erstere erklärte, der Kaiser wolle noch den Tarnopoler Kreis von 400 000 S[eelen] an Österreich überlassen, bestehe aber auf die bisherigen Bedingungen wegen Krakau und Thorn. Man beschloß daher, daß Preußen und Rußland Erklärungen an Österreich abgeben und ersteres England auffordern solle, ihm beizustehen, um seine traktatenmäßigen Besitzungen zu erhalten, und (den 14. Dezember) ferner zusammenzukommen[157].
Fürst Hardenberg gab die Korrespondenz, so mit Metternich war geführt worden, mit der österreich[ischen] Note vom 10. Dezember an den Kaiser ab. Das merkwürdigste war die österreich[ische] Note vom 22. Oktober, ein Schreiben Metternichs an Castlereagh[158], ein Billett des-

kurze Zeit außerordentlicher Gesandter im Haag gewesen war, kam Starhemberg 1794 nach London, wo er bis 1807 an der Festigung der englisch-österreichischen Beziehungen im gemeinsamen Kampf beider Staaten gegen Frankreich arbeitete. Als Österreich im Jahre 1807 nach dem Scheitern des Versuchs einer Vermittlung zwischen England und Frankreich (s. A. Fournier, Napoleon Bd. II, [4]1922, S. 229 f. und H. Butterfield, The Peace Tactics of Napoleon 1806–1808, 1929, S. 310 ff.) seine diplomatischen Beziehungen zu England abbrach, wurde Starhemberg abberufen. Er kehrte jedoch im Jahre 1809 auf seinen Posten zurück, als Österreich wiederum auf die Seite Englands im Kampfe gegen Napoleon trat. Napoleon, der vergeblich versucht hatte, Starhembergs auf der Reise habhaft zu werden, ließ seine Güter im Feldzug von 1809 ganz besonders brandschatzen. Der neue Kurs der österreichischen Politik nach dem Frieden führte wieder zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit England und zur Abberufung Starhembergs, der als erklärter Gegner Frankreichs zunächst keine diplomatische Verwendung mehr fand. 1815 wurde er Gesandter in Turin und blieb dort bis 1820. Dann schied er aus dem Staatsdienst aus.

[153] *S. Bd. III Nr. 63, Anm. 3 und Griewank, Wiener Kongreß S. 245.*

[154] *S. Angeberg I S. 509 f.*

[155] *Knüpft unmittelbar an den vorhergehenden Absatz an, der dazwischen liegende Abschnitt wurde von Stein nachträglich eingefügt.*

[156] *Vgl. auch Hardenbergs Tagebuch (13. Dezember):* „Conf[érence] avec Stein, Humboldt, Czartoryski, Capodistrias, Knesebeck".

[157] *Vgl. dazu Hardenbergs Tagebuch (14. Dezember):* „Conf[érence] avec Czartoryski, Capodistrias, Stein, Knesebeck et Humboldt".

[158] *Nicht ermittelt.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

selben vom 7. November[159], worin er leugnete, dem Kaiser angetragen zu haben, auf Polen nachzugeben, wenn er der sächsischen Sache seine Unterstützung versage. Metternich ging (14. Dezember) zum Kaiser, um sich zu rechtfertigen, und stellte ihm ein Memoire des St[aats]kanzlers d.d. [...][160] November zu, worin ihm dieser ausführlich die Notwendigkeit bewies, gegen Rußland keine feindseligen Maßregeln jetzt zu nehmen, und ihm die Ursachen entwickelte, warum es ratsamer sei, gegenwärtig nachzugeben und für die Zukunft lieber sich vorzubereiten und instand zu setzen, den Unternehmungen Rußlands gegen Europa zu widerstehen. Er übergab dieses mit der Bemerkung, wie er noch mehrere Schreiben des St[aats]kanzlers habe, von denen er keinen Gebrauch machen dürfe, da es die Geheimnisse eines Dritten seien.

Der Kaiser Alexander legte sämtliche Papiere dem K[aiser] Franz vor (14. Dezember), erklärte, er wolle mit einem so unzuverlässigen Mann wie Metternich nicht mehr unterhandeln. Der K[aiser] Franz soll erklärt haben, daß verschiedene dieser Papiere, namentlich das Schreiben an Lord Castlereagh, ihm ganz unbekannt seien. Er drang auf eine Unterredung mit der Großfürstin Katharina, die sie nur auf den Befehl ihres Bruders annahm. Hier mißbilligte er das Benehmen Mett[ernichs], behauptete, das Schreiben an Castlereagh sei ihm ganz unbekannt, die Großfürstin erklärte ihm namens des Kaisers, er wolle nicht mehr mit Mett[ernich] unterhandeln.

Der Kaiser hatte noch mehrere Unterredungen mit dem Palatin[161]. Er wollte nunmehr die Unterhandlung mit Österreich unmittelbar mit dem Kaiser Franz führen und beschloß in einer Konferenz (15. Dezember) mit Czartor[yski], Kapodistrias und mir, daß Preußen ein Memoire an Österreich durch ihn übergeben lassen solle, worin es seine Bedingungen wegen Sachsen erkläre; dieses Memoire wolle er an sich nehmen und darüber [sich] mit dem Kaiser Franz unmittelbar unterhalten. Man solle zugleich ein Projekt zu einem Präliminarvertrag entwerfen, welchen die beiden Monarchen unterzeichnen würden; käme es zu form[ellen] Unterhandlungen, so würde alsdann den ostensiblen Auftrag Razumovskij oder Stackelberg erhalten. Ich riet zum ersten. Diese Konferenz war den Abend um 1/2 7. Um 3 Uhr war eine vorbereitende von Cz[artoryski], Kapodistrias und mir bei Hardenberg. Hier

---

[159] *S. oben S. 344, Anm. 150.*

[160] *Lücke in der Vorlage. Gemeint ist die Denkschrift vom 7. November 1814, s. oben S. 334, Anm. 104.*

[161] *Erzherzog Joseph Anton Johann (1776–1847), der auf dem ungarischen Reichstag von 1796 zum Palatin von Ungarn ausgerufen worden war, ein Amt, das er bis kurz vor seinem Tode 51 Jahre lang verwaltete. Er war in erster Ehe vermählt mit Alexanders Schwester Alexandra Pavlovna (1783–1801).*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

las dieser einen Entwurf einer Note vor, die Rußland gegeben werden sollte[162], worin man eine Alternative vorschlug einer Ansiedlung des Königs von Sachsen auf dem linken Rheinufer oder in der Oberlausitz. In der um 7 Uhr gehabten Konferenz des Kaisers mit dem Staatskanzler ward verabredet, daß man auf der Unzertrennbarkeit von Sachsen bestehen und dem König von Sachsen ein 6—700 000 S[eelen] großes Land auf dem linken Rheinufer anweisen wolle. Hiernach ward also das Memoire, so dem Kaiser zugestellt werden sollte, abgeändert und in einer Konferenz (16. Dezember) zwischen Hard[enberg], Czart[oryski], Kapodistrias, Humboldt und mir verabredet[163].

Czartoryski schickte (17. Dezember) an Kapodistrias einen Entwurf des Präliminartraktats des Inhalts, daß das Herzogtum Warschau und sämtliche russisch-polnischen Provinzen in ein mit Rußland uniertes Reich verwandelt werden sollten. Kapodistrias verwarf diese Artikel und bekämpfte von neuem diese Ideen der Trennung des russischen Reichs in zwei Teile, einen despotischen und einen konstitutionellen.

Unterdessen suchten die Franzosen und Bayern die Gemüter zu erbittern. Wrede forderte den König von Württemberg zur Allianz auf gegen Rußland und Preußen, die Köpfe der Wiener wurden immer erhitzter und ausgesprochen zum Krieg.

Der Kaiser Franz ließ dem Kaiser Alexander vorschlagen, er möchte einen Negoziateur ernennen zum Unterhandeln über die Frage. Man war unschlüssig, ob man Razumovskij oder Stackelberg wählen solle.

Der K[aiser] Alexander schien zwischen dem Wunsch zum Frieden und dem Gefühl, so er für Pflicht gegen seinen Verbündeten und Ehre hatte, zu schwanken. Seine Lage war um so peinlicher, da er die Unterhandlung mit Österreich zu führen selbst übernommen hatte.

Die Kaiserin[164] sprach mit mir den 19. Dezember über die allgemeine Lage der öffentlichen Angelegenheiten. Sie verteidigte sich gegen den Vorwurf, Preußen abgeneigt zu sein und durch die Königin von Bayern verleitet zu werden, unvorteilhaft über die sächsische Sache zu urteilen. Ich stellte ihr diese in ihrer wahren Lage dar, und sie versicherte mich, sie nehme meine Ansicht darüber an.

Der K[ron]p[rinz][165] erzählte mir (den 20. Dezember), der Kaiser,

---

[162] *Datiert vom 16. Dezember, übergeben am 20. Dezember 1814. Druck: Angeberg I S. 531 ff.*

[163] *Vgl. Hardenbergs Tagebuch (16. Dezember):* „Conf[érence] à 3 h. avec Stein, Czartoryski, Capodistrias et Humboldt. Rédigé la note pour Alexandre." *S. auch Weil, Congrès de Vienne I Nr. 1067.*

[164] *Von Rußland.*

[165] *Von Württemberg.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

durch religiöse Gefühle bestimmt, habe die Absicht, sich mit seiner Gemahlin gänzlich zu versöhnen.

In einer Konferenz (19. Dezember) mit dem St[aats]kanzler, Czartoryski und mir[166] las der erstere eine rechtliche Ausführung über die sächsische Angelegenheit vor; er äußerte sich zugleich äußerst empfindlich über die Treulosigkeit Metternichs, und daß man sich nun müsse gänzlich in die Hände von Rußland werfen und eine Gelegenheit zum Krieg abwarten.

Diese ganze sächsische Angelegenheit war sehr verschoben. Sie war nunmehr mit der polnischen Frage verbunden, und da Österreich, von England unterstützt, Krakau und Zamosc nicht erhielt, so suchte es, von seinen Grenzen gegen Sachsen Preußen zu entfernen, ohne zu erwägen, daß Krakau und Zamosc keine Punkte waren von so entschiedener, überwiegender Wichtigkeit, daß ferner das verminderte und geschwächte Sachsen nicht weniger von Preußen abhängig sein werde, als es das ehemalige Kurfürstentum war, daß ferner es durch seine Wortbrüchigkeit gegen Preußen es in diesem ein tiefes Gefühl des Unwillens zurücklassen werde, dessen Folge sein werde eine enge Verbindung mit Rußland, ein Mißtrauen gegen Österreich.

Hätte man eine polnische Grenze hinter der Weichsel und den Morästen des Narews erlangen können, so wäre dieses ein wichtiger Zweck. Die Grenze an der oberen Warthe hat aber wegen der Unbedeutendheit des Flusses gar keinen militärischen Wert, und ihre Abänderung gegen eine Grenze an der Prosna ist ganz unbedeutend, und dennoch diente dieses und daß man nicht Krakau erhalte, zum Vorwande der Zurücknahme der den 24. Oktober geschehenen Äußerungen[167].

Lord Castlereagh unterstützte das Betragen des österr[eichischen] Kabinetts. In einer mit dem Staatskanzler, Czartoryski, Humboldt und mir gehabten Zusammenkunft (20. Dezember)[168] legte ihm der St[aats]k[anzler] das Memoire und die Berechnungen vor, so er den [...][169] dem Kaiser zugestellt hatte als Widerlegung der Note d.d. 10. Dezember. Er las es, suchte nachher in einer langen Rede zu beweisen, daß es bei dieser Angelegenheit [weniger] ankomme auf den Grundsatz als auf die Notwendigkeit, der allgemeinen Stimmung der Kabinette und in Europa nachzugeben, die gegen die Vereinigung Sachsens mit Preußen sei. Sein Thema war, es sei besser, mit dem Strom als gegen den Strom

---

[166] *Vgl. Hardenbergs Tagebuch (19. Dezember):* „Conf[érence] avec Castlereagh, puis Stein, Czartoryski et Humboldt."

[167] *Gemeint ist die Note vom 22. Oktober 1814, s. oben S. 326, Anm. 66.*

[168] *Vgl. Hardenbergs Tagebuch (20. Dezember):* „Stein, Capodi[strias], Czartoryski." *S. auch Weil, Congrès de Vienne I Nr. 1129.*

[169] *Lücke im Text. Gemeint ist die Note vom 16. Dezember (s. oben S. 347, Anm. 162).*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

schwimmen, und dieses war freilich immer der bisher von ihm gewählte und seiner eignen Mittelmäßigkeit angemessene Gang[170].

Der Kaiser ernannte zu den Unterhandlungen den Graf Razumovskij und Kapodistrias über die entworfenen Präliminarartikel[171], die zur Basis der Unterhandlung dienen sollten. Auf Verlangen der Engländer[172] ward eine Kommission niedergesetzt zur Untersuchung der statistischen Tabellen und Übersichten, die man den verschiedenen Denkschriften beigelegt hatte. In den Präliminarartikeln war enthalten die Überlassung der halben Wieliczkaer Salzwerke und Tarnopols an Österreich, die Verwandlung von Krakau und Thorn in freie Städte, die Abgrenzung mit Preußen, die Verbindung des Herzogtums Warschau mit Rußland als einem unierten, konstitutionellen Staat, die Vereinigung Sachsens mit Preußen. Deutschland sollte ein föderativer Staat sein, der stark und innig verbunden die Rechte und Verfassungen der einzelnen Staaten und Bürgerklassen schütze; Mainz wird zur Bundesfestung erklärt. Diese Artikel sollten nun zum Anhalten bei den Unterhandlungen dienen[173].

Es schien übrigens nicht, als seien die Österreicher zum Kriege bereit; sie hatten die preußische Note[174] den 21. Dezember durch den Kaiser Alexander erhalten, der sie dem Kaiser Franz zugestellt hatte. Dieser sprach fortwährend mit vielem Ernst gegen die Verbindung von Sachsen mit Preußen.

Alle diese Verhandlungen geschahen ohne Zuziehung von Nesselrode[175], der es nun tief fühlte, allen Einfluß verloren zu haben. Er hatte ihn verloren wegen seiner Unfähigkeit und seiner blinden Ergebenheit an Metternich, wodurch er oft im Fall war, gegen die Absichten des Kaisers zu handeln oder sie nur mit Lauigkeit zu unterstützen. Dieses geschah besonders, als er die Friedensideen Metternichs in Frankreich sich aneignete, in den Schweizer Angelegenheiten ganz im Sinn Metternichs handelte, die sächsische Sache mißbilligte und zuletzt in der polnischen Sache geradezu widersprach. Der Kaiser ward daher schon in Freiburg mißtrauisch gegen ihn, diese Stimmung vermehrte sich in Chaumont und Troyes und entschied sich hier gänzlich, als die Abneigung des Kaisers gegen Metternich sich auf das lebhafteste aussprach. Nesselrodes

---

170 *Zum 21. Dezember s. noch den Bericht an Hager bei Weil, Congrès de Vienne I Nr. 1114:* „Après avoir conféré avec Hardenberg, Stein a eu à dîner le 21 le comte Golovkine, Wallmoden, Anstett, la comtesse Nesselrode et la comtesse Wrbna."

171 *Druck: Angeberg II S. 1869 f. (Anlage 7).*

172 *S. dazu und über die Arbeit der statistischen Kommission Griewank, Wiener Kongreß S. 243 ff.*

173 *S. die Aktenstücke bei Angeberg II S. 1858 ff.*

174 *Gemeint ist die Note vom 16. Dezember, s. oben S. 347, Anm. 162.*

175 *Vgl. auch Hardenbergs Tagebuch vom 22. Dezember:* „Intrigues de Stein contre Nesselrode."

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Mittelmäßigkeit, Unwissenheit und Engherzigkeit in Ansichten und Gefühlen, seine Mutlosigkeit in schwierigen Lagen ließen es nie zu, lange sich auf einer gewissen Höhe zu erhalten. Er mußte fallen, sobald er etwas anderes zu sein versuchte als ein Werkzeug seines Herrn, sobald als er sich eine Art von Selbständigkeit anmaßte; er mußte fallen, da er selbst diese nicht aus sich selbst schöpfte, sondern durch den Einfluß eines dem Kaiser verhaßten fremden Ministers gelenkt wurde.
Metternichs Frivolität zeigte sich unerachtet der Krise der großen Angelegenheiten unvermindert. Er beschäftigte sich mit Anordnung der Hof-Fêten, der Tableaux usw. bis in das kleinste Detail, sah dem Tanz seiner Tochter[176] zu, während Castlereagh und Humboldt auf ihn zu einer Konferenz warteten, legte den Damen, die bei den Tableaux erschienen, Rot auf.
Metternich hat Verstand, Gewandtheit, Liebenswürdigkeit; es fehlt ihm an Tiefe, an Kenntnissen, an Arbeitsamkeit, an Wahrhaftigkeit. Er liebt Verwicklungen, weil sie ihn beschäftigen und es ihm an Kraft, Tiefe und Ernst fehlt zur Geschäftsbehandlung im großen und einfachen Stil. Er bringt auch oft durch seinen Leichtsinn, seine Geschäftsabneigung, seine Unwahrheit welche hervor, ohne es zu wollen. Er ist kalt und daher abgeneigt, die edlern Gefühle im Menschen anzusprechen. Daher kam es, daß dem österreichischen Heer alle Begeisterung fehlte, die allein zur Selbstaufopferung und zur Ausdauer im Unglück führt. Seine Fehler verhindern, daß er nicht die feste Stellung, den großen Einfluß gegen seinen Herrn und gegen das Publikum erlangt hat und behauptet, den er brauchen würde, um die Schwäche, die Vorurteile des ersteren unschädlich zu machen, die mannigfaltigen geheimen Einwirkungen zu vernichten und um das letztere kräftig zu beherrschen. Er muß mit dem einen und dem andern unterhandeln und Mittelwege einschlagen, die äußerst verderblich sind.
Der Fürst Metternich teilte seine Note d.d. 10. Dezember offiziell an Talleyrand mit[177], der die Befehle seines Königs einholte und sie erhielt, die sächsische Sache zu unterstützen. Er erklärte also in einer Note d.d. 19. Dezember[178], Frankreich habe keine Forderungen bei dem Kongreß aufzustellen gehabt, es sei ihm nichts zu wünschen übrig geblieben, als daß die Morgenröte der Wiederherstellung sich über ganz Europa verbreite, daß jedes gegründete Recht anerkannt [werde] und jedes Unrecht seine Verdammnis erhalte, damit auf diese Art die Revolution ein vollkommenes Ende erreiche. Dieses allein könne der Gegenstand der Arbeiten des Kongresses sein, und solle hier ein dauerhaftes und wah-

[176] *Prinzessin Marie Metternich (1797–1820), verh. Gräfin Esterhazy. S. über sie Srbik, Metternich I S. 241 ff.*
[177] *S. oben Nr. 233, Anm. 1.*
[178] *Druck: Angeberg I S. 540 ff.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

res Gleichgewicht hergestellt werden, so dürften diesem nicht Rechte aufgeopfert werden, die es ihm obliege zu verbürgen. Er solle nicht alle Völker zusammenwerfen in ein Ganzes und dieses willkürlich verteilen; der Gegenstand der Verteilung seien nur die noch herrenlosen Länder, und die Kraft der Staaten sei nicht bloß eine physische, sondern auch eine moralische Stärke. Der König habe daher seinem Botschafter befohlen, nur auf Recht zu halten und an keinem Unrecht teilzunehmen. Unter allen Fragen, die bei dem Kongreß verhandelt würden, sei die wichtigste die polnische. Der König habe die Wiederherstellung und Unabhängigkeit dieses alten, tapferen, Europa so nützlichen Volks gewünscht. Da aber der Drang der Umstände die Erfüllung dieses Wunsches unmöglich gemacht, da man nun bei Teilungsideen habe stehenbleiben müssen, so habe sich Frankreich hierbei auch beruhigen müssen. Um so wichtiger sei aber nun die Frage wegen Sachsen geworden, weil hier die Grundsätze des Rechtes und des Gleichgewichts auf das stärkste beleidigt seien.

Man könne es nicht annehmen, daß die Könige gerichtet, und von dem gerichtet werden können, der ihr Land besitzen will und kann, daß in ihr Urteil ihre Familie und ihr Volk begriffen werden können, daß eine Konfiskation im 19. Jahrh[undert] von ganz Europa bestätigt werden soll, daß die Völker kein Recht haben, sondern willkürlich verteilt werden dürfen, daß die Souveränität nur durch Eroberung erlangt wird, daß unter den europäischen Nationen nur das Naturrecht, nicht ein usuelles Staatsrecht subsistiere: Lehren, die überall verabscheut würden. Das Gleichgewicht werde in Europa durch die Vereinigung Sachsens zerrüttet: 1) indem gegen Böhmen eine große Angriffsmasse gebildet werde, welche die Sicherheit Österreichs in Gefahr bringe; 2) indem es in Deutschland einem seiner Staaten eine übermäßige, den übrigen verderbliche Kraft gebe. Frankreich liebe Preußen wahrhaftig, es wünsche seine Wiederherstellung wie es anno 1805 [gewesen], und sei auch bereit, darauf zu bestehen, daß Sachsen das an Preußen überlasse, was zur Erlangung eines solchen Zustandes nötig sei. Die Prüfung und Beurteilung dieser Note enthält mein Aufsatz[179].

Indem Fürst Metternich auf einer Seite sich mit Frankreich zu verständigen trachtete, so suchte er auf der andern, Preußen zu isolieren und die Unterhandlung mit Razumovskij von der mit Hardenberg zu trennen. Dieses gelang ihm nicht. Die Unterhandlung wurde sowohl in Ansehung der Gegenstände als der Gemeinschaft und Gleichzeitigkeit der Konferenzen innigst verbunden, und den 29. Dezember[180] die ersten

---

[179] *Vom 27. Dezember, s. oben Nr. 233.*

[180] *Vgl. zu den vorhergehenden Tagen noch Hardenbergs Tagebuch vom 24. Dezember:* „Stein et Wallmoden [à] dîner chez moi“, *vom 26. Dezember:* „*Conférence avec Czar-*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Konferenzen zwischen Razumovskij, Kapodistrias, Hardenberg, Humboldt und Metternich, Wessenberg, Castlereagh begonnen[181]. Hardenberg hatte die Zulassung Castlereaghs vorgeschlagen, um zu verhindern, daß er nicht einseitig von Metternich influenziert werde, und aus Vertrauen zu seiner Liebe zum Frieden. Er hatte Castlereagh (28. Dezember) sein Memoire[182] vorgelesen, der seine Zufriedenheit mit der Stellung der Frage, der Entwicklung der Gründe äußerte und antrug, man möchte Talleyrand mit zuziehen[183]. Man beschloß aber in einer vorläufigen Zusammenkunft (d. 29. Dezember), dieses in Beziehung auf den geheimen Artikel des Pariser Friedens abzulehnen, nach dessen Inhalt die vier Alliierten sich vorbehielten, über die von Frankreich entrissenen Länder allein zu disponieren. In diesem Artikel hatte man über die Besitzungen, so Österreich und Sardinien in Italien und der Prinz von Oranien in Belgien und an der Maas erhalten sollten, [disponiert]; das russische und preußische Interesse war aber ganz übergangen, die Frage von Sachsen und Polen unberührt und sie auf diese Art so gestellt, daß es ganz von Österreich und England abhing, seine Einwilligung zu erteilen oder sie zu verweigern und im letzteren Fall Preußen und Rußland zum Krieg zu nötigen. Das gutmütige Vertrauen des St[aats]kanzlers in Castlereagh und Metternich[184], die Flachheit Nesselrodes und seine Ergebenheit in den Willen Metternichs brachten die Sache in eine solche Lage, die durch das politische Wiederaufleben Frankreichs noch mehr verschlimmert wurde und die, sie mag sich entwickeln, wie sie will, zwischen Preußen und Österreich die alte Abneigung und Bitterkeit wiederherstellt und der Ruhe und Sicherheit Deutschlands äußerst nachteilig ist. Man behauptet zwar, der Kaiser habe die polnische Angelegenheit in Paris nicht verhandeln wollen. Er hätte aber immer die sächsische vornehmen können, und dann war es leicht, ihm zu beweisen, daß die Umstände günstiger für ihn im Mai waren, als sie es später sein konnten, weil hier der Eindruck, den die Ereignisse gelassen, noch lebhaft, alle gemeinen Absichten noch nicht wiederaufgelebt, die italienischen und belgischen Sachen noch nicht abgeschlossen waren und als ein Mittel der Unterhandlung gebraucht werden konnten; endlich war er gerüstet, hatte eine starke Reservearmee auf der Weichsel, und Frankreich war noch in einem Zustand von Ohnmacht und Betäubung.

Die Konferenz d.d. 29. Dezember a.c. lief mit vorbereitenden

toryski, Stein, Razoumowsky", *und vom 27. Dezember:* „Conf[érence] avec Stein, Razoumowsky et arrangé la note pour la conf[érence] du 29" *(vgl. Angeberg II S. 1863 ff.).*

[181] *Vgl. Griewank, Wiener Kongreß S. 246 ff.*

[182] *Gemeint ist die Denkschrift vom 29. Dezember, Druck: Angeberg II S. 1863 ff.*

[183] *S. Griewank, Wiener Kongreß S. 246 f.*

[184] *Vgl. dazu auch die spätere Kritik Steins an Hardenberg in der Autobiographie, hrsg. von Kurt v. Raumer (³1960) S. 52.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Unterhandlungen ab[185]. Graf Razumovskij eröffnete sie. Fürst Metternich fing einen Vortrag an über die verschiedenen Naturen der abzuhandelnden Frage, erklärte die sächsische für eine europäische, die mit Zustimmung aller größeren Mächte und der des Königs von Sachsen müsse entschieden werden. Fürst Hardenberg forderte ihn auf, bestimmt zu sagen, ob er Befehl von seinem Kaiser habe, die Einwilligung des Königs als wesentlich vorauszusetzen; in diesem Fall müsse er jede Unterhandlung für heute abbrechen und zuerst die Befehle seines Herrn abfordern. Fürst Metternich berief sich auf die Zustimmung der Engländer zu dieser Meinung. Lord [Castlereagh] erklärte aber bestimmt, er werde alle gemäßigten und vernünftigen Vorschläge Preußens unterstützen, wenn sie ihm als solche erschienen, und qu'il ne consentirait jamais à laisser le roi de Saxe maître de la question. Man legte alsdann die Frage dem Fürsten Metternich vor, ob er glaube, daß Preußen ein Recht habe, die Wieder[her]stellung des Zustandes anno 1806 zu fordern, die er bejahte. Die andere, ob der von Preußen vorgelegte Plan, diesen Zweck zu erreichen, [seinen Beifall habe,] verneinte er, und die Aufforderung, einen anderen zu entwerfen, lehnte er ab, lud die russ[ischen] Minister dazu ein, die erklärten, nur verpflichtet zu sein, Preußens billige Forderungen zu unterstützen. Metternich frug hierauf, ob eine besondere Allianz zwischen Rußland und Preußen subsistiere, welches der Wahrheit gemäß verneint und geäußert wurde, wie keine andere vorhanden sei als die allgemeine, welche alle Alliierten vereinige.

Castlereagh und Metternich schlugen vor, die Franzosen zur Teilnahme an der Unterhandlung zu laden, dem die beiden [anderen] Gesandten auf Grund des article secret des Pariser Friedens widersprachen. Metternich begehrte die Versetzung des K[önigs] von Sachsen an einen dritten Ort, welches man ablehnte.

Der Kaiser wies Alopaeus an, unter der Hand in Berlin mit dem König[186] zu unterhandeln, die Annahme jedes Fragments von Sachsen abzulehnen und wo möglich ihn dahin zu bringen, in seine Versetzung auf das linke Rheinufer zu willigen. Man bemerkte ihm, wie der König von zwei Parteien umgeben sei, der sächsischen, die das Wohl ihres Vaterlandes wünsche und jedem Zerreißen entgegen sei, der Hofpartei, die den König für jeden Preis zurück nach Sachsen wolle.

Kaiser Franz sprach laut von Krieg, sagte an die ritterschaftlichen Deputierten Zobel[187], Rüdt[188] und Degenfeld[189]: „Der König von Sachsen muß

[185] *S. Angeberg II S. 1858 ff.*

[186] *Von Sachsen. Vgl. zu diesen Unterhandlungen auch oben Nr. 227, Anm. 2.*

[187] *Friedrich Frhr. von Z o b e l zu Giebelstatt, Vertreter der ehemaligen reichsunmittelbaren Ritterschaft des fränkischen Kreises.*

[188] *Wilhelm Ludwig Frhr. R ü d t von Collenberg, Vertreter der ehemaligen reichsunmittelbaren Ritterschaft des Craichgaus.*

[189] *S. oben Nr. 84, Anm. 1.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

sein Land wiederhaben, sonst schieß ich, und auf die Völker von Deutschland kann ich zählen". Zobel antwortete: „Ja, wenn Ihre Majestät sich selbst an die Spitze setzen". „Jetzt", sagte der Kaiser, „kann ich über Deutschland nichts sagen".

Herr v. Talleyrand lud den Fürst Czartoryski zu einer Unterredung ein (29. Dezember), er beschwerte sich, daß die Konferenzen mit Zuziehung Castlereaghs und seiner Übergehung gehalten würden; man habe diesen förmlich dazu eingeladen. Er habe ihm das Einladungsschreiben gezeigt und seine Verwunderung geäußert, daß man die französ[ische] Gesandtschaft übergangen habe; auch Fürst Metternich habe diese Meinung geäußert; solle man etwas gegen seine Person haben, so sei er bereit, sich zu entfernen. Czart[oryski] antwortete ihm, der geheime Artikel des Pariser Friedens bestimme es, daß die Alliierten sich über die Verteilung der Eroberungen [einigten], um diese alsdann Frankreich vorzulegen. Er antwortete, dieses betreffe nur die in dem Artikel selbst verzeichneten Eroberungen, aber keine anderen Gegenstände, und die Allianz sei durch die Erreichung des Zwecks des Krieges aufgelöst. — Dieser Satz ist aber falsch. Die Allianz gegen Frankreich ist durch den Frieden mit Frankreich allerdings aufgelöst; die Allianztraktate enthalten aber außer der gemeinschaftlichen Kriegsführung noch andere Bestimmungen und Verabredungen zwischen den Verbündeten, namentlich die Wiederherstellung Preußens auf den Fuß von 1806, über deren Erfüllung unter ihnen noch Verhandlungen statthaben müssen und können. Diese Antwort kann man Herrn v. T[alleyrand] geben.

In der zweiten Konferenz (30. Dezember[190]) wurde der Entwurf der Präliminarartikel übergeben und darüber im allgemeinen gesprochen; der Antrag, Talleyrand bei den Konferenzen zuzuziehen, von neuem von Metternich und Castlereagh als eine Maßregel, wozu die Klugheit rate, wiederholt. Sie behaupteten, er sei nach dem geheimen Artikel gleichfalls verpflichtet, zur Wiederherstellung von Preußen beizutragen. Denselben Tag äußerte der Kaiser Franz gegen den Kaiser Alexander, er glaube, die drei Alliierten müßten sich zuerst über den Plan der Wiederherstellung vereinigen und dann Talleyrand zulassen.

Den 31. Dezember war abermals eine Konferenz zwischen dem St[aats]kanzler, Humboldt, Czart[oryski], Kapodistrias und mir, worin man übereinkam, man wolle den 2. Januar in der nächsten Hauptkonferenz erklären, wie man bereit sei, Talleyrand zuzulassen, wenn man sich unter den vier Aliierten näher vereinigt habe über den Wiederherstellungsplan[191].

[190] *Protokoll bei Angeberg II S. 1869.*

[191] *Vgl. hierzu auch die bei Schmidt, Verfassungsfrage S. 386 ff. mitgeteilten Aktenstücke.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Die Österreicher zogen unterdessen eine Armee in Böhmen zusammen; [sie] sollte von Wrede befehligt werden, der mit seinen Bayern dazustoßen würde. Eine Armee solle sich bei Tetschen aufstellen, und eine Armee von Franzosen soll vom Rhein her auf die Elbe vorgehen.
Es sollte also Deutschland von neuem einem bürgerlichen und französischen Krieg preisgegeben werden wegen des Interesses eines Anhängers von Napoleon und über die Frage, ob es besser sei, ihn auf das linke Rheinufer zu versetzen oder Sachsen zu zerreißen und ihm dort ein Fragment anzuweisen. Welche Verblendung!
Man vernahm, daß in Warschau die Gemüter sehr gespannt waren über den ungewissen Zustand der Dinge und das Stillschweigen des Kaisers über seine Absichten auf Polen. Die französische Partei regte sich. Sie wollte den Kaiser zwingen, Polen wieder zu vereinigen und als ein selbständiges mit Rußland vereinigtes Reich zu erklären. Czartoryski war hierüber sehr beunruhigt.

1. Januar 1815. Heute kam die Nachricht an, daß der Frieden zwischen England und Amerika den 24. Dezember in Gent sei abgeschlossen worden[192].

4. Januar[193]. Da Cast[lereagh] und Metternich fortfuhren, auf der Zuziehung von F[ran]kreich zu bestehen, und das Gegenprojekt einzureichen bis dahin ablehnten, auch der erstere sich sehr günstig in der Sache äußerte für Preußen, daß er die Entscheidung über den von Sachsen für Preußen zu nehmenden Anteil nicht dem König von Sachsen überlassen, sondern jenes unterstützen werde, wenn dieser der Billigkeit nicht Gehör gebe, so beschloß man, in die Zulassung Frankreichs einzuwilligen, wenn Castlereagh jene Erklärung förmlich und verbindlich zu Protokoll geben werde, wozu er sich verstand in der Unterredung mit dem St[aats]kanzler. Unterdessen unterhandelten Pozzo und Nesselrode unter der Hand mit Mett[ernich], und Tall[eyrand] suchte, Kapodistrias zu überreden, daß man Preußen nicht traue, sondern [...][194]

Die Nachricht vom Frieden mit Amerika erregte bei den Bayern und Österreichern die Hoffnung, England werde nunmehr ihre Absichten um so kräftiger unterstützen. Als L[ord] Castler[eagh] dieses bemerkte, so äußerte er, er werde fortfahren, nach denselben Grundsätzen zu verfahren und sich zu bestreben, die traktatenmäßige Wiederherstellung Preußens zu bewirken. Lord Castler[eagh] war (6. Januar) bei dem

[192] *Vgl. dazu Bd. III Nr. 189, Anm. 17. Der Friedensvertrag ist gedruckt bei W. M. Malloy, Treaties ... between the United States and other powers I (1910) S. 612 ff.*
[193] *Vgl. Hardenbergs Tagebuch (4. Januar):* „Razoumowsky, Stein, Czartoryski, Capodistrias chez moi".
[194] *Bricht so ab. Fortsetzung mit anderer Tinte, offenbar vom nächsten Tage, jedenfalls später.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Kaiser Alex[ander], sprach in demselben Sinn. Er stellte ihm vor, es sei gefährlich, den König von Sachsen auf das linke Rheinufer zu setzen und F[ran]k[reich] einen Bundesgenossen zu geben; er glaube, man müsse Pr[eußen] einen bedeutenden Teil von S[achsen] einräumen; es werde alles sehr erleichtert werden, wenn der Kaiser geneigt sein würde, mehr von Polen abzulassen. Dieser lehnte es ganz ab, sagte, seine polnische Sache sei abgemacht, er habe bedeutend nachgegeben, in der sächsischen Sache habe er einen sehr einfachen Weg: sage ihm der König von Pr[eußen], er sei befriedigt, so sei er sogleich zu unterschreiben bereit; sei er es nicht, so werde er ihn auf jede Art unterstützen.

7. Januar. In der Konferenz erklärte Graf Raz[umovskij], man sei bereit, in die Zulassung T[alleyrands] zu willigen, wenn L[ord] Cast[lereagh] zum Protokoll seine schon oft geäußerte Meinung gäbe, daß man die Entscheidung über die Frage, wie Preußen durch einen Teil von Sachsen befriedigt werden solle, von der Vereinigung der Mächte und nicht von der Willkür des Königs von Sachsen abhängig machen wollte[195]. Metter[nich] machte Bedenklichkeiten gegen das Abgeben einer solchen Erklärung, mit deren Inhalt er zwar einverstanden sei; aber Lord Cast[lereagh] war bereit, sie in der nächsten Konferenz (8. Januar[196]) abzugeben. Graf Raz[umovskij] dankte Lord Castlereagh mit vieler Wärme für seine ausgezeichnete Bereitwilligkeit, zu Einigkeit und Frieden beizutragen, für die Unparteilichkeit seines Betragens in dieser wichtigen Angelegenheit. Metternich kam hierüber in Verlegenheit und fragte Graf R[azumovskij], ob er nicht auch ihm etwas Angenehmes zu sagen habe. — Die polnischen Artikel wurden durchgegangen und mehreres über die den Polen zu gebenden Verfassungen gesprochen und vorbereitet.

Die Bayern wurden nun wegen der Folgen ihres bösartigen Benehmens besorgt. Montgelas tadelte die einseitige leidenschaftliche Heftigkeit des F[eld]m[arschalls] Wrede, und die Idee wegen der Pfalz und Mainz ward aufgegeben.

Der Großherzog von Baden hatte bis den 6. Januar die Instruktion wegen der Landstände noch nicht nach Karlsruhe abgehen lassen. Seine Faulheit war grenzenlos. Die Absendung erfolgte erst den 10. Januar auf mein wiederholtes Andringen[197].

Der Kaiser befahl Pozzo, wieder nach Paris zurückzugehen, und äußerte ihm, er wolle die Vermählung der Großf[ürstin] Anna[198] mit dem Her-

---

[195] *Vgl. das Konferenzprotokoll bei Angeberg II S. 1877 f.*

[196] *Die nächste Konferenz fand nicht am 8., sondern am 9. Januar statt. S. das Protokoll bei Angeberg II S. 1878 ff.*

[197] *Eigentlich sogar erst am 12. Januar, vgl. oben Nr. 244, Anm. 4.*

[198] *Vgl. oben S. 330, Anm. 80.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

zog von Berry[199] ablehnen, weil die Verschiedenheit der Religion sie verhindere. Er hatte wenig Vertrauen auf die Bourbonen.
Nesselrode war äußerst niedergedrückt und gebeugt durch seine gedemütigte Eigenliebe, durch seine Besorgnis, das Gut zu verlieren, wozu ihm Hoffnung gemacht worden von Preußen. Er unterhielt dennoch seine Verbindung mit Metter[nich]. Razum[ovskij] und K[apo]distr[ias] begegneten ihm einst, daß er die Treppe der Staatskanzlei herunterschlich, als sie heraufgingen: „Hoho, monsieur le comte", sagte R[azumovskij] und faßte ihn bei der Schulter, „vous négotiez comme cela sous cape, venez, montez avec nous, aidez-nous à combattre".

Die Gräfin N[esselrode] suchte K[apo]di[strias] auch zu gewinnen; sie sagte ihm, sie wolle ihn verheiraten. „Madame", sagte er, „je ne veux point être Russe par un mariage, mais seulement par l'exactitude à remplir mes devoirs envers ce pays. Mais tôt ou tard, je retournerai dans cette île, où se trouvent les tombeaux de mes pères."
Den 9. [J a n u a r] wurden in der Konferenz[200] die Artikel wegen Polen durchgegangen. Metternich zeigte viele Bitterkeit. Man einigte sich über die polnischen Artikel größtenteils, und Castlereagh gab seine Erklärung in der verabredeten Art ab, der Metternich beitrat, so daß nunmehr Talleyrand den 11. Januar bei der Konferenz wird zugezogen werden[201]. Das statistische Komitee hat seine Verhandlungen den 9. geschlossen[202] und wird ein von allen Mitgliedern unterschriebenes Tableau übergeben. Auch das Schweizer Komitee endigte heute sein Geschäft durch Vollziehung des Schlußberichts und des Projekts der Deklaration. Beide Stücke werden den 12. Januar in Reinschrift vollzogen und übergeben werden[203].

Den 1 2. J a n u a r übergab Preußen die nähere Entwicklung seines Projekts wegen seiner Wiederherstellung und forderte eine Vergrößerung von 600 000 S[eelen] gegen seinen Zustand anno 1805[204].
Der König von W[ürttemberg] hatte ein Projekt[205] übergeben, worin er

---

[199] *Ferdinand Duc de B e r r y, der Neffe Ludwigs XVIII., Sohn des späteren Königs Karl XI. Er erhielt unter Ludwig XVIII. den Posten eines Kavalleriegenerals. 1816 heiratete er die Prinzessin Karoline von Neapel aus der spanischen Linie der Bourbonen. Er war einer der Führer der reaktionären Ultras und wurde 1820 von einem politischen Gegner ermordet (geb. 1778).*

[200] *Protokoll bei Angeberg II S. 1878 ff.*

[201] *Die erste Sitzung des Fünfer-Ausschusses fand am 12. Januar statt. Protokoll bei Angeberg II S. 1883 f.*

[202] *Das Komitee hatte am 7. Januar zum letzten Mal getagt, erhielt aber am 12. Januar einen neuen Auftrag, der es nötigte, seine Verhandlungen wiederaufzunehmen. Vgl. dazu Klüber V S. 54 ff. und S. 82 ff.*

[203] *Vollziehung und Übergabe erfolgte in der Sitzung des Komitees vom 16. Januar. S. Angeberg I S. 615 ff.*

[204] *S. Angeberg I S. 602 ff. und ebd. II S. 1883 ff.*

[205] *Nicht ermittelt. Vgl. jedoch oben Nr. 254.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

den Kaiser aufforderte, seinen Einfluß anzuwenden, um eine Verbindung der deutschen Fürsten zustande zu bringen, die bloß zur äußeren Sicherheit diene.

Lord Castlereagh übergab (14. Januar) eine Note an die drei Mächte Ö[sterreich], P[reußen], R[ußland][206], worin er empfahl, jede Regierung möge den Polen, so ihr zuteil würden, Einrichtungen geben, die ihrer Nationalität angemessen wären, um sie mit ihrem Zustand zufriedenzustellen, und äußerte, daß die drei Mächte einig seien wegen Wiederherstellung eines Königreichs Polen, welches aus dem Herzogtum Warschau und den russ[ischen] Provinzen bestehe. Diese Äußerung war wenigstens unzeitig.

Die Kommission wegen der polnischen Angelegenheiten begann den 16. ihre Sitzungen. Die Vorschläge Czartoryskis wegen unbedingter Handelsfreiheit, wegen der gemischten Untertanen waren unannehmlich, und das Fehlerhafte zeigte Anstett in der Konferenz den 14. Nesselrode schlug selbst dem Kaiser vor (13. Januar) die Ernennung des Grafen Razum[ovskij] zum Reichskanzler.

Der Kaiser ward (9. Januar) von Metternich durch den Graf Ignaz Hardegg[207] eingeladen zum Ball; er antwortete diesem: „Ecoutez, vous êtes soldat, je peux vous parler avec franchise. Metternich m'a donné un désaveu (in dem Billett vom 7. November[208]), si mes rapports me le permettaient, je saurais ce que j'ai à faire, mais maintenant je ne peux plus le voir". Er und seine ganze Familie gingen nicht hin.

Die Unterhandlungen blieben wegen des Stillschweigens der Österreicher lange unterbrochen. Unterdessen gingen die Verhandlungen der polnischen Kommission fort, die aus den Herren v. Barbier[209] und Hudelist[210] öster[reichischer]seits, Anstett von russischer[211], Stägemann, Jordan[212] und Zerboni[213] von preuß[ischer] Seite bestand und die polnischen Ange-

---

[206] *Datiert vom 12. Januar 1815. Druck: Angeberg I S. 795 ff.*

[207] *Ignaz Graf v. Hardegg auf Glatz (1772–1848), Feldmarschalleutnant, während des Kongresses dem Zaren beigegeben, der ihn besonders hochschätzte. Hardegg hatte sich in allen österreichischen Feldzügen gegen das republikanische und napoleonische Frankreich ausgezeichnet und war noch bei Leipzig schwer verwundet worden.*

[208] *S. oben S. 344, Anm. 150.*

[209] *Vgl. oben Nr. 14, Anm. 1.*

[210] *Joseph v. Hudelist (1759–1818), österreichischer Diplomat, seit 1803 Hofrat in der Geheimen Haus-, Hof- und Staatskanzlei, 1813 Staatsrat.*

[211] *So vom Bearbeiter verbessert statt* „französischer", *wie versehentlich im Text bei Stein.*

[212] *S. Bd. III Nr. 485, Anm. 2.*

[213] *Joseph Zerboni di Sposetti (1760–1831), der Sohn eines aus Italien nach Breslau eingewanderten Kaufmanns. Er hatte schon 1796 und 1797 von sich reden gemacht durch einen Konflikt mit seinem vorgesetzten Minister, dem Grafen Hoym, dem er öffentlich vorwarf, Unterschleife in der südpreußischen Verwaltung, die Zerboni entdeckt zu haben glaubte, die aber in Wirklichkeit nicht vorgekommen waren, nicht mit ge-*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

legenheiten zum Gegenstand hatten. Czartoryski behielt den Vortrag darüber bei dem Kaiser.

Die Großfürstin Katharina bemühte sich fortwährend, um den Kaiser zu bestimmen, Razumovskij zum Minister zu ernennen[214]. Der Kaiser hatte ihm eine Unterstützung durch den P[rinzen] Peter Volkonskij als Schadensersatz für sein verbranntes Haus anbieten lassen. Der Graf schlug die Summe an, so nötig sei, ihn aus seiner Verlegenheit zu ziehen, auf 400 000 Rubel Silbergeld; er suchte sie als eine Anleihe nach, die ihm der Kaiser verwilligte (24. Januar). Noch erfolgte aber nicht seine Ernennung zum Minister.

Das Stillschweigen der Österreicher war veranlaßt, weil sie sich mit den Engländern über die sächsische Entschädigungsangelegenheit nicht vereinigen können, Torgau und Leipzig an Preußen nicht lassen und einen neuen Antrag machten, daß Rußland ihnen von Tarnopol nur 200 000 S[eelen] überlasse, dagegen 200 000 S[eelen] an Preußen auf dessen Grenze abgebe. Der Kaiser Al[exander] lehnte dieses gänzlich ab; er ließ dieses durch den Palatin[215] tun (20.—25. Januar), und der Kaiser Franz erklärte, davon abzugehen. Lord Castlereagh bemühte sich, diesen in Ansehung von Torgau zu billigen Gesinnungen zu bringen, der denn endlich einwilligte, daß es an Preußen übergehe (25. Januar), nur noch auf Leipzig bestand. Es ward demnach eine Konferenz mit Österreich, Engl[and], Rußl[and], Frankreich und Preu[ßen] auf den 28. Januar festgesetzt, worin das österreichische Gegenprojekt übergeben wird. England ist der Versetzung des Königs von S[achsen] auf das linke Rheinufer abgeneigt, weil es dessen Abhängigkeit von Frankreich besorgt.

Rußland antwortete (25. Januar) auf den württ[embergischen] Antrag ablehnend und wiederholte seinen Entschluß, Einheit und einen gesetzlichen Zustand in Deutschland zu begünstigen[216].

---

nügender Sorgfalt und Strenge verfolgt zu haben. Zerboni, der dabei als Vollstrecker der Bestrebungen einer von ihm gegründeten geheimen Gesellschaft zur sittlichen und politisch-wirtschaftlichen Erziehung des Menschengeschlechts handelte, kam für sein disziplinwidriges Verhalten auf die Festung, erschien aber um die Jahrhundertwende weiten Kreisen als ein politischer Märtyrer. Später hat er sich in Südpreußen angesiedelt und sich im Jahre 1806 ausgezeichnet durch den mannhaften Widerstand, den er, allen Drohungen zum Trotz, dem Verlangen der Polen entgegensetzte, sich ihrem Aufstand gegen die preußische Herrschaft anzuschließen. Zum Lohn für dieses Verhalten wurde er wieder in der preußischen Verwaltung angestellt, er bearbeitete hauptsächlich die mit der Durchführung der Konvention von Bayonne zusammenhängenden Angelegenheiten. Hardenberg, der ihn persönlich sehr schätzte, nahm ihn als Sachbearbeiter mit auf den Kongreß. Nach dem Krieg wurde Zerboni Oberpräsident von Posen (1824 pensioniert).

[214] *Vgl. jedoch unten S. 363.*

[215] *S. oben S. 346, Anm. 161.*

[216] *Gemeint ist wohl die Note vom 31. Januar 1815 (oben Nr. 254).*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Herr v. Humboldt hatte (20.—27. Januar[217]) seinen Entwurf einer Bundesverfassung umgearbeitet und dem St[aats]kanzler übergeben[218], der ihn dem Grafen Münster mitteilte, welcher ihn durchzugehen beschäftigt ist.

Endlich übergab F[ürst] Mett[ernich] sein Gegenprojekt (28. Januar) und eine Note, worin er die Mäßigung Österreichs darstellte, auf eine billige Abrundung eines Länderteils für den König von Sachsen antrug[219]. Der Länderanteil betrug 1 200 000 M[enschen] und schloß das Land auf dem rechten Saaleufer und ein Stück der Oberlausitz längs der böhmischen Grenze in sich. Das österreichische Militär, an seiner Spitze Fürst Schwarzenberg, war sehr aufgebracht durch die Überlassung von Torgau an Preußen, sie fanden darin eine große, fürchterliche Gefahr für Böhmen. Die Anhänger des Königs von Sachsen waren über das Zerreißen ihres Landes aufgebracht; sie fühlten nunmehr, wie irrig der Wahn war, den sie hatten, als werde Preußen gezwungen werden, sich nur mit einem kleinen Abschnitt Sachsens zu begnügen, und das Verderben, welches dem übrigbleibenden Teil von Sachsen bevorstehe. Alle vereinigten sich nun wieder zu sagen, daß es besser gewesen wäre, Sachsen nicht zu teilen, Österreich habe nur auf einer militärischen Grenze bestehen sollen usw., und klagten Frankreich und England an, die sächsische und österreichische Sache verlassen zu haben.

Sogar (den 29. Januar) äußerte General Koller[220] und der Palatin gegen den Kaiser und die Großfürstin Marie[221] diese Meinungen.

Lord Wellington kam (den 3. Februar) an, und Castlereagh ward wegen der bevorstehenden Eröffnung des Parlaments nach London abberufen, er eilte also, die Unterhandlungen zu Ende zu bringen, verabredete mit dem St[aats]kanzler die Bestimmung wegen der Grenze zwischen Belgien und Deutschland. Bei dieser Gelegenheit kam auch eine

---

[217] *Vgl. zu diesen Tagen auch Hardenbergs Tagebuch (26. Januar):* „Eté chez Stein, dîné chez Stewart. Stein veut éloigner Nesselrode; il doit avoir une mission". *Vgl. auch Weil, Congrès de Vienne II Nr. 1406.*

[218] *Vgl. oben Nr. 256, Anm. 11.*

[219] *Beides gedruckt bei Angeberg I S. 677 ff.*

[220] *Franz Frhr. v. Koller (1767–1826), hervorragender österreichischer Offizier, der sich besonders bei Aspern ausgezeichnet hatte. 1813 wurde er Feldmarschalleutnant, im August 1813 Generaladjutant Schwarzenbergs. Im Frühjahr 1814 begleitete er als österreichischer Kommissar Napoleon auf seiner Fahrt durch Frankreich zur Einschiffung nach Elba, er war es, der unterwegs dem Kaiser seine Uniform lieh, um ihn gegen die Angriffe der Volkswut zu schützen. Er begleitete dann die Monarchen nach London und wurde kurz darauf nach Petersburg gesandt, um dem Zaren die offizielle Einladung nach Wien zu überbringen, er empfing ihn später auch an der österreichischen Grenze und geleitete ihn nach Wien.*

[221] *Maria Pavlovna (1786–1859), seit 1804 die Gattin des Erbprinzen, späteren Großherzogs Karl Friedrich von Sachsen-Weimar.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Abgrenzung zwischen Nassau und dem Herzogtum Berg zur Sprache. Schwarzenberg und durch ihn der Kaiser Franz wurden beunruhigt über den Marsch der Preußen vom Niederrhein nach der Elbe. Es marschierten nämlich 4 Reg[imenter] Infanterie, 12 Kavallerie und 12 Batterien zurück; sie hielten dieses für eine kriegerische Maßregel, worüber sie aber der Kaiser Alexander und der König beruhigten. Auch der Kaiser wünschte die Beendigung der Sachen; er empfahl also Hardenberg, sich, ehe er sein Gegenprojekt übergeben werde, mit Castlereagh darüber zu vereinigen. Nesselrode machte abermals den österreichischen Agenten, sprach mit mir (1. Februar) sehr dringlich und weinerlich über die Notwendigkeit, sich zu vereinigen, nachzugeben, damit denn doch auch die Angelegenheit wegen der holländischen Schuld[222] zustande komme. Es hatte nämlich Castlereagh den drei Mächten versprochen, drei Millionen Pfund von ihren Schulden an Holland und Niederlande zu übernehmen. Die russisch-holländische Schuld betrug 80 Mill[ionen] holl[ändische] Gulden und die fünfprozentigen Zinsenrückstände seit 1812. Sollte nun auch Rußland zwei Drittel von jenen 3 Millionen Pfund Sterling erhalten, so waren es nur B[erliner] C[ourant] 20 Millionen fl., ein sehr unbedeutendes Objekt für Rußland. Des K[aiser] Alex[anders] Anhänglichkeit an Preußen war etwas geringer, teils weil er überhaupt etwas veränderlich ist, teils weil er glaubte, Preußen werde durch seine rheinischen Provinzen abhängig von England und Frankreich und ein wenig sicherer Bundesgenosse für ihn. Auf diesen Umstand machte ihn Kapodistrias aufmerksam; jene Stimmung äußerte er gegen den Kronprinzen von Württemberg, dem er sagte: „Au fond, je suis quitte des engagements avec la Prusse, puisqu'elle a pris part à la coalition contre moi" (im Oktober 1814[223], wie er aus der Korrespondenz, so ihm Hard[enberg][224] mitteilte, ersah), „mais je les remplirai cependant". Der Kaiser hatte das Betragen von Bayern höchlich gemißbilligt; der König von Bayern ließ ein rechtfertigendes Memoire machen, worin er seine gefährliche Lage darstellte.

Der K[aiser] stellte mir das Memoire des Grafen Hochberg zu. Ich ließ ein Gutachten ausarbeiten durch Graf Solms und Herrn v. Marschall, den badenschen Minister, und schlug dem Kaiser vor, den Großherzog zu nötigen, eine das Erbrecht der Grafen Hochberg anerkennende Erklärung an die hier anwesenden Mächte abzugeben[225]. Er versprach es, hierzu (2. Februar) den Großherzog zu bestimmen.

Die Unterhandlungen begannen nun zwischen Castlereagh und dem St[aats]kanzler. Der Hauptgegenstand, um den sie sich drehten, war

---

[222] *Vgl. oben Nr. 256 und Nr. 287, Anm. 1.*

[223] *Stein schreibt versehentlich:* „1815".

[224] *Vgl. dazu Steins Tagebuch vom 13. und 14. Dezember oben S. 345 f.*

[225] *S. oben Nr. 257.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Leipzig. Die Engländer waren abgeneigt mitzuwirken, daß es Preußen behalte; der Kaiser, um die Sache zu erleichtern, äußerte, Thorn überlassen zu wollen. Preußen beschwerte sich ferner, daß man aus seinem Anteil von Sachsen alle beträchtlichen Städte, als Görlitz, Bautzen, Weißenfels, Naumburg ausgeschlossen. Endlich nach vielem Hin- und Herhandeln kam denn das Schlußprojekt[226] zustande.

Die Konferenzen begannen von neuem (11. Februar[227]), und die wesentlichen Punkte über Sachsen, Polen, Mainz, die Bundesfestungen usw. wurden endlich bestimmt.

Castlereagh und Wellington schlugen dem Kaiser einen Artikel vor, wodurch sich die paziszierenden Mächte verbinden, jeden Kriegsurheber gemeinschaftlich anzugreifen. Es ward deshalb eine Deklaration projektiert von Gentz[228], voll Bombast und Aufgedunsenheit. Der Kaiser war geneigt.

Talleyrand suchte in einer Unterredung (13. Februar) [den Kaiser] zu bewegen, daß er sich gegen Murat erkläre[229]. Er war bereit, wollte aber die Einleitung F[ran]kreich überlassen und bedang sich aus, daß F[ran]kreich ihm nicht in den Schweizer Angelegenheiten zuwider sein solle. Diese waren zu neuen Verhandlungen bei dem Komitee ausgesetzt.

Kapodistrias hatte dem Kaiser ein Memoire den 9. Februar über die deutschen Angelegenheiten[230] mitgeteilt und darin auf die Wiederherstellung der Kaiserwürde für das H[aus] Österreich angetragen. Der Kaiser frug ihn, was ich darüber denke. K[apo]di[strias] antwortete ihm, meine Meinung sei beifällig, ich glaube, man müßte aber mit Preußen sich vereinigen, und der K[aiser] gab ihm auf, dieses zu versuchen. Hardenberg äußerte in seiner Unterredung (11. Februar) seine Abneigung und gründete sie auf die Geistlosigkeit der öster[reichischen] Dynastie und Regierung. Ich bemerkte ihm, diese Unvollkommenheiten seien persönlich und vorübergehend, es käme hier auf Verfassungseinrichtungen an usw. Ich behielt mir eine nähere Darstellung vor der Befugnisse, so dem Kaiser beizulegen sein würden. Metternich schien in seiner

---

[226] *Hardenbergs, dat. 8. Februar 1815. S. Angeberg I S. 707 ff. Vgl. Griewank, Wiener Kongreß S. 256 ff.*

[227] *Protokoll bei Angeberg I S. 772 ff.*

[228] *Druck: Gentz, Tagebücher I (1873) S. 443 ff. Vgl. Gagern, Mein Anteil an der Politik II S. 320, Webster, Foreign Policy of Castlereagh 1812–1815 S. 427 ff. und Griewank, Wiener Kongreß S. 296 ff., die beiden letzteren vor allem auch über die Wiederaufnahme Pittscher Gedanken, die sich mit diesem Vorschlag verband.*

[229] *S. Pallain-Bailleu, Briefwechsel Talleyrands S. 251.*

[230] *S. oben Nr. 268, Anm. 1.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Unterredung (12. Februar[231]) auch geneigt zur Annahme der Kaiserw[ürde] und versprach mir, Solms und Plessen[232] deshalb anzuhören.
Czartor[yski] schickte mir ein weitläufiges Memoire von Novosil'cev[233] unterzeichnet, worin die Gültigkeit der Bayonner Konvention dargetan werden sollte. Ich widerlegte es[234], und Cz[artoryski] beschäftigte sich nun mit einem Artikel, worin die Bestimmung dieser Angelegenheit enthalten sein sollte, dessen Mitteilung er mir versprach. Mein Memoire gab ich an Raz[umovskij] und Kapodistr[ias], um sie von dieser Angelegenheit zu unterrichten. Auch gab ich ihnen einen Aufsatz über die Lage der deutschen Angelegenheiten, der bayrischen[235], dessen Inhalt in die Instr[uktion] für Raz[umovskij] aufgenommen wurde. Der Kaiser beschloß nämlich, die fernere Geschäftsbehandlung der bisherigen Konferenz zwischen Raz[umovskij], Kapodistrias, Hard[enberg], Humboldt, Metternich, Talleyrand und Lord Wellington zu überlassen.
Die deutschen Angelegenheiten wurden durch die preuß[ischen] Noten vom 4. Februar[236] wieder in Bewegung gesetzt, worin Österreich die Aufnahme zweier Deputierter aus den Fürsten vorgeschlagen wurde.
Bayern kam nun durch den Abschluß mit Pr[eußen], Hannover, Holland in große Verlegenheit. Es suchte nun, mit Österreich sich allein abzufinden und alles Disponible auf dem linken Rheinufer an sich zu reißen, Fulda zu erhalten, welches aber dem Inhalt der Traktate, dem Interesse des Kronprinzen von Württemberg, Herzogs von Weimar usw. entgegen war. Ich benachrichtigte den Kaiser von dieser Absicht (16. Februar).
Die Anstellung von Razumovskij scheint aufgegeben zu sein. Der kleine Nesselrode kabalierte, drängte sich unter Leitung seiner Frau, Pozzo di Borgos in die Geschäfte ein und bewirkte ein Abkommen mit Castlereagh wegen der holländischen Schuld, wonach England 40 Millionen übernahm[237]. Der Kaiser gab die Idee von der Anstellung R[azumovskijs] auf, und die Großf[ürstin] Katharina bestätigte ihn darin.
Der Kaiser genehmigte endlich, daß in den Konferenzen eine gemeinschaftliche protokollarische Verabredung aufgenommen werde, um an Schweden eine Erklärung wegen Herausgabe seines Anteils an Pommern abzugeben[238].

[231] *Am 12. Februar hatte Stein auch noch eine Unterredung mit dem dänischen Außenminister und Kongreßgesandten Rosenkrantz über die Zugehörigkeit Holsteins zum künftigen deutschen Bund. S. Niels Rosenkrantz, Journal du Congrès de Vienne 1814 à 1815, publ. par Georg Norregard (Kopenhagen 1953) S. 148.*
[232] *S. oben Nr. 284, Anm. 1.*
[233] *S. Bd. III Nr. 528, Anm. 22.*
[234] *S. oben Nr. 265.*
[235] *S. oben Nr. 263.*
[236] *Druck: Angeberg I S. 703 f.*
[237] *Vgl. oben Nr. 287, Anm. 1.*
[238] *Vgl. oben Nr. 256, Anm. 15.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Den 17. [Februar] unterredete ich mich mit dem Kaiser über die Notwendigkeit, die kaiserliche Würde wiederherzustellen. Ich stellte ihm alles vor, was in meinem Memoire[239] enthalten ist, und er sah es lebhaft ein, äußerte, erst der Zustimmung des K[önigs] von Preußen gewiß sein zu wollen. Ich bemerkte, daß der St[aats]kanzler mir nicht geneigt scheine, daß aber General Knesebeck ganz mir beigestimmt habe. Ich erbat mir die Erlaubnis abzugehen; er frug mich, ob die deutschen Angelegenheiten es zuließen; ich antwortete ihm, die Hauptsachen seien festgesetzt, mir scheine, die bayrische Sache und die Frage wegen der Kaiserwürde müßten in wenigen Tagen entschieden sein.

Den 18. [Februar]. Ich las heute Razumovskij und Kapodistrias mein Memoire vor über die Wiederherstellung der Kaiserwürde. Der kleine Nesselrode begann eine Unterhandlung mit dem Fürst Wrede wegen des Vizekönigs[240], und Wrede schlug vor, ihm die Sieben Inseln zu geben. Der Senat hatte Kapodistrias aufgetragen, die Freiheit derselben zu fordern, und Lord Castlereagh war auch dazu geneigt.

Wellington begann seine diplomatische Karriere mit dem Versuch, die Schweizer Angelegenheiten zu ordnen, indem er die Val Tellina den Österreichern zu geben vorschlug.

Den 19. Februar forderte Graf Raz[umovskij] durch eine Note den Fürst Metternich auf, die Konferenzen über die noch vorhandenen und rückständigen Territorial-Angelegenheiten zu endigen.

Den 20. [Februar] vereinigte man sich wegen der Bayonner Konvention nach dem Vorschlag des Fürst Czartoryski, daß sie aufgehoben und die in dem russischen Anteil liegenden Bank-Hypotheken an Rußland gegen Erlegung einer Pauschalsumme überlassen werden sollen[241]. Über die letztere vereinigte man sich den [30. März] auf [2 500 000[242]] Tlr ... Gr.

Der Fürst Metternich hatte eine Unterredung mit dem Grafen v. Solms über die Annahme der Kaiserwürde, worin er äußerte, er für seinen Teil könne dazu weder raten noch es abraten; im nördlichen Deutschland wünschen sie die kleineren Fürsten, aber Preußen sei abgeneigt, und Österreich werde dadurch in Verwicklungen mit Preußen geraten; hier sei ohnehin schon im Königreich Niederlande ein Gegengewicht vorhanden; im südlichen Deutschland hindere Bayerns Macht jedes Eingreifen der kaiserlichen Gewalt, und hier scheine man ohnehin weniger den Wunsch

[239] *Vom 17. Februar; s. oben Nr. 268.*

[240] *Von Italien, Eugen Beauharnais.*

[241] *Vgl. auch noch Hardenbergs Tagebuch vom 21. Februar:* „Conf[érence] chez Metternich. Auparavant avec Stein et Czartoryski sur la convention de Bayonne dont l'exécution s'accroche toujours."

[242] *Diese und die vorhergehende Lücke ausgefüllt nach dem Text des Vertrages bei F. v. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie VII S. 159.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

nach einer Konstitution zu haben als im nördlichen. Der Graf Solms bemerkte hierauf, daß allerdings dieser Wunsch vorhanden sei, da im Württembergischen alles durch den Plan zur dortigen Konstitution[243] aufgereizt worden; um Ruhe zu erhalten, sei es überhaupt nötig, daß der Kongreß ein Dehortatorium erlasse an den König, mit der Einführung einer Konstitution Anstand zu nehmen, bis daß der Kongreß über die allgemeinen Grundsätze entschieden habe.

Der mecklenb[urgische] Gesandte, Herr v. Plessen[244], hatte gleichfalls eine Unterredung mit Herrn v. Wessenberg über die Herstellung der Kaiserwürde, worin letzterer sich äußerte, daß er es ratsam für Österreich halte, die Kaiserwürde anzunehmen. Unterdessen hatte der Kaiser dem Fürst von Weilburg seine Entfernung, sie anzunehmen, erklärt.

Den 24. [Februar] gab mir Fürst Hardenberg die Humboldtsche Widerlegung meines Aufsatzes wegen der Kaiserwürde[245] zu lesen und äußerte, er könne als preußischer Minister unmöglich in diese Vermehrung der öster[reichischen] Macht einwilligen[246]; diese habe ohnehin eine Tendenz, sich mit Bayern und Frankreich gegen Rußland, Preußen und England zu verbinden, seine Macht werde dadurch nur noch vermehrt; Hannover werde gleichfalls nicht einwilligen; er werde in Berlin alles gegen sich empören, wenn er einen solchen Einfluß Österreich einräume. Ich forderte von ihm eine Abschrift des Aufsatzes, um ihn widerlegen zu können. Er versprach ihn, sobald er vom König zurückkomme, dem er ihn jetzt eben vorlegen wolle, und drang sehr in mich, die Sache fallen zu lassen, da sie nur neue Veranlassungen gebe zur Eifersucht zwischen Österreich und Preußen.

Die Idee wegen Anstellung von Razum[ovskij] schien der Kaiser ganz aufgegeben zu haben und seine Absicht zu sein, Nesselrode, Anstett und Kapodistrias nach Petersburg zu nehmen, ohne einen Minister zu ernennen. Er scheint, wenn die bayrische Territorialsache geendigt und einige allgemeine Grundsätze über die deutsche Verfassung festgesetzt ist [!], gegen den 15. März abgehen zu wollen. Nesselrode soll hier bleiben.

Den 24. Februar. Meine Unterredung mit Lord Wellington[247] begann mit seiner Äußerung, daß es nötig sei, die deutschen Angelegen-

---

[243] *Vgl. oben Nr. 255.*

[244] *S. oben Nr. 284, Anm. 1.*

[245] *Vom 23. Februar 1815, nicht die vom 3. März, wie Lehmann in seiner Edition (HZ 60, 1888, S. 433, Anm. 2) angibt. S. über die beiden Humboldtschen Denkschriften oben Nr. 272, Anm. 1.*

[246] *Vgl. dazu auch noch Hardenbergs Tagebuch vom 20. Februar:* „Plan tout à fait inconséquent de Stein pour le rétablissement de l'emp[ereur] d'Autriche comme empereur d'Allemagne".

[247] *S. oben Nr. 271.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

heiten zu ordnen. Da Deutschland keine Einheit habe, so müsse diesen Mangel die Einigkeit zwischen Preußen und Österreich und die Beschaffenheit der öffentlichen Meinung ersetzen. Deutschland sei hauptsächlich nur durch Sprache und Sitten gebunden, es sei in sich durch Religion, selbst durch politisches Interesse geteilt. Die föderativen Institutionen, so man beabsichtige, müssen durch die beiden Mächte und die öffentliche Meinung aufrechtgehalten werden. Diese habe sich deutlich ausgesprochen für die gesetzliche Verfassung. Ich antwortete ihm, ich halte die deutschen Angelegenheiten in ihrer gegenwärtigen Lage für verschoben. Sie seien dahin gebracht durch das System, so die Österreicher anfangs gehabt, Deutschland in viele Teile zerstückelt zu lassen; alsdann seien durch eine Menge teils verderblicher, teils hinderlicher Friedensschlüsse die Resultate des Rheinbundes sanktioniert worden. Gegenwärtig habe man einen Plan der Föderation gemacht, der nicht gehen könne, da fünf dirigierende und divergierende Höfe sich nach verschiedenem Verhältnis in den Einfluß teilten; es wäre vielleicht möglich, diesem Übel durch die Bestellung eines Bundesoberhaupts abzuhelfen, da eigentlich das wahre politische Interesse Preußens und Österreichs nicht in Widerspruch stehe.
Er erwiderte, die Bildung eines solchen Oberhaupts sei jetzt nicht möglich; es müsse jedoch etwas geschehen zur Erfüllung der Verabredungen, welche sämtliche Mächte wegen der deutschen Angelegenheiten genommen, und zur Befriedigung der Gemüter. Alles sei gespannt, und besonders in Preußen zeige sich ein militärischer, republikanischer Geist.
Ich bemerkte, daß allerdings es nötig sei, in einem Land, wo eine Verfassung bestanden, wo die Menschen an einen gesetzlichen Zustand gewöhnt waren, einen ähnlichen wiederherzustellen, der Willkür ein Ende zu machen. Anarchie sei übrigens dem ganzen Wesen und Geist der Deutschen zuwider. Wolle man diese Verabredungen der Mächte in der genommenen Art endigen, so müsse man die unterbrochenen Konferenzen über die deutschen Angelegenheiten wiederaufnehmen, weshalb der St[aats]k[anzler] Hardenberg bei Fürst Metternich angetragen.
Er antwortete, dieses werde er sich angelegen sein lassen; Metternich habe ihm von einem preußischen Plan in 120 Art[ikeln] gesprochen[248], der zu weitläufig scheine. Die Möglichkeit seiner Abkürzung räumte ich ein. In diesem Fall müsse man nur die wesentlichsten Elemente ausheben und die weiteren Entwicklungen auf einen besonderen Bundestag verweisen. Es sei überhaupt die Beschleunigung der Angelegenheiten, so den Kongreß beschäftigen, sehr zu wünschen, da die Abreise der Monarchen nötig sei. Am dringendsten sei Aufhebung des Provisoriums und die Beendigung der bayr[ischen] Territ[orial]abfindungen. Das Provisorium verursache einen großen Einquartierungsdruck für die besetzten Länder und große

[248] *Humboldts Entwurf (mit Kreiseinteilung), s. oben Nr. 234, Anm. 1.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Ausgaben den verbündeten Mächten. Bei der Abfindung von Bayern müsse man Bedacht nehmen zu verhindern, daß es nicht durch Besitzungen auf dem linken Rheinufer mit Frankreich in Berührung komme; der Geist seiner Politik werde immer für Deutschland und für seine Nachbarn verderblich sein. Es sei daher nötig, die bayrischen Abfindungen auf das rechte Rheinufer und auf die mit ihm grenzenden Länder anzuweisen. Lord Wellington bemerkte, es sei dennoch nötig, auf das linke Rheinufer eine größere schlagfertige Macht zu setzen statt mehrerer kleiner, die von Frankreich leicht erschreckt und umgeworfen werden könnten, und ob ich nicht glaube, daß, wenn Österreich Salzburg besitze, es bei seiner Übermacht Bayern fest in seinem Interesse halten könne.

Ich antwortete ihm, die Aufstellung einer größeren Macht auf dem l[inken] Rh[ein]ufer sei nur insofern nützlich, als man sich auf deren Treue verlassen könne, welches der Fall mit B[ayern] nicht sei. Durch die Linie von Bundesfestungen und durch die Aufstellung von Preußen und Belgien sei Deutschland gegen einen ersten Anfall von Frankreich hinlänglich gesichert. Österreich habe sich jetzt sehr schwach gegen B[ayern] bewiesen, unerachtet seiner Übermacht, und bei seiner moralischen Schwäche müsse man suchen, ihm alle Verwicklungen, in die es durch Bayern und Frankreich kommen könne, möglichst zu vermeiden und zu erleichtern. Die Unterredung endigte sich mit der Aufforderung L[ord] W[ellingtons] an mich, ihn so oft zu besuchen, als ich ihm etwas zu sagen für nötig finde.

Der Kaiser machte sich ohne Ursache von neuem gehässig, indem er die Sache der Kais[erin] Marie Louise und des Eugène Beauharnais zu seiner eigenen mit vieler Lebhaftigkeit machte, für die erstere Parma und P[iacenza] forderte, für den andern eine Souveränität in Italien, unerachtet der Kaiser Franz sich erklärt hatte, daß er auf P[arma] und P[iacenza] entsage und seiner Tochter Güter in seinen Erbstaaten geben wolle. Diese hatte an den Kaiser Alex[ander] geschrieben, seine Unterstützung erbeten. Sie ist eine flache französische Frau, die den Schein annimmt, alles Deutsche vergessen zu haben, und sich vom General Neipperg[249] die Cour machen läßt.

Den 26. Februar. Ich forderte dem Kanzler Hardenberg das Humboldt-

[249] *Adam Albert Graf v. Neipperg (1775–1829), österreichischer General. Er hatte mit Auszeichnung in allen Feldzügen Österreichs gegen Frankreich seit 1792 gedient, war 1811 als außerordentlicher österreichischer Gesandter nach Schweden gegangen, stand Anfang 1813 wieder im Feld gegen Napoleon, wurde im Januar 1814 nach Neapel geschickt, um dort das Bündnis mit Murat abzuschließen, und erhielt dann ein Kommando in Italien gegen die Truppen von Eugen Beauharnais. Nach dem Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft wurde er der Kaiserin Marie Louise als Begleiter beigegeben, mit der er bald in vertraulichere Beziehungen trat, und die schließlich eine morganatische Ehe mit ihm einging.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

sche Memoire[250] ab. Er schickte mir Humboldt selbst mit einer ablehnenden Antwort, weil er die Sache nachteilig für Preußen halte und wünsche, sie möchte fallen, indem sie sonst leicht wieder einen Zankapfel zwischen Preußen und Österreich abgeben und die Erbitterung zwischen beiden vermehren könne. Er meinte, bei dieser Lage der Sache müsse man, um größeren Nachteil zu vermeiden, sie fallen lassen. Ich erinnerte, es sei nötig, da der Kanzler mir nicht die Gründe seines Widerspruchs vollständig mitteilte, daß er sie selbst dem Kaiser vorlege und sich hierzu eine Audienz ausbitte, womit Herr v. H[umboldt] einverstanden war.
Kurz nachher kam Herr v. Plessen, der mir erzählte, daß Wessenberg das Vorteilhafte der Wiederherstellung der Kaiserwürde einsähe und ihm eine nähere Unterredung zugesagt habe. Ich hielt es daher für nötig, dem Kanzler (27. Februar) die Beherzigung dieser Sache von neuem in einem besonderen Brief[251] zu empfehlen.

Razum[ovskij] hatte dem Kaiser (26. Februar) die Schwierigkeiten angezeigt, die der St[aats]kanzler früher gemacht hatte, und zur Antwort erhalten, man müsse Beharrlichkeit zeigen. Der St[aats]kanzler hatte den 2. März eine Audienz bei dem Kaiser über diese Angelegenheit[252] und sprach ihm besonders über die Schwierigkeit, die öffentliche Stimme für die Kaiserwürde in Berlin und bei der Armee zu gewinnen, worin er aber ganz irrig war, indem in einer Unterredung, so ich mit dem Gen[eral] Grolman hatte, dieser ganz bestimmt sich für die Kaiserwürde äußerte. Der St[aats]kanzler schickte mir (4. März) das Humboldtsche Memoire[253], ein verworrenes, sophistisches, schlecht stilisiertes Machwerk.
Unterdessen wurden die bayrischen Territorialsachen abgehandelt. Metternich antwortete nicht auf die Note des Grafen Razumovskij wegen Fortsetzung der Konferenzen[254], und dieser unterließ es, ernstlich und kräftig auf eine Antwort zu dringen. Er unterhandelte mit Wellington, Wrede und Nesselrode, der sich durch seine Beharrlichkeit und seine Gemeinheit mit Hilfe des Fürsten Peter Volkonskij wieder eingedrängt hatte und immer nur suchte, in Metternichs Sinn die Sache zu endigen, gleichgültig wie, und unfähig, dieses Wie zu beurteilen. Der St[aats]kanzler übergab (2. März) dem Kaiser ein Tableau der bayrischen Forderungen, welches er mir zur Prüfung zustellte[255]. Ich hatte ihm (den 3.) ein Memoire des G[roß]h[erzogs] von Baden übergeben, worin

---

[250] *S. oben S. 365, Anm. 245.*
[251] *S. oben Nr. 272.*
[252] *Vgl. auch Hardenbergs Tagebuch vom 2. März:* „Chez l'empereur de Russie pour lui parler du projet de faire revivre la dignité impériale de Stein, les arrangements territoriaux en Allemagne etc."
[253] *Vom 3. März 1815. S. oben S. 365, Anm. 245.*
[254] *S. die Aufzeichnung Steins vom 19. Februar oben S. 364.*
[255] *S. Steins Denkschrift vom 5. März oben Nr. 274.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

dieser seine Gründe gegen die Abgabe der Pfalz an Bayern aufstellte; er hatte es selbst dem K[aiser] zustellen wollen, konnte aber keine Audienz erhalten. Er gab es also der Kaiserin, die es mir mit dem Auftrag zusandte, dem Kaiser es vorzulegen. Ich überzeugte ihn, daß es hierbei weniger auf das Interesse von Baden als auf das von Deutschland ankäme, daß Bayern, indem es Mannheim und Hanau erhalte, das übrige südliche Deutschland vom nördlichen abschneide, mit Frankreich sich in Berührung setze und zwischen Österreich und Frankreich mitten inne stehe, um mit beiden vereint oder mit jedem einzeln in diplomatische Verbindungen zu treten. Dieses sei um so schlimmer, da eine Verbindung zwischen Österreich, Frankreich und Bayern gegen Rußland und Preußen vorherzusehen sei und diese durch Bildung einer solchen Linie zwischen Main und Neckar um so gefährlicher werde werden[256]. Der Kaiser überzeugte sich hiervon, ließ (den 4. März) den Großherzog rufen, der aber wegen eines Katarrhalfiebers im Bett lag und nicht kommen konnte.

Kapodistrias machte den Kaiser gleichfalls aufmerksam auf jene Allianz und auf die Abhängigkeit, in welche Preußen durch seine Provinzen am Niederrhein von England komme, und die Notwendigkeit, sich ein festes politisches System zu bilden. Er meinte, gegenwärtig komme alles darauf an, die vorliegenden Angelegenheiten aufzulösen und mit Preußen in gutem Vernehmen zu stehen.

Der Kaiser schien die Idee wegen Raz[umovskij] ganz aufgegeben zu haben. Ness[elrode] hatte sich wieder eingedrängt; die Verhandlungen in Konferenzen mit Ausschluß von R[azumovskij] und K[apo]di[strias] hatten wieder begonnen, also war von Bildung der Territorialverhältnisse nicht viel Erfreuliches zu erwarten, vielmehr vorherzusehen, daß B[ayern] werde unverhältnismäßig begünstigt werden. Der Deutsche Bund selbst konnte nur etwas sehr Unvollkommenes werden, wenn man bei der Idee blieb, kein Oberhaupt zu wählen.

Aus dem Halbverhältnis, in dem ich stand, konnte nur Lebensverdruß entstehen; ich hatte Influenz ohne durchgreifende Leitung, und Influenz auf höchst unvollkommene Menschen, die als Werkzeuge zur Erreichung großer Zwecke sollten gebraucht werden. Zerstreuung, Mangel von Tiefe der einen, Stumpfheit und Kälte des Alters der anderen, Schwachsinn, Gemeinheit, Abhängigkeit von Mett[ernich] der dritten, Frivolität aller war Ursache, daß keine große, edle, wohltätige Idee im Zusammenhang und ganz in das Leben gebracht werden konnte.

Aus diesen unglücklichen Verhältnissen herauszukommen, bedurfte es nur eines kräftigen Entschlusses, und es ist ratsamer, ihn bald zu nehmen, ehe die Erbärmlichkeit des Ganzen sich entwickelt hat, sich den Leiden

---

[256] *Vgl. hierzu auch die Denkschrift vom 5. März (oben Nr. 274).*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

des Zustandes zu entziehen und sich von der Verantwortlichkeit des Zustandes loszusagen[257].

4. März. Nesselrode wollte mit Kapodistrias über die bayrischen Angelegenheiten sprechen, war aber ganz verwundert zu hören, daß er davon unterrichtet sei und daß er die Pläne der Bayern mißbillige: „Ce sont des idées du b[aron] Stein". Er antwortete ihm, der Kaiser tue in deutschen Angelegenheiten nichts ohne meine Meinung. Ness[elrode] wollte also die Sache heute (5. März[258]) dem Kaiser vorlegen; es war also gut, daß dieser mit der Sache vorbereitet war. Metternich sagte an Razumovskij, er werde Wessenberg an den St[aats]k[anzler] schicken, um ein Gegenprojekt zu machen auf die Forderung der Bayern.
Dem Kaiser übergab ich den 5. März ein Memoire über die bayrischen Ansprüche auf Vergrößerung, das er dem Grafen Razum[ovskij] statt Instruktionen zustellen ließ[259].

Den 7. und 8. [März]. Wess[enberg], Grolman, Hoffmann[260], der Staatskanzler entwarfen einen neuen Plan zur Auseinandersetzung zwischen Österreich und Bayern. Ich hatte eine Unterredung mit Lord Wel[lington] über diesen Gegenstand und sprach dem Inhalt meines Memoires[261] gemäß. Er bemerkte, daß der Fürst Wrede übertrieben fordere und nur ein Recht habe, auf die Erfüllung des Friedens von Ried[262] zu dringen; daß die Gefahr für Deutschland nicht groß wäre, wenn es durch die Rheinpfalz durchschnitten werde, weil Bayern dennoch in der Abhängigkeit von Österreich und Preußen bleibe; daß es ferner durch den Besitz von Hanau einen Anlehnungspunkt zu erhalten suche; das politische Betragen Bayerns sei vor 1805 sehr gut und freundschaftlich gegen Österreich gewesen. Frankfurt müsse frei bleiben. Meine Antwort war, der Besitz der Rheinpfalz und von Mannheim werde dann gefährlich für Deutschland, wenn Preußen und Österreich uneinig sei. So notwendig es sei, diese Verbindung zwischen den beiden Mächten zu ihrem eigenen Wohl und zum Wohl von Deutschland zu erhalten, so leicht sei ein Mißverständnis möglich, und in diesem Fall sei der Besitz dieser Linie Deutschland äußerst nachteilig. Unter Kurfürst Karl Theodor[263], einem Fürsten von altem Schrot und Korn, sei das Betragen von Bayern gut gewesen, das gegenwärtige Kabinett sei höchst übel gesinnt; einen Anlehnungspunkt bedürfe Bayern nicht auf dem Main; als Waffenplatz sei es[264]

[257] *Vgl. oben Nr. 273.*
[258] *Vgl. Hardenbergs Tagebuch vom gleichen Tage:* „Stein".
[259] *S. oben Nr. 274.*
[260] *S. Bd. III Nr. 63, Anm. 3.*
[261] *Vom 5. März (s. oben Nr. 274).*
[262] „Wien" *in der Vorlage.*
[263] *Dem Vater Maximilians I. Er regierte von 1777 bis 1799.*
[264] *Hanau.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

ungeschickt gelegen, zum Waffenplatz könne ihm nur Ingolstadt, Donauwörth und Nürnberg dienen.

Die Nachricht von der Unternehmung Napoleons (7. März) hatte allgemein Besorgnis verbreitet und die Parteien einander sehr genähert. Sie war Lord Wellington zugekommen. Er war bedenklich wegen der üblen Stimmung der französ[ischen] Armee und wegen der Einverständnisse, so Napoleon in ihr hatte. Kriegslust, Hang zur Ungebundenheit, Rachsucht, beleidigter Dünkel, Unwillen über Verlust der Dotationen, des Ansehens beherrschten das Heer und das Volk, und ein Ausbruch dieser feindseligen Gemütsart war zu befürchten. In Italien herrschte allgemeines Mißvergnügen über verlorene Nationalität, über manche Fehler der österreichischen Verwaltung. Murat war bereit loszuschlagen[265]. Die österreich[ische] Armee war kaum 40 000 M[ann] stark. Dieser Zustand erregte allgemeine Besorgnis. Die Kabinette näherten sich und suchten, die noch übrig gebliebenen Streitigkeiten zu beseitigen und zu ordnen. Der Kaiser erklärte sich laut, er sei bereit, an der Spitze seiner Armee den Frieden von Paris aufrechtzuerhalten. In einer Unterredung mit Kapodistrias äußerte er dasselbe, sagte aber, er werde sich nun seine Bedingungen vorher machen und sich nicht neuen Schwierigkeiten und Einstreuungen seiner Alliierten aussetzen, wenn es zur Entwicklung der öffentlichen Angelegenheiten komme. Er wolle keine Vergrößerung, müsse aber Subsidien haben, um den Krieg fortzusetzen. Ich bemerkte K[apo]distrias, daß es nötig sei, eine Deklaration von seiten der acht Mächte zu erlassen, daß sie entschlossen und gesonnen seien, den Frieden von Paris aufrechtzuerhalten. Hierdurch werde man die Franzosen warnen und ihnen die Gefahr eines fremden Krieges wieder vor Augen bringen[266].

Die Kaiserin reiste (den 9. M[ärz]) ab. Sie war traurig; ihr Verhältnis mit dem Kaiser war kalt und zurückgezogen; sie hat überhaupt etwas Schüchternes im Charakter, eine der Empfindlichkeit nahekommende Zartheit; es ist keinem Zweifel unterworfen, daß sie bei mehrerer Lebhaftigkeit, Gewandtheit, Offenheit dem Kaiser sich mehr annähern würde. Un-

---

[265] *Murat eröffnete den Kampf sofort nach der Landung Napoleons in Frankreich, wurde nach anfänglichen Erfolgen jedoch am 2. Mai 1815 bei Tollentino vernichtend geschlagen und mußte am 19. Mai aus Neapel fliehen. Er ging nach Frankreich, doch hatte Napoleon ihm den Treubruch von 1814 so wenig verziehen, daß er ihn auch jetzt in der Stunde der Gefahr nicht mehr sehen wollte. Nach dem Zusammenbruch von Waterloo entkam Murat seinen royalistischen Verfolgern mit Mühe und Not nach Korsika. Von hier aus schiffte er sich im Herbst 1815 mit einer Handvoll Abenteurern nach Neapel ein, um sein Königreich zurückzuerobern. Er geriet aber sofort bei der Landung in Gefangenschaft, wurde vor ein Kriegsgericht gestellt, zum Tode verurteilt und am 13. Oktober 1815 erschossen.*

[266] *Eine solche Deklaration wurde am 13. März 1815 erlassen, sie sprach gleichzeitig die Ächtung Napoleons aus (Druck: Angeberg II S. 912 f. Vgl. auch das Protokoll der Sitzung vom 12. März ebd. S. 910 f.).*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

terdessen sollte er doch selbst einen höheren Wert setzen und betätigen auf so viele Zartheit, Mäßigung, Bildung, Würde, Resignation und Grazie. Etwas zu der Entfernung mag das Klatschen und Hin- und Hertragen des Königs von Bayern beigetragen haben.

Die Kaiserin ließ (8. März) ihren Bruder[267] und mich zu sich kommen, um ihn zu bestimmen, daß er eine Erklärung abgebe zum Vorteil des Erbrechts der Grafen Hochberg. Er wandte vor, er wolle die Eheverträge seiner Schwestern einsehen und die darin enthaltene Renunziation. Die Kaiserin bemerkte, dies sei ganz überflüssig; denn, sei das Erbrecht der Grafen Hochberg gültig, so schließe es die Weiber aus; sei es ungültig, so hätten seine Töchter ein ausschließendes Erbrecht. Nach einigen Einwürfen versprach er endlich, eine befriedigende Erklärung an die Monarchen abzugeben. Den folgenden Tag ließ er mir durch seinen Minister Berckheim[268] sagen, er wolle noch Anstand nehmen, weil ihm die Bayern in der pfälzischen Sache schaden könnten[269]. Ich antwortete, diese Sache sei zu seinem Vorteil eingeleitet, und die Bayern würden ihm nichts helfen.

11. März. Die Nachrichten von Bonapartes Landen in der Gegend von Grasse, Depart[ement] du Var, beunruhigten nicht wenig. Der Kaiser hatte bereits den 9. seinem Geschäftsträger in der Schweiz eine Erklärung geschickt, worin er fest aussprach seine Gesinnungen, die Stipulationen vom Pariser Frieden aufrechtzuerhalten. Die Befehle wegen Einstellung der Demobilisierung der preuß[ischen] Armee waren abgegangen, eine Militärkonferenz ward zwischen Schwarzenberg, Volkonskij und Knesebeck heute abgehalten. Die Gemüter wurden durch die Besorgnisse über die Zukunft einander näher gebracht; die Franzosen-Gesandtschaft war sehr zufrieden von der Abgabe der Erklärung des Kaisers. Der König von Bayern ängstigte sich, und man konnte vorhersehen, daß die Territorialsachen sehr bald würden geendigt sein.
Auch die Beschleunigung der Verfassungssache war nötig, um die Gemüter der Einwohner zu beruhigen. Ich schlug daher vor, daß man schleunig über die wesentlichsten Punkte sich vereinigen und sie bekanntmachen möge, die nähere Entwicklung aber den hier versammelten Bundesdeputierten überlassen möge. Graf Münster war dieser Meinung; der St[aats]k[anzler] Hardenberg, der nur an den Krieg dachte, glaubte, man müsse die Sache aussetzen.
Unterdessen war die Korrespondenz entstanden mit dem König von Württemberg über seine Behauptung, daß er die Verfassung ohne Ein-

[267] *Den Großherzog von Baden. Wegen des Erbfolgerechtes der Grafen von Hochberg s. oben Nr. 257 und Nr. 278.*
[268] *S. oben Nr. 220, Anm. 4.*
[269] *S. oben Nr. 257, Anm. 1.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

wirkung des Deutschen Komitees einzuführen berechtigt und die Beschwerden der Mediatisierten nicht zu berücksichtigen brauche[270]. Hierüber wurde ein gemeinschaftliches Schreiben von Hannover, Preußen und Österreich verabredet (7. März), das [. . .][271]

Gegen die Annahme der Kaiserwürde bildete sich eine einländische österreichische Partei, Graf Zichy[272], Ugarte[273], und diese hinderten Metternich, der übrigens Gentz sehr ernsthaft und nachdrücklich seine undeutschen Äußerungen verwies. Wessenberg war für die Annahme.

Die neuesten Ereignisse hatten den Kaiser bewogen, dem Gr[afen] Razumovskij (9. März) die St[aats]kanzlerstelle durch Nesselrode antragen zu lassen; er nahm die Sache in Überlegung und war (den 11. M[ärz]) noch nicht entschlossen. Ihn beunruhigte die Schwierigkeit der Stelle, sein Alter, die Besorgnis über die unsystematische Art des Kaisers, die Geschäfte zu behandeln.

„Metternich ist sehr gut und wohlwollend; er ist aber faul, eitel und stolz", sagte mir seine Freundin, die Gräfin F. W.[274].

Der König von Sachsen hat den ihm von Metternich, Talleyrand und Wellington (9. März) gemachten Antrag, den ihm übriggelassenen Anteil von Sachsen anzunehmen, verworfen und ihnen eine Note, welche eine Negoziation einleiten sollte, übergeben[275], deren Inhalt aber ganz trocken von den Ministern abgelehnt wurde. Man vermutet jedoch, daß er noch nachgeben werde. Es ist merkwürdig, daß diese Minister dem König dieselben Gründe entgegenstellen mußten, um seine Weigerung der Annahme zu widerlegen, deren sich Rußland und Preußen gegen sie zur Begründung der Ansprüche auf Sachsen bedienten.

Den 14. [März] erschien die Ächtung Napoleons[276], die ich bereits den 8. zu erlassen dringend empfohlen hatte. Ein sonderbarer Wechsel der Dinge, er, der mich den 15. Dezember 1808 ächtete, wird gegenwärtig in einen ähnlichen und weit schlimmeren Rechtszustand durch einen Beschluß der großen europäischen Mächte gesetzt.

---

[270] *Vgl. oben Nr. 276.*

[271] *Bricht so ab. Die Note vom 7. März ist gedruckt bei Klüber VI S. 613 ff. Vgl. auch das Schreiben Hardenbergs an Wintzingerode vom 5. März 1815 bei Schmidt, Verfassungsfrage S. 427 f.*

[272] *Karl Graf v. Zichy (1778–1824), Staats- und Konferenzminister (Innenminister), ehemals (1802–1808) Hofkammerpräsident. Er gehörte zu den politischen Gegnern Metternichs und war einer der wenigen österreichischen Staatsmänner auf dem Kongreß, die zur preußisch-russischen Partei hielten.*

[273] *Alois Graf v. Ugarte (1749–1817), böhmischer und österreichischer Oberstkanzler seit 1802, außerdem Staats- und Konferenzminister seit 1813, ein politischer Gegner Metternichs.*

[274] *Flora Wrbna? Vgl. über sie oben Nr. 174, Anm. 6.*

[275] *S. Angeberg II S. 905 ff.*

[276] *S. oben S. 371, Anm. 266.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Noch hat Metternich das Schreiben an den König von Württemberg nicht abgehen lassen[277]. Die Spannung in Schwaben steigt unterdessen. Die Mediatisierten protestieren förmlich gegen die württembergische Konstitution. Im Badenschen brechen Unruhen aus wegen der Härte, womit man die Akzise erhebt. Der Großherzog stellt mir (den 14.) ein Schreiben an den Kaiser A[lexander] zu, worin er erklärte, daß er das Erbrecht der Grafen Hochberg anerkenne, welches vom Kaiser beifällig beantwortet wurde[278].

Die Umwälzung in Frankreich ist eine Folge der tiefen Verderbnis der Nation, die, von Rachsucht und Raubsucht geleitet, die Herrschaft eines Tyrannen der milden und gesetzlichen Regierung eines verständigen, frommen Königs vorzog, jenen überall mit Frohlocken aufnahm und sich freudig zum Eroberungs- und Plünderungskrieg vorbereitete. Sie vergaß den geistigen und physischen Druck, unter welchem sie gelebt hat, die Willkür, die über ihrem Leben und Eigentum schaltete, die Vernichtung des Handels, die Vergeudung des Lebens ihrer Kinder und wünschte nur, von neuem über die benachbarten Völker herzufallen und sie zu berauben und zu unterdrücken. Das Signal zu einem neuen Kampf ist also gegeben. Gott wird die Waffen der Verbündeten segnen und das verderbte Volk züchtigen für seine Verbrechen.

Die französische Gesandtschaft, die hier so manches verwirrte und verderbte, die bayrische, die die Flamme des Kriegs anzublasen suchte, mußten nun die Hilfe Preußens und Rußlands nachsuchen, von denen sie das erstere zu vernichten, das letztere Europa verdächtig zu machen suchten. Sie[279] behauptet, die Revolution sei allein ein Werk der Zusammenverschwörung des Heeres, die der größtenteils gutgesinnten Nation einen verhaßten Tyrannen aufdrängt.

Der Kaiser A[lexander] blieb bereit und entschlossen, den Kampf wieder zu beginnen, und gab selbst das Kommando auf über seine Armeen, das er sich hätte vorbehalten, wenigstens auf die Entfernung von L[angenau][280] dringen sollen.

Auf den geäußerten Wunsch [des] K[aisers] Franz vertrug sich K[aiser] A[lexander] wieder mit Metternich. Der erste benutzte das gegenwärtige Ereignis, um den russ[ischen] K[aiser] zu bitten, seiner Abneigung gegen M[etternich] nicht mehr Gehör zu geben. Er versprach es, sagte, Unversöhnlichkeit sei gegen die Pflicht eines Christen, und hatte seitdem wieder mehrere Konferenzen mit ihm[281] (16. — 19. März).

---

[277] *Vom 7. März, s. oben S. 373, Anm. 271.*

[278] *Vgl. oben Nr. 278.*

[279] *Die französische Gesandtschaft.*

[280] *So wahrscheinlich mit Pertz, Stein IV S. 384 zu ergänzen. Über Langenau, den Generalstabschef Schwarzenbergs, s. Bd. IV Nr. 97, Anm. 1.*

[281] *Vgl. Metternich, Nachgel. Papiere I (1880) S. 328 f.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Das französ[ische] Volk ist meuterisch, aufrührerisch, wie es seine Geschichte lehrt. Dieser Zug ist eine Folge seines Leichtsinns, seiner Beweglichkeit, seines Dünkels, seiner Habsucht; Laster, die durch Religiosität und Sittlichkeit nicht mehr gebändigt sind. Die gegenwärtigen Ereignisse haben den Charakter einer Verschwörung in der Armee, nicht einer Revolution, die in dem Gesamtwillen der Nation ihren Entstehungsgrund findet, wie man sich durch die Vergleichung ihres Gangs und ihrer Fortschritte mit denen der Revolution von 1789 überzeugen kann. Diese war rasch, allgemein, hochaufflammend; die gegenwärtige zeigt sich teilweise, verräterisch, schüchtern. Diese Bemerkung machte ich an Kapodistrias, der diese Frage aufwarf (den 21., 22. März) und in einem Memoire, so er dem Kaiser übergab, abhandelte. Er ward hierzu veranlaßt durch den Entwurf zu einem Allianztraktat zwischen England, Rußland, Österreich und Preußen, worin man sich gegen die Unternehmungen Napoleons verband, aber sehr unbestimmt wegen der Subsidien stipulierte. Nach seiner Meinung sollte man von Engl[and] bestimmte Subsidien fordern, ferner von Österreich das Versprechen, daß die Kaiserin Marie Louise und ihr Sohn allen Ansprüchen auf diese Würde entsagen.
Der Herr Eugène v. Beauharnais genoß ferner den Schutz des Kaisers Al[exander], der sich hierzu von K[aiser] Franz die Einwilligung ausbedang, als dieser seinen Wunsch äußerte, er möchte sich mit Metternich vertragen. Eugène sagte laut, die von den verbündeten Mächten erlassene Deklaration werde die französ[ische] Nation gegen sie aufbringen und zur Unterstützung von Napoleon vereinigen; auf dem linken Rheinufer, in Polen und Sachsen werde ein Aufstand ausbrechen.

22. März. Der König von Sachsen akzeptierte den ihm angewiesenen Teil, behielt sich nur vor, einige Notabeln zu sich zu berufen, um diese von der Notwendigkeit der Annahme zu überzeugen. In Dresden, bei der sächsischen Armee, auch an mehreren Orten auf dem linken Rheinufer zeigte sich ein übler, Napoleon geneigter Geist.

Die mittleren und kleinen Stände gaben den 23. März abermals bei Österreich und Preußen eine Note ab[282], wodurch sie auf den Abschluß eines Grundvertrages über die deutsche Verfassung antrugen, und sie durch Herrn v. Plessen, den meckl[enburgischen] Ges[andten], Graf v. Keller, den kurhessischen, und Herrn Smidt, den bremischen, überreichen ließen.
Der Geist in Dresden, bei den sächsischen Truppen, in Warschau und zum Teil am Niederrhein war sehr verderbt. Die Freude vieler über Napoleons Ankunft zeigte sich auf eine unwürdige Art bei vielen.

---

[282] *Datiert vom 22. März 1815. Druck: Klüber I/4 S. 43 ff. (deutsch) und Angeberg II S. 951 f. (französisch).*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Joseph Bonaparte[283] schrieb an den öster[reichischen] Ges[andten] in der Schweiz, Herrn v. Schraut, einen höchst merkwürdigen Brief. Er eröffnete ihm, daß der Wunsch der Nation und der Armee Napoleon zurückgerufen, um sie von der unwürdigen Regierung der Bourbonen zu befreien, qui etait un rêve pénible. Diesem Brief lag ein Bulletin bei, welches erzählte, Paris und die nördlichen Garnisonen seien besetzt, eine provisorische Regierung, bestehend aus Cambacérès[284], Davout, Sieyès, Caulaincourt, angeordnet; er habe Herrn v. Schraut Eröffnungen zu tun, die für die Ruhe Europas von der größten Wichtigkeit seien.
Man sieht hieraus, daß die Verschwörer auf den Erfolg der Unternehmungen der Generale Lefebvre-Desnouettes[285], Lallemand[286] und Drouet[287] mit Sicherheit gerechnet und daß J[oseph] Bonaparte ein Mit-

---

[283] *S. Bd. IV Nr. 1038, Anm. 8.*

[284] *Jean Jacques Régis de Cambacérès (1753–1824, seit 1808 Herzog von Parma), Napoleons ehemaliger Kollege im Konsulat, ein hervorragender Jurist und einer der Schöpfer des Code Civil. Napoleon sicherte sich seine juristischen Fähigkeiten auch während des Kaiserreichs, indem er ihn zum Erzkanzler erhob und ihm die Herzogswürde verlieh. Als der Kaiser Anfang 1814 ins Feld zog, wurde Cambacérès Präsident des Regentschaftsrats. Während der 100 Tage nahm er seine alte Stellung als Großkanzler wieder ein, wurde nach der zweiten Restauration verbannt und durfte erst 1818 nach Frankreich zurückkehren. Eine politische Rolle hat er dann nicht mehr gespielt.*

[285] *Charles Comte de Lefebvre-Desnouettes (1733–1822), ein während der Revolution und in den napoleonischen Kriegen durch Tapferkeit emporgekommener Soldat, der von Toulon bis Waterloo oft in unmittelbarster Umgebung Napoleons gefochten hatte, so besonders noch im Feldzug von 1812. Er befehligte auch die Eskorte, die Napoleon nach Elba brachte. Der Kaiser hatte ihn zum Kommandanten der Gardejäger ernannt, eine Stellung, die er auch unter der Restauration behielt. Auf die erste Nachricht von der Landung Napoleons verließ er mit seinem Regiment die Garnison und versuchte, sich des Arsenals von La Fère zu bemächtigen. Dieser Versuch schlug fehl. Lefebvre, von seinen Soldaten verlassen, fand trotzdem den Weg zu Napoleon und kämpfte noch einmal unter seinen Augen bei Waterloo. Von den Bourbonen dann verfolgt und zum Tode verurteilt, floh er nach Amerika. Bei dem Versuch, von dort nach Belgien zurückzukehren, ist er bei einem Schiffbruch umgekommen.*

[286] *Die Brüder Charles François Antoine und Henri Dominique Lallemand waren beide begeisterte Anhänger Napoleons und tapfere Offiziere, die bei der Restauration der Bourbonen im Dienst geblieben waren. Auf die Nachricht von der Rückkehr des Kaisers schlossen sie sich dem Unternehmen Lefebvres an und wurden wie dieser nach der 2. Restauration zum Tode verurteilt. Auch sie gingen nach Amerika, wo der jüngere (1777 bis 1823) bald eine sichere Existenz fand, während sein älterer Bruder (1774–1839) nach abenteuerlichen Irrfahrten 1831 nach Frankreich zurückkam und dort seinen alten militärischen Rang und später auch einen Sitz in der Pairs-Kammer erhielt.*

[287] *Jean Baptiste Drouet, Comte d'Erlon (1765–1844), einer der tapferen Glücksritter des Kaiserreichs, der sich besonders im Kriege gegen Preußen, in Spanien und in Tirol ausgezeichnet hatte. Auch er diente zunächst unter den Bourbonen weiter, beteiligte sich an dem Unternehmen Lefebvres und wurde bei dessen Scheitern verhaftet. Der Erfolg Napoleons befreite ihn aus der Gefangenschaft, er kämpfte noch einmal für seinen Kaiser bei Waterloo und ging nach der 2. Restauration ins Exil nach Deutschland. 1825 durfte er nach Frankreich zurückkehren, wurde unter Louis Philippe reaktiviert, 1834 Gouverneur von Algier, 1843 Marschall von Frankreich.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

wisser und Mitschuldiger war. Da jene Unternehmung fehlschlug, da die öffentliche Meinung besonders in der Hauptstadt sich laut gegen den Tyrannen aussprach und diese wieder auf die Stimmung der Armee wirken muß, da ferner die Erklärung der Mächte, alle ihre Streitkräfte anwenden zu wollen, um Napoleon zu bekämpfen, die Gefahr eines Einrückens in F[ran]kreich darstellt, da die Marschälle und die ersten Generale treu blieben und kräftig handelten, da alle Autoritäten, alle Departements sich gegen Napoleon erklärten, da der König Ruhe und Festigkeit zeigte, so ist mit hoher Wahrscheinlichkeit der Untergang Napoleons zu erwarten. Die Höflinge sollen sich elend und feig benommen haben, Herr v. Blacas warf sich zu den Füßen Ludwigs XVIII., um ihn zu beschwören, sich zu entfernen, er blieb aber standhaft[288].

Den 23. [März] übergaben Herr v. Plessen, Graf Keller und der Senator Smidt die Note d.d. 22. März[289] an den Fürst Metternich und Hardenberg. Sie setzten mündlich den Antrag hinzu um Abgebung einer Erklärung wegen der Annahme der Kaiserwürde. Der Fürst Metternich gab die bestimmte Versicherung ab, wie der Kongreß nicht auseinandergehen solle, ehe denn die Grundlage der deutschen Verfassung gelegt worden sei. Die Kaiserwürde könne Ö[sterreich] jetzt nicht annehmen wegen des Widerspruchs von Bayern und Preußen. Herr v. Plessen bemerkte, daß wenigstens eine kräftige einzige Direktion bestehen müsse. Eine ähnliche Antwort gab Fürst Hardenberg. Wegen der Kaiserwürde erklärte er aber, daß er hierzu nicht stimmen könne, weil sie, gehörig stark, der Unabhängigkeit Pr[eußens] nachteilig, schwach hingegen unnütz sein werde; eine Direktion allerdings sei erforderlich, Humboldt sei beschäftigt, einen gedrängten Extrakt aus seinem Plan zu machen[290].

Die Ereignisse in Würt[temberg][291] wurden heute (26. M[ärz]) hier bekannt und erregten den höchsten Grad von Freude bei allen Gutgesinnten. Das gesetzliche, ernste, feste Betragen dieser Versammlung machte den größten Kontrast mit der Handlungsweise der Franzosen. Die Besatzung von Lyon ließen der Graf von Artois und MacDonald aufmarschieren; sie konnten sie nicht dazu bringen, „Vive le Roi“ zu rufen. Sie schrien: „Vive la France“, „Vive le Maréchal“; sowie sich die Truppen von Napoleon zeigten, so rief alles: „Nous voulons fraterniser“, stürzte ihnen zu, riß den Marschall vom Pferd, der sich zu retten Mühe hatte, da die b[onapartischen] Husaren ihn auf drei Meilen weit verfolgten.

Den 27. März ward ein Allianztraktat zwischen Österreich, Rußland,

[288] *Ludwig XVIII. verließ Paris am 19. März, um nach Gent zu gehen.*
[289] *S. oben S. 375, Anm. 282 sowie oben Nr. 284, Anm. 1.*
[290] *Vgl. dazu Schmidt, Verfassungsfrage S. 444 ff.*
[291] *Vgl. Cottas Brief vom 18. März oben Nr. 281.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

England und Preußen unterzeichnet[292], wodurch man sich verband, mit wenigstens 450 000 M[ann] gegen Bonaparte und für die Aufrechthaltung des Pariser Traktats [vom] 31. Mai[293] 1814 zu kämpfen. Der Subsidienpunkt blieb vorbehalten[294].

Die Bitterkeit in Sachsen nahm gegen Preußen immer zu und zeigte sich auf die unverständigste Weise: bei dem Ausschreiben der Zentralsteuer[295], bei dem Verteilen der Akten usw. Die erstere war nötig, um die aus dem russischen Durchmarsch herrührenden Forderungen zu befriedigen.

Bei dem durchaus verderbten Sinn der Armee mußte man sich bestreben, sie zu schwächen und als Gegengewicht die Nationalbewaffnung zu befördern und zu vervollkommnen. In diesem Sinn arbeitete Graf Dupont[296]. Da man aber eine politische Rolle im Ausland zu spielen nicht aufgeben wollte, da Talleyrand eine entscheidende Sprache in der sächsischen Angelegenheit führte und diese eines Anlehnungspunkts bedurfte, so gab man der Armee mehrere Haltung und Stärke und stellte an ihre Spitze den Marschall Soult[297]. Es spann sich unterdessen eine Zusammenverschwörung an. Schon vor zwei Monaten hatte Barras eine Unterredung mit dem Herrn v. Blacas, worin er ihm Aufmerksamkeit auf Bonapartes Intrigen empfahl[298] und auf dessen Verbindung mit Murat, darauf drang, daß man B[onaparte] verhaften möge, wo er es alsdann übernehme, Murat zu bewegen, die Krone niederzulegen. Blacas ließ diesen Vorschlag unbeachtet, auch Talleyrand war durch seine Aufgeblasenheit ganz verblendet. Pozzo forderte ihn mehrere Male auf (Oktober, November 1814), die Verhaftung Napoleons bei dem Kongreß in Anregung zu bringen. Er erhielt zur Antwort: „N'en parlez-pas, c'est un homme mort". Sprach man ihm vom meuterischen Geist der Armee, so sagte er: „Le roi peut faire marcher 150 000 h[ommes] et les dissoudre".

[292] *Der Bündnisvertrag stammt vom 25. März 1815. Druck: Angeberg II S. 971 ff.*

[293] *Eigentlich vom 30. Mai 1814.*

[294] *Vgl. auch noch Hardenbergs Tagebuch vom 28. März:* „Stein, Czartoryski, le duc de Weimar dînèrent chez moi."

[295] *Vgl. Bd. IV Nr. 418, Anm. 9.*

[296] *S. oben Nr. 289, Anm. 2.*

[297] *Soult hatte sich nach der Niederlage Napoleons ganz auf die Seite Ludwigs XVIII. gestellt, der ihm zunächst ein Divisionskommando und im Dezember 1814 das Kriegsministerium anvertraute. Nach der Landung Napoleons entzog ihm jedoch Ludwig XVIII. das Portefeuille, und Soult, der zunächst einen Aufruf gegen Napoleon veröffentlicht hatte, trat wieder zum Kaiser über. Er kämpfte tapfer bei Ligny und Waterloo, suchte aber nach dem Zusammenbruch charakterlos wieder die Stellung zu wechseln, was ihm diesmal freilich nicht gelang. Er wurde aus Frankreich verbannt und lebte in Deutschland, bis ihm 1819 die Rückkehr gestattet wurde. 1820 trat er als Marschall von Frankreich wieder in die Armee ein und hatte später unter der Regierung Louis Philippes als Kriegsminister und zeitweilig auch als Außenminister eine bedeutende Stellung inne. 1845 nahm er seinen Abschied. Gest. 1851.*

[298] *Vgl. oben Nr. 289.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Als er (den 8. März) darauf drang, nach Preßburg zu gehen, um die Angelegenheit mit dem König von Sachsen zu ordnen[299], so bemerkte G[raf] Razumovskij, daß es dringend nötig sei, die Erklärung des Kongresses gegen Napoleon zu beschließen und abzusenden; er beharrte auf seiner Meinung und sagte: „C'est une affaire majeure, celle de l'acceptation du roi de Saxe, il faut avant tout la terminer". Die Erklärung ging also erst den 14. m. c. ab und hatte Paris, wo sie bereits hätte den 16. sein können, den 20. noch nicht erreicht, konnte also, da der König den 21. abreiste, nicht bekanntgemacht werden, und sehr lange herrschte in Paris die Meinung, die Deklaration sei untergeschoben und Österreich unterstütze Napoleon. Auch hatte der französische Gesandte in Turin, Marquis d'Osmond[300], während des Winters 1815 die Minister von den Umtrieben der Bonapartisten mit ihrem Oberhaupt benachrichtigt.
Alle durch den General Vincent[301] (2. April), die übrigen Mitglieder der Gesandtschaften und durch Privatbriefe eingegangenen Nachrichten bestätigten, daß die Unternehmung von Napoleon gegen den Willen der Nation und nur durch Unterstützung des größten Teiles der Armee gelungen sei, daß er sich genötigt sehe, mit den Jakobinern zu unterhandeln und ihnen zu schmeicheln, daher die Entwaffnung der Nationalgarden, die erteilte Preßfreiheit usw. Die Niederträchtigkeit Neys war ohne Grenzen. Er küßte dem König mit Inbrunst die Hand, vergoß Tränen, ließ sich von ihm 500 000 Livres bezahlen, um seine Schulden zu tilgen, da er für ihn jetzt in den Tod gehe, und sagte: „Je vous amènerai le tigre muselé". Wie er dieses Napoleon erzählte, so setzte er lachend hinzu: „J'ai intérieurement bien ri du gros cochon"[302].

---

[299] *Der König von Sachsen war Anfang März von Friedrichsfelde bei Berlin, wo er bisher gefangengehalten wurde, nach Preßburg übergesiedelt. Über die Verhandlungen Metternichs, Talleyrands und Wellingtons mit Friedrich August in Preßburg s. Flathe, Geschichte Sachsens III S. 318 ff. und W. Kohlschmidt, Die sächsische Frage auf dem Wiener Kongreß (1930) S. 125 ff.*

[300] *René Eustache Marquis d'Osmond (1751–1838), französischer Diplomat des ancien régime, der 1792 ausgewandert war. Zur Zeit des Kaiserreichs lebte er in Frankreich, trat aber nicht in den Dienst Napoleons. Unter Ludwig XVIII. wurde er zunächst Gesandter in Turin (1814–1815), dann in London. Diesen Posten bekleidete er bis 1819, danach hat er in der französischen Politik keine Rolle mehr gespielt.*

[301] *Karl Frhr. v. Vincent (1757–1834), österreichischer General, der mit großer Tapferkeit und Umsicht in allen Feldzügen Österreichs gegen Frankreich bis 1809 gekämpft hatte. Seitdem wurde er – wie auch vorher schon gelegentlich – nur noch in diplomatischen Missionen verwandt, unter anderem war er österreichischer Bevollmächtigter im Hauptquartier Bernadottes. 1814 wurde er Generalgouverneur der besetzten Gebiete in Belgien und Holland bis zur Errichtung des Königreichs der vereinigten Niederlande. Den Feldzug von 1815 machte er als kaiserlicher Bevollmächtigter im Hauptquartier Wellingtons mit und wurde bei Waterloo verwundet. Nach dem Krieg war er außerordentlicher Botschafter in Paris bis 1825 und wurde dann pensioniert.*

[302] *Diese Anekdote entspricht wohl nicht dem wahren Sachverhalt. – Ney, der nach der Niederlage Napoleons im Frühjahr 1814 sich der neuen Regierung zur Verfügung ge-*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Die zwischen Preußen, Rußl[and], Österreich und England verabredete Territorialverteilung und Ausgleichung nahm der Fürst Wrede (4. April) nicht an; er behielt sich seine Erklärung bevor[303]. Die störrige und beschränkte Aufgeblasenheit dieses Mannes hat nachteilig gewirkt bei den Verhandlungen über die deutsche Verfassung, die er lähmte, bei den Mißverständnissen über Sachsen, die er vermehrte und verbitterte, endlich jetzt bei der Auseinandersetzung wegen der Länder, die er aufhält. In zwei Konferenzen konnte man sich nicht vereinigen, weil Bayern suchte, die Länder zu behalten, die es besaß und die es verwaltete, und hierdurch verwickelten sich die Angelegenheiten immer mehr. Murat fing nun gleichfalls die Feindseligkeiten an, und alles vereinigte sich, um das Verderbliche des Ganges der Kongreßangelegenheiten recht fühlbar zu machen und die Verlegenheiten Metternichs zu vermehren, der sich darin durch Leichtsinn und eine gewisse Empfänglichkeit und Gutmütigkeit gesetzt hatte. Am Münchener Hof war der Geist sehr bösartig.

8. April. Die Rückreise des Königs Ludwig XVIII. war so eilig, daß Herr v. Jaucourt[304], der Stellvertreter des Herrn v. Talleyrand, die Papiere über die neuesten Verhandlungen bei dem Kongreß zu Wien liegen ließ und unter ihnen den Allianztraktat den 4. Januar 1815[305] zwischen Frankreich, Österreich, England[306] und Bayern gegen diejenigen Mächte, welche übertriebene Anmaßungen sich erlauben würden. Bassano stellte diesen Traktat dem russ[ischen] chargé d'affaires Butjakin zu, der ihn dem Kaiser Alexander vorlegte. Der Kaiser war hierüber aufgereizt; er ward rot und unwillig, äußerte aber, er werde nicht weniger mit Beharrlichkeit und Nachdruck Napoleon bekriegen. Einige Zeit drauf versicherte Talleyrand an Nesselrode, nur unwichtige Papiere seien von Jaucourt

---

stellt hatte, war durch allerlei demütigende Zurücksetzungen der Hofgesellschaft bald verärgert worden und hatte sich aufs Land zurückgezogen. Anfang März erhielt er ein Kommando in Südfrankreich und den Befehl, gegen Napoleon zu marschieren. Seine Gesinnung war zunächst zweifellos loyal, da er das ganze Unternehmen des Kaisers durchaus nicht billigte. Der allgemeinen Begeisterung aber, die die militärischen Kreise und besonders die alten Soldaten Napoleons erfüllte, konnte auch Ney sich nicht entziehen, und so warf er sich mit plötzlicher Wendung auf die Seite des Kaisers. Nachdem er bei Waterloo mit dem Mute der Verzweiflung gekämpft hatte, verbarg er sich vor der Rache der Bourbonen auf dem Schlosse Bessonis. Dort wurde er am 5. August 1815 verhaftet, sogleich nach Paris gebracht, vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und am 7. Dezember 1815 erschossen. Er starb wie Murat als tapferer Soldat.

[303] *Vgl. dazu Angeberg II S. 1013, S. 1021 und S. 1054.*

[304] *Arnail François Marquis de Jaucourt (1757–1852), Mitglied der gesetzgebenden Versammlung und Vertreter der Idee eines konstitutionellen Königtums, war 1792 ausgewandert, nach dem Staatsstreich Napoleons zurückgekehrt, aber nicht in den Dienst des neuen französischen Staates getreten. Er war von Talleyrand, mit dem er persönlich befreundet war, ins Außenministerium berufen worden.*

[305] *Genauer vom 3. Januar 1815. S. oben Nr. 238, Anm. 1.*

[306] *Stein schreibt versehentlich* „Rußland".

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

zurückgelassen, und da Nesselrode zu zweifeln schien, so fuhr er fort und sagte: „Ah, je sais de quoi vous voulez parler; c'est ce traité; il a été fait sans mauvaise intention et quant à moi, j'ai voulu rompre la quadruple alliance". Der Bösewicht!

Dieser[307] lebte zwischen der Ungebundenheit der Soldaten und der Übermacht der Franzosen; jene drückten und reizten die Einwohner; diese schrieben ihm sein Benehmen vor, sie zwangen ihn, Fouché[308] und Carnot[309] ins Ministerium zu nehmen, die Preßfreiheit zuzulassen, den Entwurf zu seiner neuen Konstitution bearbeiten zu lassen. Er lebte in Spannung und Angst, umgeben von seinen Garden.

Da man[310] die für den Mai zusammenberufene Versammlung[311] in guter Stimmung erhalten wollte, so beschloß man auf Talleyrands Anraten, eine Deklaration zu erlassen, worin man bestimmt aussprach, der Zweck des Krieges sei die Entsetzung Napoleons, um auf diese Art die Entscheidung der Frage wegen der Wiederherstellung der Bourbonen dem Urteil der Nation anheimzustellen[312].

Eine ungewöhnliche Erscheinung war eine Vorstellung, so namens der sächsischen Nation von den Deputierten der sächsischen Landstände bei dem Kongreß eingereicht worden (31. März), worin sie auf Erhaltung ihrer Integrität antrugen.

Nach den vom dän[ischen] Gesandten, General Waltersdorf[313], mitgebrachten Nachrichten hatte sich eine Partei Mißvergnügter gegen die Bourbonen gebildet, so aus Constituants, Regicides, Napoleonisten bestand und eine Veränderung in der Regierung zu erhalten suchte, um Herrschaft und Reichtum zu erlangen. An ihrer Spitze waren Carnot, später Fouché, der noch lange der Regierung Beweise von Anhänglich-

[307] *Bezieht sich auf Napoleon, von dem am Schluß des vorletzten Satzes die Rede war. Der dazwischen liegende Satz wurde nachträglich von Stein eingeschaltet.*

[308] *S. oben Nr. 289, Anm. 9.*

[309] *Carnot hatte seit dem Umsturz der republikanischen Verfassung durch Napoleon immer in stiller Opposition gegen das herrschende Regime gestanden und auch keinerlei bedeutende Staatsstellung angenommen. Erst als Anfang 1814 der Kampf den Charakter eines Verteidigungskriegs annahm, stellte er sich Napoleon zur Verfügung und leitete die Verteidigung von Antwerpen, das er auch bis zur Abdankung des Kaisers hielt. Nach der Rückkehr Napoleons übernahm er das Amt eines Innenministers als Vertreter der demokratischen Strömungen in Frankreich. Nach dem Zusammenbruch wurde er von den zurückkehrenden Bourbonen geächtet und ging nach Deutschland, wo er in Magdeburg 1823 gestorben ist.*

[310] *Die europäischen Mächte.*

[311] *Gemeint ist wohl das sog. Maifeld, das Napoleon am 1. Juni in Paris abhielt, um das Resultat der Volksabstimmung über die von ihm eingeführte Verfassung zu verkündigen. Vgl. Fournier, Napoleon Bd. III (⁴1922) S. 330 ff.*

[312] *S. Pallain-Bailleu, Briefwechsel Talleyrands S. 330, S. 334, S. 355 und S. 375. Vgl. Angeberg II S. 1181 ff.*

[313] *Ernst Friedrich v. Waltersdorf (1755–1820), dänischer Gesandter in Paris von 1810 bis 1820.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

keit gab, aber zuletzt sie verließ. Der Postdirektor Ferrand[314] ließ an der Spitze des Postwesens La Valette[315], einen Bonapartisten, der alle Nachrichten unterdrückte, die über die vorhandene Gärung eingingen. Der Polizeiminister André[316] erbat sich von Bassano[317] einen vertrauten Mann in sein Departement, der ihm seinen Freund Mounier[318] gab. Auf die Empfehlung eines Emigranten, Monsieur de Bruges[319], ward Soult[320] angestellt, von dem er versicherte, er werde ihn durch seinen Freund [...][321], der im Hofkriegsrat angestellt war, beobachten lassen. Diese Partei sieht aber Napoleon nur als ihr Werkzeug an, das sie zu zertrümmern bereit ist und vielleicht bald zu zertrümmern genötigt sein wird, um sich selbst zu retten, da das Heer jetzt nicht über 120 000 M[ann] stark ist, es an Waffen fehlt, von denen die Fabriken monatlich nur 15 000 Stück liefern können. Es scheint, als sei Montereau von ihnen hergesandt worden, um sich über die Lage der hiesigen Angelegenheiten zu erkundigen, über die Maßregeln der Verbündeten usw. Um die Partei und die Gegner der Bourbonen nicht zur Verzweiflung zu bringen, hatte man die Deklaration d.d. [...][322] zu erlassen beschlossen. Es fanden sich aber Anstände wegen einer Stelle, so die Integrität von Frankreich ausdrückte: Clan-

[314] *Antoine François Ferrand (1751–1825), französischer Parlamentsbeamter des ancien régime, 1789 ausgewandert, 1801 zurückgekehrt, war auch unter der napoleonischen Herrschaft ein getreuer Royalist geblieben und wurde 1814 Staatsminister und Direktor des Postwesens, eine Stellung, die er auch nach der zweiten Restauration der Bourbonen wieder einnahm.*

[315] *Antoine Marie Comte de La Valette (1769–1830), einer der getreuesten Anhänger des Kaisers, dessen Adjutant er im Feldzug von 1796 gewesen war, und der ihn später an die Spitze der Postverwaltung gestellt hatte. Die Bourbonen machten ihm nach der zweiten Restauration den Prozeß wegen Hochverrats, und er entging dem Tode nur durch die romantisch-mutige Tat seiner Frau, die ihn aus dem Gefängnis befreite, indem sie die Kleider mit ihm tauschte. La Valette lebte dann in Deutschland bis zu seiner Begnadigung im Jahre 1822.*

[316] *S. oben Nr. 289, Anm. 8.*

[317] *S. oben Nr. 289, Anm. 7.*

[318] *Claude Philippe Edouard Mounier (1784–1843), den Sohn des aus der Revolutionsgeschichte bekannten französischen Politikers und Staatsphilosophen? Der junge Mounier, der ursprünglich in der Armeeverwaltung angestellt, später von 1803–1813 Kabinettssekretär Napoleons gewesen war, wurde dann Intendant der kaiserlichen Gebäude und bekleidete dieses Amt (mit entsprechender Änderung der Bezeichnung) auch unter Ludwig XVIII. Es ist deshalb fraglich, ob er überhaupt hier gemeint ist. Er war nicht Bonapartist, sondern hing innerlich den von seinem Vater vertretenen konstitutionellen Ideen an und entzog sich deshalb auch dem Dienst des Kaisers nach dessen Rückkehr aus Elba durch eine Reise ins Ausland.*

[319] *Henri Alphonse Vicomte de Bruges (1764–1820), französischer Offizier, der beim Ausbruch der Revolution ausgewandert war und in der Emigrantentruppe Condés, später auf San Domingo gegen Frankreich gefochten hatte. Nach der Restauration erhielt er ein Kommando in Frankreich.*

[320] *S. oben S. 378, Anm. 297.*

[321] *Lücke in der Vorlage.*

[322] *S. oben S. 381, Anm. 312.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

carty[323] fand auch Bedenken, weil sie nicht hinlänglich deutlich die Absicht, Ludwig XVIII. wiederherzustellen, ausdrücke.
Man besorgte, der Kaiser A[lexander] werde aus Abneigung gegen die Bourbonen, insbesondere Ludwig XVIII., bereit sein, die Ordnung der Thronfolge zu ändern, vielleicht zum Vorteil des H[erzogs] von Orleans. Alles dies gründete sich nur auf Vermutungen, auf einen Artikel in der französ[ischen] Frankfurter Zeitung und dgl., auf Äußerungen, auf die Besorgnis des Einflusses von La Harpe[324], eines Kopfes voll unverdauter, metapolitischer Ideen und eines Herzens voll gekränkter Eitelkeit und Bitterkeit.

18.—23. April. Die deutschen Sachen scheinen endlich vorzurücken. Der Humboldtsche Entwurf[325] fand wegen seines schwankenden Ausdrucks wenig Beifall. Herr v. Plessen[326] und Herr v. Wessenberg[327] hat einen andern gemacht; da man mit den deutschen Ständen wegen der Akzession zur Allianz zu unterhandeln anfing, so erneuerte der mecklenburgische Gesandte, Herr v. Plessen, seinen Antrag wegen Beschleunigung des Abschlusses der Fundamental-Bundesartikel. Herr v. Humboldt und Graf Nesselrode gaben ihm deshalb bestimmte Versicherungen[328]. Kaiser Alexander bestand (23. April) darauf, daß ich noch hier bleibe bis zum Abschluß der deutschen Angelegenheiten. Auch Metternich versicherte mich (24. April), sie würden zustande kommen, da ich ihm die Notwendigkeit eines Abschlusses vorstellte zur Beruhigung des Volks und wegen der für den Krieg zu ergreifenden Maßregeln[329].
Die bayrischen Angelegenheiten waren insoweit geendigt (24.)[330]; nur fehlte die Einwilligung von Württemberg, Kurhessen, Darmstadt und

[323] *Richard Trench Earl of Clancarty (1767–1837). Er hatte vor 1813 nur in der inneren englischen Politik eine Rolle gespielt, begleitete im Herbst dieses Jahres den Prinzen von Oranien auf seiner Expedition nach Holland und wurde englischer Gesandter am niederländischen Hof. Im August 1814 wurde er zu einem der englischen Vertreter beim Kongreß ernannt. Dort bearbeitete er hauptsächlich die mit der sächsisch-polnischen und italienischen Frage zusammenhängenden Probleme. Später kehrte er auf seinen Posten nach Holland zurück und blieb dort bis 1822.*
[324] *S. Bd. III Nr. 528, Anm. 19.*
[325] *Gemeint ist wohl noch der Plan vom Dezember 1814, der den Österreichern am 10. Februar übergeben wurde (s. oben Nr. 234, Anm. 1), möglicherweise aber auch schon der neue Verfassungsentwurf in 14 Artikeln (Klüber I/4 S. 104 ff.), der in revidierter Fassung am 1. Mai vorgelegt wurde.*
[326] *S. oben Nr. 284, Anm. 1 und Nr. 306, Anm. 6.*
[327] *Der Wessenbergsche Verfassungsplan vom Dezember 1814 (Klüber II S. 1 ff.) wurde in überarbeiteter Fassung am 7. Mai von Österreich wieder zur Diskussion gestellt (Text: Klüber II S. 308 ff.).*
[328] *S. Angeberg II S. 1103 f. und S. 1109 f.*
[329] *Vgl. dazu oben Nr. 306.*
[330] *Die (nicht ratifizierte) Konvention ist vom 23. April datiert, sie ist gedruckt bei Angeberg II S. 1104 ff. Vgl. auch Griewank, Wiener Kongreß S. 267 ff.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Baden. Beide letztere waren abgeneigt, sich auf das linke Rheinufer versetzen und die bayrische Grenze so nahe von Mannheim und Darmstadt bringen zu lassen. Das ganze bayrische Abfindungsgeschäft war auf eine nachteilige Art eingeleitet. Es umspann das ganze südliche Deutschland mit bayrischen Besitzungen, es entzieht Österreich die Stadt und Festung Salzburg; es zerreißt in diesem Augenblick den Zusammenhang und die innere Verfassung der kleinen Staaten, die Truppen stellen und Anstrengungen mancherlei Art machen sollen. Man tut daher besser, die ganze Ausgleichung bis nach dem Frieden auszusetzen. Der Krieg selbst wird neue Verhältnisse herbeiführen, die man zu einer zweckmäßigeren [Ausgleichung] benutzen kann. Überhaupt ist die gegenwärtige Größe von Bayern für Deutschland nachteilig. Es drückt auf alle seine Nachbarn, es strebt nach Vergrößerung, der Geist seiner Regierung ist durchaus verderbt, und man kann sich von seiner Treulosigkeit, seinem Ehrgeiz und seinem Groll gegen Preußen und Österreich alles erwarten. Seine Beschränkung auf das Land zwischen Donau und Lech ist für die innere und äußere Ruhe Deutschlands wesentlich, und man darf es von dem Geist seiner Regierung erwarten, daß es selbst hierzu eine gerechte Veranlassung geben werde. Es ist daher ratsam, es aus dem Deutschen Bund zu lassen und sein politisches Leben durch die Aufnahme in denselben nicht zu verbürgen. Seine Anmaßungen lassen es nicht zu, daß es sich den Beschränkungen des Bundesvertrags unterwerfe; man kann ihn also nur mit Bayerns Übergehung abschließen und das übrige vom Gang der Ereignisse erwarten. Herr Plessen hat an Münster geäußert, er glaube, man könne ohne Bayern schließen. Münster meinte, die Mittelmächte müßten die kleinen schützen, und hierzu sei Bayern nötig.

Es kam denn endlich auch dahin, daß alle Umtauschungen in Deutschland, welche die einzelnen Territorien würden zerrüttet haben, ausgesetzt bis nach dem Kriege blieben, daß Preußen in den Besitz von dem ihm zustehenden Anteil Landes auf dem linken Rheinufer gesetzt wurde, Österreich den übrigen Teil nimmt und daß das Abkommen mit Bayern nach dem Krieg unter günstigeren Umständen wird getroffen werden können. Dieser schwankende Zustand der Dinge ist eine Folge des verderblichen Traktats in Ried und läßt zwischen Österreich und Bayern ein fortdauerndes Prinzip von Feindseligkeit, da Österreich immer noch seine Ansprüche auf das Innviertel, das Hausrucksviertel usw. behält und zu gelegener Zeit wird geltend machen.

Der Traktat wegen Polen ward endlich zwischen Österreich[331] und Preußen den 5. Mai[332] unterzeichnet. Die Polen blieben aber mißvergnügt, daß der Kaiser nicht seine alten Provinzen mit dem Herzogtum Warschau unter dem Namen eines Königreichs Polen vereinigt habe. Es herrscht

[331] *Zu ergänzen:* „Rußland".

[332] *Vielmehr am 3. Mai. Der Vertrag ist gedruckt bei Angeberg II S. 1146 ff.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

fortdauernd unter ihnen eine Gärung, die durch die Heftigkeit des Groß-f[ürsten] Konstantin gegen einige polnische Generale noch vermehrt wurde.
Der Traktat gestattet den freien Verkehr mit polnischen Produkten in sämtlichen polnischen Provinzen; hierdurch wird der Tarif anno 1811, der Rußland sperrte, umgeworfen, welches für Rußland selbst eigentlich wohltätig ist.
Die Konferenzen wegen des Verpflegungswesens in Deutschland nahmen wegen der Dazwischenkunft Englands und Hannovers einen sehr langsamen Gang. Da man in Deutschland einrückte und eine volle und unmittelbare Bezahlung der großen Heere nach Preisen, die die Gewinnsucht der Lieferanten erhöhte, unmöglich war, so schlug ich vor, Lieferungen der Länder auf einen dreimonatlichen Bedarf nach reduzierten, herabgesetzten, mit den Fürsten verabredeten Preisen, Bezahlung teils bar, teils in Kreditpapieren, Verteilung Deutschlands in drei Lieferungskreise[333]. Hierüber begann man mit den Fürsten Unterhandlungen und Verabredungen, denen aber Graf Münster aus den in der Anlage[334] enthaltenen Gründen sich beizutreten weigerte und von den Engländern unterstützt wurde. General Vincent[335] ward beauftragt, hierüber mit dem König der Niederlande in Unterhandlung zu treten. Unterdessen gingen die Verhandlungen der Kommission fort; die Bayern [ver-] weigerten abermals jede Teilnahme an dem Lieferungsgeschäft.

8. Mai. Endlich begannen die Unterhandlungen über die deutschen Angelegenheiten[336]. Fürst Metternich hatte einen Entwurf zu einer Bundesakte durch Wessenberg entwerfen lassen[337]. Die Konferenzen nahmen ihren Anfang den 11. Mai, und es war nun nicht mehr nötig, daß die Angelegenheit von russischer Seite von neuem betrieben wurde. Ich hatte nämlich (den 5.) dem Kaiser Al[exander] vorgeschlagen, eine Note übergeben zu lassen, welche die Beschleunigung der Sache von neuem empfahl. Er genehmigte es. Ich gab dazu ein P[ro]m[emoria] an Kapodistrias[338]. Da aber Fürst Metternich den 7. Mai erklärte, daß die deutschen Konferenzen anfangen sollten, so konnte dieser Schritt unterbleiben.
Vorfall mit Stassard[339], vide Anlage[340]. Ähnliche Briefe waren an Fürst Metternich usw. gerichtet.

[333] *S. Steins Denkschriften vom 3. April und 1. Mai 1815 oben Nr. 292 und Nr. 303.*
[334] *Die hier und im folgenden erwähnten Anlagen fehlen. Vgl. zur Sache Pertz, Stein IV S. 401 ff. und Steins Denkschrift vom 1. Mai 1815 (oben Nr. 303).*
[335] *S. oben S. 379, Anm. 301.*
[336] *S. Schmidt, Verfassungsfrage S. 454 ff.*
[337] *S. oben S. 383, Anm. 327.*
[338] *Vom 6. Mai 1815, s. oben Nr. 306.*
[339] *Godwin Joseph Augustin Stassard (1780–1854), belgischer Herkunft, unter dem Kaiserreich Armee-Intendant und als solcher 1806–1808 Fronvogt der von den Franzosen*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Revolte des sächsischen Garde-Grenadier-Regiments[341]; schändliche Resultate der Intrigen der unverständigen Anhänger des Königs.
Der Kaiser Alex[ander] gewann durch seine Menschenfreundlichkeit und wohlwollendes Betragen die Liebe der Einwohner; ihm gefiel ihre Gutmütigkeit, Herzlichkeit, und diese Eindrücke werden in der Zukunft wohltätig wirken[342]. Er äußerte gegen die Gräfin Flora Wrbna[343], Molly Zichy[344], Gabriele Auersberg[345], er hoffe, wieder nach Wien zu kommen, von dem er sich ungern trenne; er sähe Europa als eine große Familie an, und da er der jüngste der Regenten wäre, so müsse er seine Freunde, so oft es die gemeine Sache erfordere, besuchen. Er besuchte eines der Bierhäuser im Prater, unerkannt von den Gästen, ließ sich Bier und Tabak geben, bezahlte den gewöhnlichen Preis und entfernte sich unbemerkt.
Im Württembergischen rückte das ständische Wesen sehr fort (vide Schreiben von Cotta d. d. 7. Mai[346]).

---

besetzten Kurmark und Berlins, zuletzt Präfekt in Holland. Nach dem Zusammenbruch der französischen Herrschaft am Niederrhein kehrte Stassard nach Paris zurück und wurde Ordonnanzoffizier bei Joseph Bonaparte. Während der 100 Tage versuchte Napoleon, ihn als politischen Emissär in Süddeutschland zu verwenden und durch ihn auch mit Metternich anzuknüpfen. Stassard wurde jedoch in Linz verhaftet und nach Frankreich zurückgesandt (s. Pertz, Stein IV S. 397 ff.). Nach der Katastrophe von Waterloo trat Stassard, der zweifellos ein tüchtiger Verwaltungsbeamter war, in den Dienst seines Heimatlandes und wurde Gouverneur der Provinz Namur, später von Brabant. Schließlich hat er in der Staatsverwaltung des selbständigen Königreichs Belgien mehrere hohe Ämter bekleidet. – Vgl. Bd. III Nr. 375, Anm. 3.

[340] *Die Anlage fehlt, gemeint ist möglicherweise der abschriftlich in Steins Akten über den Wiener Kongreß (Stein-A. C I/28 Vol. 2) liegende Brief Caulaincourts an Montgelas vom 11. April 1815, auf dem sich folgende eigenhändige Notiz Steins befindet:* „Übersandt durch Stassard, einen Niederländer, eifrigen Anhänger Napoleons, Werkzeug Darus zur Bedrückung von Berlin und der Kurmark anno 1808 als deren Präfekt, nachher Präfekt von Holland."

[341] *In Lüttich am 2. Mai 1815, als der Befehl zur Teilung der sächsischen Armee gegeben wurde. Vgl. Flathe, Geschichte Sachsens III S. 331 f. und Huber, Verfassungsgeschichte I S. 572 ff.*

[342] *Hier folgte sehr wahrscheinlich ursprünglich gleich anschließend der übernächste Satz. Der Eindruck, den Alexander bei der Wiener Bevölkerung hinterließ, war übrigens sehr viel weniger günstig, als Stein hier annimmt. Vgl. dazu Fournier, Geheimpolizei S. 33 ff.*

[343] *S. oben Nr. 174, Anm. 6.*

[344] *Gräfin Marie Wilhelmine (Molly) Zichy (1788–1861) geb. Gräfin Ferraris, Gattin des Grafen Franz Zichy (1774–1861). Sie war eine der einflußreichsten Damen der Wiener Gesellschaft, ihre Tochter Melanie wurde später die dritte Frau Metternichs.*

[345] *Fürstin Gabriele Auersberg (1793–1863) geb. Prinzessin Lobkowitz.*

[346] *Vgl. oben Nr. 307.*

Quelle: Freiherr vom Stein (Neubearb.), Bd. 5, Stuttgart 1964 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org